G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Paul Neuhöffer
Zur Krise im Nahen Osten

Hans Heinz Holz
Die Schubladenverordnungen und ihre Auswirkungen (II)

Nicolaus A. Athanassiades
Notstandsverfassung und der Putsch in Griechenland

Conrad Taler
Die Wiederkehr des Franz Josef Strauß

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Günther Anders, Martin Hall
Russell-Tribunal und Vietnam-Krieg

Sidney Lens, Chicago
Zur Konferenz in Punta del Este

Einzelheft 3,- DM
Abonnement monatlich 2,50 DM
Studentenabonnement 2,— DM

Juni 6 1967
XII. Jahrgang

INHALT

Chronik des Monats Mai 1967 533

Kommentare und Berichte

Zur Krise im Nahen Osten (P. B. Neuhöffer) 536
Vorne statt vorwärts? (Horst Heiden) 540
Benno Ohnesorg † 543

Hans Heinz Holz, Zwangsverfügungen — Dienstverpflichtungen — Zuchthausstrafen. Die Schubladenverordnungen und ihre Auswirkungen (II) 544
Nicolaus A. Athanassiades, Notstandsverfassung und der Putsch in Griechenland 555
Liste der von der griechischen Militärjunta verbotenen und aufgelösten Organisationen 557
Dieter Thelen, Wähler und Wählerreservoir der NPD 562
Conrad Taler, Die Wiederkehr des Franz Josef Strauß 569
Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Das Arbeitsergebnis der ersten Session des Russell-Tribunals in Stockholm 589
Günther Anders, Bemerkungen zu Vietnam 593
Martin Hall, Los Angeles, Der Kampf zwischen „Tauben" und „Falken" in den USA 598
Sidney Lens, Chicago, Ein neues Rezept für Kolonialismus — Bemerkungen zur Konferenz in Punta del Este 603
Stephan Leibfried, Universität und Formierung (II) 609

Fernseh-Spalte

Späte Exil-Dokumentation (E. H. Wahl) 622

Die politische Satire

Ende der Satire (Dietrich Kittner) 623

Bücher

Deutsche Teilung. Ein Lyrik-Lesebuch (Peter Schütt) 624
Die Untaten der Gerechtigkeit (Wolfgang Baranowsky) 628
Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher 630

Dokumente zum Zeitgeschehen

Erklärung westdeutscher Persönlichkeiten zum Militärputsch in Griechenland 631
Rede Prof. Dr. Helmut Ridders vor dem Ortskuratorium Essen „Notstand der Demokratie" 633
Ansprache von Ministerpräsident Cyrankiewicz anläßlich der Einweihung des Auschwitz-Denkmals 637

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

XII. Jahrgang | Juni 1967 | Heft 6

Chronik des Monats Mai 1967

1. 5. — Spanien. In Sevilla, Valencia, Barcelona und anderen Städten geht die Polizei mit Waffengewalt gegen „unerlaubte Kundgebungen" zum 1. Mai vor. In der Kirche Santa Maria von San Sebastian werden nach einer Demonstration mehr als 40 Personen und drei Geistliche festgenommen.

2. 5. — NATO. Gleichzeitig in Bonn, Washington und London wird eine Vereinbarung über Regelungen „auf dem Gebiet der Devisenhilfe" veröffentlicht, „die den Regierungen der USA und Großbritanniens die Stationierung ihrer Streitkräfte in Deutschland erleichtern" sollen. Die Bundesregierung verpflichtet sich darin zur Fortsetzung direkter und indirekter Zahlungen an die beiden Stationierungsmächte. Im NATO-Ausschuß für Verteidigungsplanung steht gleichzeitig die Reduzierung der britischen und amerikanischen Truppenkontingente in der Bundesrepublik zur Debatte. — Am 9. 5. beschäftigen sich (in Abwesenheit Frankreichs) die NATO-Verteidigungsminister in Paris mit neuen politischen, strategischen und wirtschaftlichen Direktiven für die Militärorganisation.

— EWG/Großbritannien. Vor dem Unterhaus gibt Premierminister Wilson offiziell den Beschluß seines Kabinetts bekannt, erneut einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Montanunion und der Europäischen Atomgemeinschaft zu stellen. — Am 10. 5. billigt das Unterhaus mit 488 gegen 62 Stimmen (darunter 36 Abgeordnete der regierenden Labour-Party) bei etwa 70 Enthaltungen (51 Labour-Abgeordnete) das Vorgehen der Regierung. — Am 11. 5. wird das formelle Beitrittsgesuch der EWG-Kommission übermittelt. Gleichzeitig stellen auch Irland und Dänemark entsprechende Ersuchen. — Am 16. 5. wiederholt der französische Staatspräsident de Gaulle auf einer Pressekonferenz seine Bedenken gegen die Aufnahme Großbritanniens in die EWG.

2.—5. 5. — Ungarn/Österreich. Im Mittelpunkt des Besuches, den der österreichische Bundeskanzler Dr. Klaus in Budapest abstattet, stehen Verhandlungen über den Kultur- und Wirtschaftsaustausch und die weitere Normalisierung des gegenseitigen Grenzverkehrs. In einem Kommuniqué

heißt es: „Beide Seiten bekräftigen ihre positive Haltung zum Gedanken der Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz zur Behandlung von Fragen der europäischen Sicherheit."

3. 5. — *Vietnam.* Ein Sprecher des amerikanischen Kommandos in Saigon kommentiert die Meldung von Radio Peking, vier amerikanische Militärflugzeuge hätten am 2. 5. Bomben über chinesischem Territorium abgeworfen, mit der Feststellung, durch „versehentliche Kursabweichungen" könne ein „unbeabsichtigtes Überfliegen chinesischen Luftraums" durch US-Flugzeuge „nicht ausgeschlossen werden". — Am 11. 5. wiederholt UN-Generalsekretär U Thant auf einem Essen des Vereins der Auslandspresse in New York seine Warnungen: wenn es nicht gelinge, der gegenwärtigen Entwicklung Einhalt zu gebieten, so scheine eine „direkte Konfrontation" zwischen Washington, Peking und möglicherweise auch Moskau unvermeidlich. U Thant stellt fest, Mitglieder der nordvietnamesischen Regierung hätten immer wieder versichert, die Einstellung der Bombenangriffe werde den Weg zu Verhandlungen öffnen. — Am 19. 5. nehmen die amerikanischen Streitkräfte mit dem Einmarsch in die durch das Genfer Abkommen von 1954 geschaffene entmilitarisierte Zone zwischen Nord- und Südvietnam eine weitere Ausweitung der Kriegshandlungen vor.

5. 5. — *Arabische Liga.* Die Mittelöstliche Nachrichtenagentur (Kairo) berichtet, der stellvertretende Außenminister der DDR, Wolfgang Kiesewetter, habe die Liga offiziell darum ersucht, die Frage der Anerkennung der DDR auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen.

9. 5. — *Griechenland.* Der von den Militärs eingesetzte Ministerpräsident Kollias äußert vor Journalisten, die Regierung werde bis zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung „Dekrete mit Verfassungscharakter" herausgeben. Innenminister General Patakos gibt die Zahl der auf einer Insel internierten politischen Gefangenen mit 6138 (darunter 235 Frauen) an. Die Entscheidung über die Einleitung von Gerichtsverfahren liege bei einer eigens zu diesem Zweck eingesetzten Kommission. Der Generalstab hatte am 4. 5. das Verbot von 260 gewerkschaftlichen, sportlichen und kulturellen Organisationen ausgesprochen und eine Vermögenseinziehung angeordnet. — Am 19. 5. werden auf Grund einer Verfügung des Innenministeriums 480 Personen aus verschiedenen Landesteilen ausgebürgert.

11. 5. — *DDR/Bundesrepublik.* Im Bundeskanzleramt geht ein Schreiben des DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph ein, in dem dieser „direkte Verhandlungen" mit Bundeskanzler Kiesinger vorschlägt, um „ordnungsgemäße Vereinbarungen ... über die Aufnahme normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten" herbeizuführen. Weitere Vorschläge betreffen einen gegenseitigen Gewaltverzicht, die Anerkennung „der gegenwärtig bestehenden Grenzen in Europa", die Herabsetzung der Rüstungsausgaben um jeweils die Hälfte und den Verzicht „beider deutscher Staaten auf Besitz, Verfügungsgewalt oder Beteiligung an der Verfügungsgewalt über Kernwaffen in jeglicher Form sowie über ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa". Notwendig sei, daß die Bundesregierung, „ausgehend von den Realitäten", auf den Alleinvertretungsanspruch verzichte. Getrennte Schreiben aus Ostberlin erhalten auch Bundespostminister Dollinger und Bundesverkehrsminister Leber. — Am 12. 5. erklärt Bundeskanzler Kiesinger vor der CDU-Fraktion, er behalte sich eine Reaktion auf den Brief Stophs vor. — Am 17. 5. setzt das Bundeskabinett eine „Arbeitsgruppe" zur Beratung von „Form und Inhalt" der Antwort auf den Brief des DDR-Ministerpräsidenten an Kiesinger ein.

15. 5. — *GATT.* Die Verhandlungen im Rahmen der „Kennedy-Runde" werden in Genf mit der Annahme eines Kompromisses abgeschlossen. Das paraphierte Protokoll, das ab 30. Juni zur Unterzeichnung aufgelegt werden soll, sieht multilaterale lineare Zollsenkungen für Industrieprodukte in verschiedener Größenordnung vor.

16. 5. — *Naher Osten.* Die Regierung der Vereinigten Arabischen Republik verlangt in einem Schreiben an den Kommandeur der „United Nations Emergency Force" (UNEF) den sofortigen Abzug der im Gaza-Streifen stationierten 3400 UN-Soldaten und begründet ihren Schritt mit Truppenkonzentrationen und anderen militärischen Maßnahmen Israels gegenüber den arabischen Staaten. — Am 18. 5. kommt

UN-Generalsekretär U Thant der ägyptischen Forderung nach und ordnet den Abzug an. In einem Bericht des Generalsekretärs an den Sicherheitsrat heißt es, die UNEF sei im Jahre 1956 mit Einverständnis der Regierung in Kairo auf deren Territorium stationiert worden (während Israel eine Stationierung auf seinem Territorium abgelehnt habe). Das Einverständnis des gastgebenden Landes sei ein wesentliches Grundprinzip aller UN-Friedensoperationen. — Am 22. 5. gibt Staatspräsident Nasser die Sperrung des Golfes von Akaba „für die israelischen Schiffe" und „ebenso für strategische Materialien, die für Israel bestimmt sind und die von nichtisraelischen Schiffen transportiert werden", bekannt. Einheiten der 6. amerikanischen Flotte und britische Marineverbände erhalten Befehl zur Einnahme strategischer Positionen. Aus allen Teilen des Nahen Ostens werden militärische Aktionen und Mobilmachungen gemeldet. — Am 24. 5. beschuldigt die Sowjetregierung Israel der Vorbereitung eines Angriffes auf Syrien und erklärt, daß dies „nicht ohne direkte oder indirekte Ermutigung seitens gewisser imperialistischer Kreise, die auf die Wiederherstellung der kolonialistischen Unterdrückung von arabischem Boden hoffen", geschehe. Die Sowjetunion sagt den arabischen Ländern im Falle eines Angriffes Unterstützung zu. — Am 27. 5. schreibt U Thant in einem zweiten Bericht an den Sicherheitsrat, Präsident Nasser und Außenminister Riad hätten ihm während seiner Gespräche in Kairo versichert, daß die VAR nicht von sich aus einen Angriff auf Israel unternehmen werde. Ihr Ziel bestehe in der Wiederherstellung der Lage von 1956. — Am 29. 5. richtet Staatspräsident Nasser in einer Rede heftige Angriffe gegen Israel, aber auch gegen die Vereinigten Staaten und Großbritannien. Es gehe jetzt darum, das „palästinensische Problem in seiner Gesamtheit zu lösen". — Am 30. 5. schließen die VAR und Jordanien überraschend einen Verteidigungspakt mit fünfjähriger Laufzeit. Die Sowjetunion ersucht die Türkei um die Erlaubnis zur Durchfahrt von 10 Kriegsschiffen durch den Bosporus und die Dardanellen.

17. 5. — Frankreich. Im Zusammenhang mit den von Präsident de Gaulle und dem Kabinett geforderten (bis zum 31. Oktober 1967 befristeten) Sondervollmachten für den Erlaß wirtschaftlicher Dekrete unter Umgehung des Parlaments kommt es zu einem von den christlichen, kommunistischen und sozialistischen Gewerkschaften gemeinsam ausgerufenen Generalstreik im ganzen Lande. Der Minister für Infrastruktur und Wohnungsbau, Edgar Pisani, verläßt aus Protest das Kabinett. — Am 20. 5. wird ein von der Opposition im Parlament gestellter Tadelsantrag gegen Ministerpräsident Pompidou abgelehnt. Das Abstimmungsergebnis bleibt mit 236 Ja-Stimmen jedoch nur mit 8 Stimmen unter der notwendigen Mehrheit.

— DDR/Ungarn. Nach dem Vorbild entsprechender Verträge mit Polen und der Tschechoslowakei schließen die DDR und Ungarn einen „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand", dessen Artikel 10 „bei allen wichtigen internationalen Fragen, die die Interessen der beiden Staaten berühren", eine Konsultationspflicht vorsieht. Westberlin wird als „eine besondere politische Einheit" bezeichnet. Zur Unterzeichnung des Abkommens hält sich eine vom Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht geleitete Delegation in Budapest auf.

22.—23. 5. — CDU. In Braunschweig hält die Christlich-Demokratische Union ihren Parteitag ab. In einer Begrüßungsansprache führt der CSU-Vorsitzende, Bundesfinanzminister Strauß, die Bildung der Großen Koalition auf das Einschwenken der SPD auf Positionen der CDU zurück.

28. 5. — Vatikan. Papst Paul VI. ernennt erstmals Apostolische Administratoren mit der Eigenschaft von Residenzbischöfen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten.

29.—30. 5. — EWG. Anläßlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge treffen in der italienischen Hauptstadt die Regierungschefs der Mitgliedstaaten, unter ihnen Präsident de Gaulle und Bundeskanzler Kiesinger, zusammen. Es wird beschlossen, zum 1. Juli 1967 eine gemeinsame Behörde für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Montanunion und die Europäische Atomgemeinschaft zu errichten.

Zur Krise im Nahen Osten

„Hier ist die Krise aufs höchste gestiegen, und wenn dieser Brief ankommt, sind vielleicht schon Kriegshandlungen im Gange. Mir ist sehr schwer zumute. Unser Sohn ist vor drei Tagen eingezogen worden, mit Tausenden anderen zusammen. Leider haben beide Seiten nur zu großes Interesse daran, es wieder einmal zu einem Zusammenstoß kommen zu lassen ... Das erste Opfer in solchen Krisen ist immer die Wahrheit, wie man aus unserer Presse unschwer feststellen kann. Das Traurige ist, daß uns auch kein ‚Sieg' (der hier als sicher angenommen wird) was nützen kann, sondern die Feindschaft nur noch unversöhnlicher macht, als sie ohnehin schon ist". Diese Sätze aus einem Brief eines unserer Leser in Israel, geschrieben am 28. Mai, bringen die Befürchtungen zum Ausdruck, die bei Abfassung dieses Kommentars in allen Teilen der Welt gehegt werden.

Die Geschichte des jüdisch-arabischen Streites beginnt bereits 1917, als die Engländer den Juden eine „nationale Heimstatt" in Palästina zusicherten. Damals diente Palästina, von den Engländern gerade erobert, bis zur Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 als Stützpunkt für die britischen Interessen in Nahost. Während des britischen Mandats über Palästina, das den Engländern auf der Konferenz von San Remo im Jahre 1920 zugesprochen wurde, bemühten sich die britischen Gouverneure um die Schaffung eines willfährigen „Gesetzgebenden Rates", der jedoch infolge des Wahlboykotts der Araber nie zustande kam. Unter dem Mandatsregime setzte die organisierte Einwanderung von Juden nach Palästina ein. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg unterbreitete England neue Pläne für eine Heimstatt der Juden in Palästina, die aber von den Arabern nicht akzeptiert wurden. Der als Schiedsrichter angerufene Sicherheitsrat der UNO empfahl im Jahre 1947 die Zweiteilung des Landes unter Beibehaltung der wirtschaftlichen Einheit und der Neutralisierung Jerusalems. Dieser Empfehlung folgend, faßte die UNO-Vollversammlung am 29. November 1947 einen Beschluß, auf Grund dessen am 14. Mai 1948 der Staat Israel ausgerufen wurde. Am gleichen Tag erlosch das englische Mandat. Ost-Palästina wurde am 24. April 1950 Jordanien angegliedert.

Seit der Gründung des Staates Israel stehen sich die Araber und Israelis feindselig gegenüber. Drohungen und Grenzverletzungen wechseln einander ab. Zweimal schon brachen offene Feindseligkeiten aus. Das erste Mal, wenige Tage nach der Ausrufung des Staates Israel, drangen jordanische und ägyptische Truppen gegen jüdische Ansiedlungen vor. Die Jordanier eroberten die Altstadt von Jerusalem, die Ägypter Gaza. Jedoch konnten die Israelis den im Teilungsplan von 1947 vorgeschlagenen Besitzstand von 77 Prozent des Territoriums Palästinas halten.

Zu den wesentlichen Folgen des ersten arabisch-israelischen Krieges gehörte die Stärkung antikolonialer, nationaler und sozialrevolutionärer Kräfte in der arabischen Welt, die sich schon binnen weniger Jahre in einigen arabischen Staaten gegenüber den bisherigen Monarchien und Feudalsystemen durchzusetzen vermochten. Diese Entwicklung war vor allem den englisch-französischen Ölgesellschaften ein Dorn im Auge. Zusammen mit Israel starteten

England und Frankreich am 29. Oktober 1956 das Suez-Abenteuer, das aber durch das massive diplomatische Eingreifen der Sowjetunion schon nach wenigen Tagen beendet wurde. Auf Grund des Waffenstillstands-Abkommen vom 6. November 1956 mußten die Interventionstruppen bis März 1957 alle besetzten ägyptischen Gebiete wieder räumen. Die Grenzwache an der ägyptisch-israelischen Demarkationslinie und auf dem ägyptischen Stützpunkt Sham el Sheikh am Eingang des Golfes von Akaba übernahm ein Truppenkontingent der Vereinten Nationen.

Bezeichnend ist, daß die Vereinigten Staaten sich während des Suez-Krieges zurückhielten. Ihren globalen wirtschaftlichen und politischen Interessen kam es nur entgegen, wenn ihre Konkurrenten, wie in anderen Teilen der Welt, auch hier eine Niederlage erlitten. Die für England und Frankreich blamabel verlaufene Aktion veranlaßte die Vereinigten Staaten, sich zur Schutzmacht Israels zu erklären und Israel die Durchfahrt durch den Golf von Akaba zu garantieren. Wie den bis dahin tonangebenden Kolonialmächten in Nahost ging und geht es den USA seither um die Eindämmung und Rückgängigmachung arabischen Unabhängigkeitsstrebens. Nach Kräften bemühten sich die Vereinigten Staaten seit der Suez-Krise, die aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen und sozialökonomischen Entwicklungen in den einzelnen arabischen Staaten resultierenden Spannungen und Gegensätze auszunutzen und auf den Sturz ihnen nicht genehmer Regierungen hinzuarbeiten. Wie den englisch-französischen Vorgängern ging und geht es ihnen dabei um die Quellen des schwarzen Goldes und die Beherrschung des Nahen Ostens als der strategisch bedeutungsvollen Drehscheibe zu den Kontinenten Asien, Afrika und Europa.

Den bisherigen israelischen Regierungen gereicht es nicht zur Ehre, daß sie sich seit der Gründung ihres Staates für die angelsächsischen Ölinteressen einspannen und sich als Vorposten gegen die arabischen Staaten mißbrauchen ließen. Es liegt uns fern, das oft abenteuerliche „Über-die-Stränge-schlagen" einiger arabischer Führer rechtfertigen zu wollen. Aber Israel, das eine Realität ist und bleiben will, hat bei einer Fortsetzung dieser Politik nur alles zu verlieren und nichts zu gewinnen, umso mehr, als die religiösen Gegensätze zwischen dem Judentum und den Mohammedanern sowie das Flüchtlingsproblem ohnehin schon genügend Zündstoff bergen. In Israel gibt es nicht wenige, die den abhängigen Kurs von Washington und London nicht gutheißen und sich sehr wohl eine andere Politik gegenüber den arabischen Ländern vorstellen können. Für Israel mag es schwer sein, neue Wege zu finden, aber auf die Dauer wird das Land nur so zur Ruhe kommen können.

Mit seiner gegenwärtigen Politik jedenfalls steuert Israel als bloße Schachfigur der weltweiten amerikanischen Strategie immer unausweichlicher einer Kollision entgegen, die ihm lebensgefährlich werden kann. Die in den USA immer mehr in Bedrängnis geratende Gruppe um Präsident Johnson versucht in letzter Zeit in verstärktem Maße, in allen Teilen der Welt, vor allem in den Entwicklungsländern, antikolonialistischen und sozial-progressiven Tendenzen gewaltsam Einhalt zu gebieten. In Vietnam schaukelt Johnson den Krieg von Woche zu Woche weiter hoch (vgl. dazu auch die Beiträge von Wolfgang Abendroth, Günther Anders und Martin Hall in diesem Heft). Beim Putsch in Griechenland stand, wie heute jeder weiß, der amerikanische Geheimdienst der Militärjunta hilfreich zur Seite. In Griechenland sollen einige Politiker, die den amerikanischen Parolen von Freiheit und Demokratie Glauben schenkten, vergeblich darauf gewartet haben, daß die im Mittelmeer kreuzende 6. US-Flotte die Ver-

hafteten befreien und so bei der Wiederherstellung der Demokratie mithelfen würde. Wenngleich die Probleme auf dem lateinamerikanischen Kontinent anders liegen, finden die Vorgänge in Griechenland hier manche Parallele. Überall, wo es in der Welt kriselt, stößt man sehr bald auf die amerikanischen Fäden. Und so läßt sich auch der drohende israelisch-arabische Konflikt in diese amerikanische „Globalstrategie" einordnen.

Zur Stunde scheint es, als würden die extremistischen Kreise in Israel in dem Gedanken, den Krieg zu riskieren, von interessierter Seite bestärkt. Die den britischen Ölgesellschaften nahestehende Londoner Zeitung „Daily Telegraph" veröffentlichte am 29. Mai einen Artikel, der nur als Aufforderung an Israel verstanden werden kann, den Krieg zu eröffnen. Die Zeitung schreibt: „Israel hat durch seine geringe Aktivität nur verloren", aber das könne jederzeit wieder gutgemacht werden, wenn es die militärische Initiative ergreife. Das Blatt beruft sich dann auf Experten und sagt voraus, daß „Israel den Sieg erringen wird". „Ein solcher Ausgang", so heißt es dann weiter, „wäre furchtbar hinsichtlich der Leiden und der Zerstörung, aber für die Stabilität im Mittleren Osten im Endergebnis wahrscheinlich förderlich." Ein Teil der amerikanischen Presse versucht die Dinge so darzustellen, als liege die Entscheidung über Krieg und Frieden im Nahen Osten allein bei der israelischen Regierung und nicht in Washington oder London. Die „Welt am Sonntag" vom heutigen 4. Juni berichtet, „von höchsten Stellen in Washington" habe sie exklusiv erfahren: „Die Würfel sind gefallen: Die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien sind entschlossen, Nassers Blockade an der Einfahrt zum Golf von Akaba zu brechen". Das Gesetz des Handelns liegt also keineswegs in Tel Aviv, wie die amerikanische Presse vorgibt. Offenbar beurteilt man in Washington die militärischen Chancen Israels in einer baldigen Auseinandersetzung mit seinen arabischen Nachbarn günstiger als zu einem späteren Zeitpunkt. Und man unterschätzt wohl auch die Entschlossenheit der Sowjetunion, auf eine etwaige amerikanisch-englische Intervention entsprechend zu antworten.

Angesichts der Eskalation des Vietnamkrieges, den Johnson noch vor den Präsidentschaftswahlen des nächsten Jahres um jeden Preis, selbst bei Gefahr der Ausweitung des Krieges, zu seinen Gunsten zu gestalten sucht, verstehen zur Stunde sehr viele Gegner des Vietnamkrieges den Nahost-Konflikt als eine Art „zweite Front", mit deren Hilfe es der Sowjetunion gelingen könnte, eine Mäßigung Johnsons in Vietnam zu erzwingen. Vor einer voreiligen Konstruktion solcher Zusammenhänge, die übrigens der amerikanischen Version entspräche, wäre indes zu warnen. Hierin das auslösende Moment der Krise zu sehen, hieße übersehen, daß der Ausbruch eines militärischen Konfliktes in Nahost sehr schnell Spannungsverschärfungen an den „neuralgischen Punkten" der Welt heraufbeschwören und daß der Nahost-Konflikt selbst der Kontrolle aller entgleiten könnte. Die realpolitischen Interessen der Sowjetunion lassen das Entstehen eines der Eskalationsgefahr ausgesetzten weiteren Krisenherdes unseres Erachtens nicht zu. Denn entgegen der Ansicht, daß eine Bindung amerikanischer Kräfte im Nahen Osten den Vietnamkrieg entschärfen könnte, würde die wachsende Bedrängnis, in die dadurch Johnson käme, wohl eher zu einer kopflosen Steigerung des amerikanischen Engagements in Vietnam als zu einer Deeskalation führen. Schließlich wäre auch die Gefahr einer neuen Krise um Kuba nicht auszuschließen.

Auf einen militärischen Konflikt lassen sich keine Hoffnungen setzen, zumal dann nicht, wenn sie den Keim der Aus-

weitung in sich tragen. Niemand weiß zur Stunde, wie sich die Dinge im Nahen Osten entwickeln werden. Man kann nur hoffen, daß der Friede in letzter Stunde gesichert wird. Die Sperrung des Golfes von Akaba ist kein Kriegsgrund. Wenn es um Krieg oder Frieden geht, dann darf die Frage des billigeren oder teuereren Transportweges für Öl nicht den Ausschlag für die Entscheidung zum Kriege geben. Der Golf von Akaba wurde bis 1956 von Ägypten kontrolliert. Nach dem Waffenstillstand im gleichen Jahre übernahmen die UNO-Truppen die Aufsicht. U Thant sah den Rückzug der UNO-Truppen als einzig rechtmäßige Möglichkeit des Handels an. Israel, das seinerzeit eine Stationierung der UNO-Truppen auf seinem Gebiet ablehnte, hätte U Thant nunmehr um die Entsendung von neutralisierenden UNO-Truppen ersuchen können. Zweifellos würde das die Spannungen im Nahen Osten, wenn auch nicht gänzlich beseitigen, so doch vermindern können. Unbegreiflicherweise ist das bisher nicht geschehen.

Mittlerweile wachsen in der Bundesrepublik die Sympathiebekundungen für Israel. Wir Deutsche haben unvermindert allen Anlaß, das, was das jüdische Volk während der Hitlerjahre in unserem Lande erleiden mußte, voll im Bewußtsein zu behalten. Aber das Bewußtsein von der deutschen Schuld gegenüber den Juden darf nicht zu einer Blindheit gegenüber jenen Kreisen in Israel führen, deren Politik nicht den Interessen der israelischen Sache dient. Viele der gegenwärtigen Sympathiebekundungen für die israelische Seite entspringen dem moralischen Bewußtsein. Aber stutzig macht es, wenn mit Gasmasken Moral propagiert wird. Und höchst bedenklich muß es stimmen, wenn sich dabei auch jene Kreise engagieren, die durch ihre Gesamtpolitik in der Bundesrepublik einem neuen Nazismus den Weg ebnen. Diese Kreise haben Israel nur als „strategischen Faktor" im Sinn und nicht das israelische Volk, an dessen Wohl und staatlicher Existenz uns Deutschen ebenso liegen sollte wie am Wohl der arabischen Völker.

Ein Staat Israel, der sich allmählich aus der amerikanischen Globalstrategie herauslöst, dürfte trotz aller arabischen Nationalismen auf die Dauer in ein erträgliches Verhältnis zu seinen Nachbarn gelangen können. Von den arabischen Staaten muß erwartet werden, daß sie sich mit einem antikolonialen Israel aussöhnen und dessen staatliche Existenz respektieren.

Wie immer sich die Dinge entwickeln mögen: für die Bundesrepublik ist strikteste Neutralität geboten! (Abgeschlossen am 4. Juni).

P. B. Neuhöffer

Charles Sanders Peirce

Die Festigung der Überzeugung

und andere Schriften

herausgegeben und eingeleitet von Elisabeth Walther

Aus dem Amerikanischen übersetzt von Beate von Lüttwitz und Uta Schwinn, Marlis Gerhardt, Kathinka Huebner, Peter Sinzger, Helmut Harz, Georg Kiefer, Elisabeth Walther.

Die erste deutsche Übersetzung von Schriften des bedeutenden amerikanischen Philosophen und Begründers des Pragmatismus.

195 Seiten, Paperback DM 19,80

AGIS-VERLAG BADEN-BADEN

Vorne statt vorwärts?

Verteidigungsminister Schröder legt Wert darauf, sein seit der Amtsübernahme nur selten gebrochenes Schweigen über die künftige Entwicklung der Bundeswehr als Zeichen wohldurchdachter Zurückhaltung, als Beweis diplomatischen Raffinements gewertet zu sehen. In Wirklichkeit sind es tiefe Verwirrung und Ratlosigkeit, die sich hinter der Weigerung des Ministers verbergen, präzise Auskünfte über die Perspektiven der Bundeswehr und deren praktische Konsequenzen zu erteilen.

Nun ist der Grund dieser Verwirrung beileibe nicht darin zu suchen, daß dem Minister und der Generalität selbst Zweifel an der Richtigkeit des eigenen Konzepts gekommen wären. Ihre Fähigkeit zur selbstkritischen Bestandsaufnahme ist nach wie vor unterentwickelt. Der Anstoß kam vielmehr von außen: die NATO ist in einen Wandlungsprozeß eingetreten, der Folgerungen auch für die Bundeswehr haben wird. Folgerungen, über die Bonn derzeit mit Sicherheit nur sagen kann, daß sie weder auf seine Initiative zurückgehen, noch daß es sie zu akzeptieren wünscht. Der politische Kern aller Reformbestrebungen in der NATO läßt sich in zwei Sätzen konzentrieren: Die Fiktion von der militärischen Bedrohung durch den Osten ließ sich nicht länger aufrechterhalten. Immer mehr Pakt-Staaten fürchten, durch die Beistandsautomatik des NATO-Vertrags in Konflikte verwickelt zu werden, in denen sie nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren haben.

Diese beiden wichtigsten Prämissen für den Wandlungsprozeß des Atlantikpakts bestimmen bereits die Richtung, in der sich die Allianz entwickeln wird. Keiner der nichtdeutschen Partner des Pakts — und die USA machen hier keine Ausnahme — zeigt noch Interesse an der Stärkung seines militärischen Potentials in Europa. Die in den letzten Konferenzpapieren der NATO übereinstimmend formulierte Einsicht, daß eine östliche Aggression in Europa nicht drohe, daß vor allem ein massiver sowjetischer Angriff auf Mitteleuropa auszuschließen sei, verlangt geradezu einen Abbau des militärischen Engagements. Der Abzug von mehr als 40 000 amerikanischen und britischen Soldaten aus der Bundesrepublik, denen in Kürze belgische und kanadische Einheiten folgen werden, ist nach übereinstimmender Auffassung aller gutinformierten Beobachter nur die erste Phase einer großangelegten militärischen Verdünnung, die weitere Truppenreduzierungen nach sich zieht.

Dieser Vorgang hat jedoch nicht nur eine quantitative Seite. Weit bedeutsamer ist die neue Qualität politisch-strategischen Denkens, die hier sichtbar wird. Die Verteidigungsminister der NATO-Staaten, die am 9. Mai — ohne den Vertreter Frankreichs — zum letzten Male in Paris tagten, haben beschlossen, den Tatbestand der europäischen Entspannung ins strategische Kalkül einzubeziehen. Wollte man gewisse kritische Vorbehalte wohlwollend beiseite stellen, so könnte man von einer Verlagerung des Schwerpunkts vom militärischen zum politischen Instrumentarium des Pakts sprechen.

Diese Interpretation wird in der Praxis durch eine Reihe wichtiger Veränderungen in der strategischen Doktrin und in der operativen Struktur des Pakts gestützt.

Erstens: Zum ersten Male seit 1953 hat die NATO auf der Ministertagung im Mai 1967 eine offizielle Gesamteinschätzung der militärisch-politischen Lage unternommen, die unmittelbare Auswirkungen auf die Streitkräfteplanung des Pakts haben wird. Termin ist der Dezember dieses Jahres; bis dahin sollen von der neugebildeten „Arbeitsgruppe Verteidigungsplanung" Pläne

für eine Umbildung und Straffung der integrierten Streitkräfte ausgearbeitet werden. Diese Gruppe arbeitet nach einem für die NATO neuen Verfahren. Ausschlaggebend für ihre Tätigkeit ist das Zusammenwirken der nationalen Vertreter, die sich weit stärker als bisher von den wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten der einzelnen Mitgliedstaaten bei der Festsetzung ihres Wehrbeitrags leiten lassen werden. Damit ist das Diktat der integrierten Stäbe auf diesem Gebiet gebrochen, — eine Forderung, die in den letzten Jahren nicht nur von de Gaulle verfochten wurde.

Zweitens: Diese neue, die nationalen Einzelinteressen stärker berücksichtigende Methode der Streitkräfteplanung schwächt die Position von Saceur, des NATO-Oberbefehlshabers von Europa. Er war es bisher, der seine Empfehlungen über Umfang und Bewaffnung der NATO-Streitkräfte dem Ministerrat zur Beschlußfassung vorlegte. Seine Autonomie bei der Vorplanung ist jetzt gebrochen. Empfindliche Machtverluste wird er aber auch auf operativem Gebiet hinnehmen müssen. Mit dem sich ausweitenden Rückzug alliierter Truppen aus der Bundesrepublik schrumpft nicht nur das ihm anvertraute Potential hinsichtlich der Zahl, es wird auch in seiner Feuerkraft bewußt verringert. Die Bundesregierung hat sich mit allen Mitteln, letztlich aber doch vergeblich bemüht, dieser schrittweisen Entmachtung von Saceur entgegenzuwirken. Sie hat den NATO-Oberbefehlshaber nicht ohne Grund immer als einen ihrer wertvollsten Verbündeten im Ringen um eine atomare Aufwertung der Bundeswehr geschätzt. Ihre dankbare Erinnerung gilt vor allem General Norstad, der unter der Präsidentschaft Eisenhowers nichts unversucht ließ, um den atomaren Ehrgeiz Bonns zu fördern. Seine Ablösung durch Kennedy signalisierte aber bereits das Ende der überragenden Position dieses Kommandos.

Drittens: Die Beschränkung der Feuerkraft, von der hier die Rede war, resultiert aus den vorerst noch bescheidenen Ansätzen der Denuklearisierung des mitteleuropäischen Raums. Materiell äußert sich das im Abzug der vier von insgesamt neun amerikanischen Jagdbombergeschwader aus der Bundesrepublik. Genau wie die zurückgenommenen Brigaden sind auch sie dem Unternehmen „Strategische Rotation" eingegliedert worden, ein Begriff, der ihre erneute Verfügbarkeit im Ernstfall verspricht. Wichtiger als die nur-militärische Interpretation aber ist das politische Konzept, das sich dahinter versteckt. Es geht hier um ein planmäßiges Abtragen der gefährlich angehäuften Nuklearwaffen im mitteleuropäischen Raum bis zu einer gewissen Grenze, dessen eigentliches Motiv wohl in den Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten zu suchen ist. Washington will verhindern, daß es durch den allzu niedrigen Ansatz der „Atomschwelle" zu einer nuklearen Auseinandersetzung in Mitteleuropa kommen kann, deren Ausbruch und weiterer Verlauf sich seiner Kontrolle entziehen könnte. In diesen Zusammenhang gehören auch die Versuche der Amerikaner, den Starfighter-Geschwadern der Bundeswehr eine rein konventionelle Aufgabe zuzuweisen.

Damit aber hat der Wandlungsprozeß der strategischen Doktrin der NATO einen Zustand erreicht, der für die Verwirklichung des Bonner Konzepts von der atomaren Vorwärtsverteidigung keinen Raum mehr läßt. Diese Wunschvorstellung — die zwar rein begrifflich, nicht jedoch praktisch in die NATO-Strategie aufgenommen worden war — beruht ja auf einer extrem hohen atomaren Feuerkraft in Mitteleuropa, der dichten Stationierung sogenannter atomarer Gefechtsfeldwaffen unmittelbar an der Ostgrenze der Bundesrepublik, der Delegierung bestimmter Einsatzbefugnisse für amerikanische Atomwaffen auch an die Bundeswehr und

auf dem möglichst niedrigen Ansatz der Atomschwelle.

Alle diese Voraussetzungen werden von den neuen strategischen Überlegungen der NATO verworfen. Bundesverteidigungsminister Schröder vermochte weder in der Mai-Sitzung der NATO in Paris noch in der kurz davor stattgefundenen Tagung des Nuklearen Planungsausschusses die Bonner Auffassung gegen den vereinten Widerstand seiner Kollegen durchzusetzen. Die Niederlage war nicht zu verheimlichen. Die Wortschöpfung des Ministers ‚Vorne-Verteidigung statt Vorwärts-Verteidigung' bekundet, daß man sie in Bonn immerhin registriert hat.

Bedeutet sie aber auch, daß Bonn nun bereit ist, sich von seinen alten Vorstellungen zu trennen und sich konstruktiv an der Erarbeitung eines zeitgemäßen, auf Entspannung orientierten strategischen Konzepts für die NATO zu beteiligen?

Bonns Verhalten läßt diesen Schluß nicht zu. Alles deutet darauf hin, daß die Regierung und die militärische Führungsspitze versuchen werden, unter Mißachtung, notfalls auch im Widerstand gegen die Auffassungen der Partner die atomare Aufwertung der Bundeswehr durchzusetzen. Unmißverständlich hat sich Schröder allen Vorschlägen, „die militärische Aufgabe der Bundeswehr auf den konventionellen Bereich einengen zu wollen", widersetzt. Er lehnt es ab, die klar auf Offensivwirkung berechneten „strike forces" der Bundeswehr zugunsten rein defensiver, an den Aufgaben der Grenzsicherung orientierter Verbände abzubauen. Die Bundesregierung nimmt zwar die Tatsache zur Kenntnis, daß — wie Adelbert Weinstein in der FAZ mißvergnügt feststellte — „die Wandlung von der Politik der Abschreckung durch die permanente Drohung zur Politik der Friedenserhaltung durch komplizenhaftes Einverständnis der Atomgiganten im Gange" ist; ihrerseits aber ist sie nicht bereit, auf das Mittel der permanenten militärischen Drohung gegenüber dem Osten zu verzichten.

Die Frage jedoch, wie sie ihre kontroverse Haltung innerhalb des Pakts durchzusetzen gedenke, stürzt sie in tiefe Verwirrung. Bonns Militärpolitik hat sich mittlerweile so weit von den Realitäten entfernt, daß sie vergeblich nach Verbündeten unter den verbliebenen dreizehn Paktstaaten Ausschau hält. Niemand ist gleich ihr bereit, Kollisionskurs zu steuern. Dabei steht sie unter eminentem Zeitdruck: bis Dezember muß auch die Bundesregierung ihre Vorschläge über die künftige Struktur der Bundeswehr bis zum Jahre 1972 fertig erarbeitet haben. Heute ist sie noch nicht einmal bereit, sich der öffentlichen Diskussion in der Bundesrepublik zu stellen.

Beobachtet man die Verhaltensweise der Regierung in dieser Frage, so gewinnt man immer stärker den Eindruck, daß sie „Rettung in höchster Not" von außerhalb erhofft. Konkret: Bonn setzt auf die unverkennbar zunehmenden internationalen Spannungen, die zwar nicht primär von Europa ausgehen, ohne Zweifel jedoch auch Rückwirkungen auf die Lage in Europa haben können. Die Eskalation der amerikanischen Kriegführung in Vietnam und der nahöstliche Konflikt werden von der Regierung als Vorgänge geschätzt, die die Fortschritte europäischer Annäherung ins Stocken geraten lassen können. Sie selbst hat mit ihrem hartnäckigen Widerstand gegen den amerikanisch-sowjetischen Entwurf eines Atomwaffensperrvertrags entscheidenden Anteil an der Stagnation der Genfer Abrüstungsverhandlungen. — Eine Regierung aber, die aus internationalen Krisen eigenen machtpolitischen Gewinn zu schlagen versucht, disqualifiziert sich nicht allein in moralischer Hinsicht. Sie bietet ungewollt den Beweis dafür, daß sie politisch am Ende ist. Sie mag das Debakel noch einige Zeit hinauszögern — abwenden kann sie es nicht.

Horst Heiden

Benno Ohnesorg †

An Stelle eines Kommentars über die Vorfälle in Westberlin anläßlich der Demonstrationen beim Besuch des Schahs von Persien, die in der Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg gipfelten, veröffentlichen wir im nachfolgenden eine Presseerklärung des AStA der FU Berlin, die für sich selbst spricht. In unserer Juli-Ausgabe werden wir einen kritischen Artikel und eine umfassende Dokumentation über die Westberliner Vorgänge veröffentlichen. *D. Red.*

Zu den Beschlüssen des Berliner Senats und den Stellungnahmen der Berliner Instanzen in Berlin nimmt der AStA der FU wie folgt Stellung: Ein Student der Freien Universität Berlin ist von der Polizei erschossen worden. Angesichts dieser Tatsache müssen die Erklärungen der politischen Instanzen von Berlin als unmenschlich und zynisch erscheinen.

1) Wir stehen fassungslos vor der Lüge der Polizei, die den Mord als Notwehr bezeichnet, die aus fliehenden Demonstranten messerbewaffnete Angreifer macht. Zeugenaussagen werden die Lügen widerlegen.

2) Wir protestieren gegen die Vorhaben, Schnellgerichte zu schaffen, die Gesetze bis zum äußersten brutal auszunutzen, die Polizei mit größter Schärfe einzusetzen, Demonstrationen generell in Berlin, auch an der Universität, zu verbieten, Hochschulgesetzgebung nicht mehr als Strukturreform der Universität zu begreifen, sondern als Mittel, von der eigenen politischen Kopflosigkeit und polizeilichen Brutalität abzulenken.

3) Wir protestieren gegen die Rektoren der FU und TU, die sich nicht scheuen, durch das Versprechen, Hausrecht und Disziplinarrecht extensiv zu gebrauchen, zum Handlanger des Senats zu werden, ohne sich überhaupt mit anderen Kollegen der Universität zu besprechen.

4) Wir stellen unsere Ohnmacht, die Ohnmacht der Abhängigen, der Bürger, die Ohnmacht der Wahrheit fest in Anbetracht der meisten Berichte der Kommunikationsmittel in Berlin. Wir hoffen noch immer, daß wenigstens einige Zeitungen berichten, wie es demokratischer Brauch verlangt.

5) Wir sind traurig und enttäuscht über Heinrich Albertz, der aktiver Christ ist und nicht davor zurückschreckt, ohne Kenntnis des Sachverhalts das Opfer zum Schuldigen zu erklären, Beileid auszusprechen und zugleich die Teilnahme an der Beerdigung als Demonstration zu verbieten.

Wir rufen alle Demonstranten auf, dem AStA Augenzeugenberichte zu schikken. Wir rufen alle Berliner auf, die Menschlichkeit in unserer Stadt zu verteidigen. Wir rufen alle, die mit uns darin übereinstimmen, daß Mord unmenschlich ist, daß Presse, Funk und Fernsehen wahrhaft zu berichten haben, daß die Berliner Obrigkeit Freiheit und Menschlichkeit zynisch verletzt.

Wir rufen alle auf zur Solidarität.

Hans Heinz Holz

Zwangsverfügungen - Dienstverpflichtungen - Zuchthausstrafen

Die Schubladenverordnungen und ihre Auswirkungen (II) *)

I. Noch gibt es kein Ermächtigungsgesetz — aber schon Notverordnungen

Die Bundesrepublik Deutschland hat keine Notstandsverfassung, durch welche die Bundesregierung oder sonst irgendjemand ermächtigt würde, die Verfassung oder Teile von ihr außer Kraft zu setzen. Zwar haben seit 1955 die jeweiligen Bundesregierungen entsprechende Grundgesetzänderungen angestrebt; bis heute aber wurde unter den Parteien des Bundestages keine Einigung darüber erzielt, welchen Umfang solche Ermächtigungen haben dürfen und wer sie erteilen soll. Und ein großer Teil der Bevölkerung lehnt zusammen mit den DGB-Bundeskongressen neue zusätzliche Notstandsartikel im Grundgesetz überhaupt ab.

Das ist die Ausgangslage. Über die schon im Grundgesetz enthaltenen Ausnahmebestimmungen [1]) hinaus gibt es kein Ermächtigungsgesetz. Wohl aber liegen bereits in den Tresoren bei den Regierungspräsidenten, Landräten und Oberbürgermeistern geheime Sonderausgaben des Bundesgesetzblattes, in denen Notverordnungen stehen, die mit den Worten beginnen: „Auf Grund der ihr erteilten Ermächtigung verordnet die Bundesregierung mit Gesetzeskraft . . ."

Nicht einmal die Bundestagsabgeordneten, schon gar nicht alle Staatsbürger wüßten etwas vom Inhalt dieser bis ins kleinste Detail ausgearbeiteten Vorbereitung auf den „Ernstfall", der mit der Errichtung einer uneingeschränkten Diktatur identisch wäre. Erst durch die Publikation dieser Dokumente in der DDR und die nachträgliche Veröffentlichung der Verlage Voltaire und Neue Kritik am 30. Oktober 1966 erfuhr auch die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik von dem, was ihr droht. Und wenn zuvor einmal der Bundesinnenminister Paul Lücke sibyllinisch erklärt hatte, die Herren, denen man diese Texte gezeigt, seien ein wenig bleich geworden, so können wir heute beurteilen, daß sie aus gutem Grunde erblaßten. Denn was die Notstandsexperten der Ministerien da ausgeheckt haben, übertrifft die schlimmsten Befürchtungen. Es ist die Quintessenz dessen, was Diktatoren von Hitler gelernt haben könnten.

Dutzende solcher Notverordnungen liegen in den Schubladen. (Die Sonderausgabe mit der höchsten fortlaufenden Nummer, die bisher bekannt geworden ist, trägt die Ziffer 45.) Für ihre Abfassung gibt es keine Rechtsgrundlage. In Art. 80 Abs. 1 des Grundgesetzes heißt es zwar: „Durch Gesetz können die Bundesregierung, ein Bundesminister oder Landesregierungen ermächtigt werden,

*) Teil I s. „Blätter", Heft 2/1967, S. 137 ff.

1) Vgl. dazu jetzt die übersichtliche Zusammenfassung in der Broschüre der IG-Metall, Notstandsgesetze — Notstand der Demokratie, Frankfurt am Main 1966, Seite 11 ff.

Rechtsverordnungen zu erlassen. Dabei müssen Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigungen im Gesetze bestimmt werden. Die Rechtsgrundlage ist in der Verordnung anzugeben." Doch ist ein solches Gesetz weder erlassen, noch steht fest, daß es in so weitgehendem Umfang, der einen Umsturz der Verfassung und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bedeuten würde, je erlassen werden wird. Die Bundesregierung ist also auf einem Gebiete aktiv geworden, auf dem ihr jegliche Legitimation fehlt; sie hat nicht einmal den Versuch unternommen, durch Einschaltung von Bundestag und Bundesrat sich wenigstens den Anschein einer demokratischen Legitimation zu verschaffen. Die Ausgabe von Bundesgesetzblättern ohne Rechtsgrundlage widerspricht den Art. 80 Abs. 1 und 82 Abs. 1 des Grundgesetzes, und auch dem Art. 82 Abs. 2, denn die Schubladenverordnungen tragen kein Ausgabedatum [2]). Die Bundesregierung maßt sich also Befugnisse an, die ihr gar nicht zustehen. Die Verteilung von undatierten Sonderausgaben des Bundesgesetzblattes, in denen ganz allgemein eine nicht erteilte Ermächtigung vorausgesetzt wird, ist ein offenkundiger Verfassungsbruch.

Mißbrauch der Macht liegt allzu nahe

Eine Bundesregierung, die es so eilig hat, von erhofften diktatorischen Vollmachten Gebrauch zu machen, daß sie schon im vorhinein alle möglichen Bestimmungen entwirft und an nachgeordnete Behörden weitergibt, die sie dann einmal erlassen möchte, wenn sie erst im Besitz der Vollmachten sein wird — eine solche Bundesregierung erwartet von den Bürgern des Staates das Vertrauen, daß sie nur im äußersten Notfall das Ausnahmegesetz anwenden würde! Ihr Übereifer macht sie unglaubwürdig. Wer so nach der absoluten Macht strebt, dem darf kein Quentchen davon gegeben werden; denn es steht ihm auf der Stirn geschrieben, daß er sie mißbrauchen wird.

Und welche Möglichkeiten des Machtmißbrauchs sind hier nicht gegeben! Der Bürger wird rechtlos und der Willkür der Polizei und Behörden ausgeliefert. Die diktatorischen Vollmachten, die hier die Bundesregierung für sich in Anspruch nimmt, sind so weitgehend, daß sie es nicht wagt, sie auf ordnungsgemäßem Wege durch den Bundestag verabschieden zu lassen. Vielmehr soll der unter Geheimhaltungsverpflichtung stehende sogenannte „Gemeinsame Ausschuß" der Bundesregierung eine scheinlegale Rückendeckung verschaffen.[3]) Bundesinnenminister Lücke sagte dazu in einem Interview, das die „Kölnische Rundschau" am 22. Oktober 1966 veröffentlichte: „Das ist ja die entscheidende Aufgabe des Gemeinsamen Ausschusses, derartige Gesetzentwürfe in Friedenszeiten zu billigen und in Notzeiten zu beschließen."

Nun, diesen „Gemeinsamen Ausschuß" gibt es bis jetzt gar nicht, und es ist zweifelhaft, ob es für ihn überhaupt eine grundgesetzlich zulässige Rechtsbasis geben kann. Jedenfalls ist nicht einzusehen, warum eigentlich nicht in Friedenszeiten das gesamte Parlament, nicht nur ein paar ausgewählte Parteimanager, darüber befragt werden kann, ob es solche Gesetze für den Notfall billige oder

---

2) Art. 82 GG lautet: „Die nach den Vorschriften dieses Grundgesetzes zustande gekommenen Gesetze werden vom Bundespräsidenten nach Gegenzeichnung ausgefertigt und im Bundesgesetzblatt verkündet. Rechtsverordnungen werden von der Stelle, die sie erläßt, ausgefertigt und vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung im Bundesgesetzblatt verkündet. 2. Jedes Gesetz und jede Rechtsverordnung soll den Tag des Inkrafttretens bestimmen. Fehlt eine solche Bestimmung, so treten sie mit dem vierzehnten Tage nach Ablauf des Tages in Kraft, an dem das Bundesgesetzblatt ausgegeben worden ist".

3) Vgl. Hans Heinz Holz, Die Notstandsinstitution „Gemeinsamer Ausschuß", in: „Blätter", Heft 7/1966. Dort ist auch die Frage der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit des „Gemeinsamen Ausschusses" eingehend erörtert.

nicht. Wenn unsere Gesetzestexter doch schon so perfekt ausgearbeitete Entwürfe in ihren Schubladen liegen haben, so gibt es keinen Grund, sie nicht auch den gewählten Vertretern des Volkes zur Stellungnahme und Beschlußfassung vorzulegen. Aber die Bundesregierung hat Angst. Sie hat Angst, daß der Wortlaut dieser Entwürfe den unwiderleglichen Verdacht wecken muß, hier werde mit böser Absicht der Demokratie das Grab geschaufelt. Sie hat Angst, daß selbst die koalitionsfreudigsten Abgeordneten nicht bereit sein könnten, diesen Weg zur Diktatur mitzugehen. Sie hat Angst, sich vor dem Volk entlarvt zu sehen, ehe sie die Machtmittel in der Hand hat, mit denen sie die Meinung des Volkes in den Wind schlagen kann.

Ein Teil dieser geheimen Verordnungen ist nun also bekannt geworden, gegen den Willen der Bundesregierung, die jetzt allerdings einem Bundesbürger nicht mehr als Geheimnisverrat zur Last legen kann, was er aus Presseveröffentlichungen des Nachbarstaates erfahren hat. Wir können uns ungeniert mit dem Inhalt dieser Notverordnungen befassen. Und kein Bundesminister wird uns sagen können, der Wortlaut der Publikationen stimme mit den tatsächlichen Entwürfen nicht überein. Natürlich kann das Bundesinnenministerium nachträglich da und dort etwas verändern, diese Möglichkeit hat Minister Lücke in dem zitierten Interview mit der „Kölnischen Rundschau" bereits angedeutet: „Diese Entwürfe, die zum Teil schon vor Jahren erstellt worden sind, werden selbstverständlich von der Bundesregierung laufend nach den neuesten Erkenntnissen hinsichtlich ihrer Zweckmäßigkeit und weiteren Notwendigkeit überprüft."

Grundsätzlich bleibt jedoch der Rahmen, der durch die Schubladenverordnungen gezogen ist, der gleiche, auch wenn da und dort kleine Anpassungen „nach den neuesten Erkenntnissen" (etwa denen der „Fallex-Übung" oder des Putsches in Griechenland oder gar denen, die die Amerikaner in Vietnam sammeln?) getroffen werden. Denn insgesamt greifen diese Diktaturverordnungen so lückenlos ineinander, insgesamt ergeben sie ein so umfassendes System totalitärer Herrschaft, daß daran wesentliche Veränderungen gar nicht möglich sind.

Was steht nun in diesen Notverordnungen? Man kann drei Gruppen von Bestimmungen unterscheiden:

Die erste, mit der wir uns in Heft 2/1967 der „Blätter" beschäftigten, bezweckt die Unterdrückung politischer Gegner und letzten Endes die Ausschaltung jeder Meinungsbildung, die nicht regierungskonform ist.

Die zweite dient einer totalen Zwangsverfügung über das gesamte Wirtschaftsleben.

Der dritte entwirft einen Typus der totalen Kriegsführung, der für das „Kriegsbild" der politischen und militärischen Strategen an der Spitze der Bundesrepublik bezeichnend ist.

Die letzten beiden Gruppen sollen im nachfolgenden untersucht werden.

II. Lebensmittelkarten — Bezugsscheine — Beschlagnahmungen

Welche Eingriffe in das Wirtschaftsleben bevorstehen, wenn die Bundesregierung es für nötig hält, „um eine Gefährdung der Versorgung zu beheben oder zu ver-

hindern" [4]) oder „um die für Zwecke der Verteidigung, insbesondere zur Deckung des Bedarfs der Zivilbevölkerung und der Streitkräfte erforderliche Versorgung mit Gütern und Leistungen sicherzustellen" [5]) — das wissen wir bereits seit der Verabschiedung der „Sicherstellungsgesetze" durch den Bundestag im Juni 1965 [6]). Die Bewirtschaftung aller Lebensmittel (bis zu den wildwachsenden Pilzen und Beeren im Walde) und aller Waren der gewerblichen Wirtschaft, die Beschlagnahmung privater Fahrzeuge, die Einfrierung der Bank- und Sparkonten betreffen vor allem den Privatmann. Die mögliche Zusammenlegung von Betrieben, die Einsetzung von Wirtschaftskommissaren oder „Wehrwirtschaftsführern", die willkürliche Zuteilung von Rohstoffen oder Waren an Fertigungsbetriebe oder Einzelhandelsgeschäfte und dergleichen mehr wird der Geschäftsmann sehr bald zu spüren bekommen. Die Durchführungsverordnungen, die sich nun auf diese Wirtschaftssicherstellungsgesetze beziehen, machen deutlich, daß hier keiner Maus ein Schlupfloch bleibt, durch das sie entkommen könnte. Eine totale Wirtschaftslenkung ist vorgesehen, und zwar bereits zur „Herstellung der Verteidigungsbereitschaft", das heißt also vor dem Eintritt des Verteidigungsfalles. Wann sie dies für notwendig oder zweckmäßig erachtet, ist ins Belieben der Bundesregierung gestellt.

Allerdings gibt es Ausnahmen. Wer wohlhabend genug ist, sich einen für lange Zeit reichenden „Eichhörnchenvorrat" anzulegen, kann seiner Konservendosen, seiner Mehl- und Zuckersäcke sicher sein. Denn es heißt: „Ausgenommen von der Beschlagnahme sind die Erzeugnisse, die in den Haushaltungen der Letztverbraucher ... vorhanden sind." [7]) Also gilt, schon wie im Zweiten Weltkrieg, die Parole: Hamsterer voran!

Auch der Zivildienst kommt wieder

Auch das von den Gewerkschaften besonders heftig bekämpfte Zivildienstgesetz, das die Bundesregierung 1965 mit Rücksicht auf die innenpolitische Situation zurückgestellt hatte, kehrt nun als „Notverordnung über den Zivildienst" wieder.[8]) Damit soll der Bundesregierung eine Waffe gegen das Streikrecht in die Hand gegeben werden und zugleich eine Handhabe, aus der arbeitenden Bevölkerung jede mögliche Leistung herauszupressen. Denn unbegründetes Fehlen auch nur einen Tag lang wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft, desgleichen die Verweigerung einer aufgetragenen Dienstleistung; wer sich gar dem Zivildienst dauernd zu entziehen versucht, hat zwei Jahre Gefängnis zu gewärtigen. Und die Strafgefangenen kann man dann ja zu jeder Arbeit einsetzen, hat also damit denselben Zweck erreicht; für die Einrichtung von Gefangenenlagern wird schon rechtzeitig vorgesorgt. Nach den in den Schubladenverordnungen vorgesehenen Strafen wird die Bundesrepublik ohnehin ein großes Gefängnis sein. Zivildienst ist in vielen Fällen als kasernierter Arbeitsdienst gedacht. Gemeinschaftsunterkunft, Gemeinschaftsverpflegung, Dienst- oder Arbeitskleidung können vorgeschrieben werden (§ 37 Abs. 1). Die Arbeitszeit kann verlängert werden. Der Arbeitende muß gegebenenfalls Gefahren auf sich nehmen. Er kann auch außerhalb seines Wohnsitzes, auch außerhalb der Bundesrepublik ein-

---

4) Wirtschaftssicherstellungsgesetz § 2, Abs. 1; entsprechend Ernährungssicherstellungsgesetz § 2, Abs. 1,1 und § 3 sowie Verkehrssicherstellungsgesetz § 2 Abs. 1,1 und § 3.
5) Wirtschaftssicherstellungsgesetz § 1 Abs. 1; entsprechend Ernährungssicherstellungsgesetz und Verkehrssicherstellungsgesetz § 1, Abs. 1.
6) Vgl. Hans Heinz Holz, Die wirtschaftlichen Aspekte der Notstandsgesetzgebung, in: „Blätter", Heft 4/1965.
7) Erste Durchführungsverordnung zum Ernährungssicherstellungsgesetz § 2 Abs. 2.
8) Vgl. Hans Heinz Holz/Paul Neuhöffer, Griff nach der Diktatur, Köln 1965, S. 85—99.

gesetzt werden. Das alles ist aus dem Entwurf des früheren Bundesinnenministers Höcherl zu einem Zivildienstgesetz bereits bekannt. Als dieses Gesetz im Bundestag keine Chance hatte, wich die Bundesregierung anscheinend auf den Umweg aus, die gleichen Bestimmungen in einer geheimen Notverordnung unterzubringen, um sie dann auf Grund irgendeiner Generalermächtigung doch noch durchsetzen zu können. Während Bundesinnenminister Lücke öffentlich und im Gespräch mit den Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Januar 1966 erklärte, er werde — um den Gewerkschaften entgegenzukommen — auf ein Zivildienstgesetz verzichten, ließ er die „Notverordnung über den Zivildienst" als geheime Verschluß-Sache in den Schubladen weiterexistieren. Dazu heißt es in der schon erwähnten Aufklärungsbroschüre der IG Metall: „Bundesminister Lücke hat in seinem Schreiben vom Mai 1966 dargelegt, daß gegebenenfalls mit einer Zwangsverpflichtung von acht Millionen Arbeitnehmern ‚zur Dekkung des Personalbedarfs in lebens- und verteidigungswichtigen Wirtschafts- und Verwaltungsbereichen' zu rechnen sei ... Auch heute noch wird am Kern der bisher vorgelegten Notdienst- oder Zivildienstgesetze festgehalten. Grundsätzlich sehen die Notdienst- und Zivildienstgesetze vor, daß nahezu jedes Arbeitsverhältnis in ein ‚öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis besonderer Art' umgewandelt werden kann. Mit dieser juristischen Formel wird aus dem Arbeitnehmer, der frei seinen Arbeitsplatz wählen und wechseln kann, der ‚Zivildienstverpflichtete', der an seinem Arbeitsplatz in einem wehrdienstähnlichen Verhältnis steht." [9])

Bundesgrenzschutz als Bürgerkriegstruppe

Die Zivildienstverordnung ist so angelegt, daß sie auch bei innenpolitischen Auseinandersetzungen, etwa im Fall von Arbeitskämpfen, angewandt werden kann. Andere Verordnungen gehen in dieser Hinsicht noch weiter. So heißt es zum Beispiel in der „Notverordnung für den Bundesgrenzschutz": „§ 2. Der Bundesgrenzschutz kann außer zu den im § 2 des Gesetzes über den Bundesgrenzschutz und die Einrichtung von Bundesgrenzschutzbehörden genannten Aufgaben im Rahmen der geltenden Gesetze auch zur Abwehr von Gefahren, durch die die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bedroht wird, eingesetzt werden. Dies gilt insbesondere für die Abwehr von Gefahren, die den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes bedrohen."

Dienstherr bleibt dabei der Bundesinnenminister (§ 6). Ihm wird hier ein von den Ländern unabhängiges Instrument geschaffen, mit dem er jederzeit auf eigene Faust Bürgerkrieg führen, bzw. den sogenannten „Inneren Notstand" praktizieren kann. Zugleich hat der Bundesinnenminister hier eine Truppe zur Verfügung, mit der er ohne Rücksicht auf die Dispositionen der Militärbefehlshaber seinerseits Kampfhandlungen auszulösen vermag, um so eventuell einen „Ernstfall" oder „Bündnisfall" zu erzeugen, der dann den gesamten Mechanismus der Bundeswehr und der NATO in Gang setzen würde. Darum heißt es:

„§ 1. Der Bundesgrenzschutz kann auch außerhalb des in § 2 des Gesetzes über den Bundesgrenzschutz und die Einrichtung von Bundesgrenzschutzbehörden vom 16. März 1951 bezeichneten Gebietes eingesetzt werden.

§ 4. Der Bundesgrenzschutz ist ein Teil der bewaffneten Macht der Bundesrepublik Deutschland. Die ihm angehörenden Polizeivollzugsbeamten und sonstigen

---

[9]) Vgl. die in Anm. 1 genannte Broschüre, S. 19 f.

uniformierten Beamten sind dazu berechtigt, mit der Waffe an militärischen Kampfhandlungen teilzunehmen. Sie haben dabei die Regeln des Kriegsvölkerrechts zu beachten."

Man könnte sich zum Beispiel vorstellen, daß solch eine „politische Armee", die nicht der NATO integriert ist, in irgendeiner Situation (sogar gegen den Wunsch oder doch ohne Unterrichtung der NATO-Partner) zu einem Handstreich gegen die DDR eingesetzt würde. So könnte eine Kriegslawine zum Rollen gebracht werden. Daß eine solche Vorstellung nicht ganz unwahrscheinlich ist, wird durch die „Notverordnung zur Ergänzung der Prisenordnung" bestätigt, wo einfach festgesetzt wird: „Dabei ist die SBZ im Hinblick auf ihre Beteiligung an dem Konflikt auf seiten der Gegner der Bundesrepublik Deutschland als ‚Feind' zu behandeln."

Daß man zu einem Nichtangriffsabkommen zwischen Bundesrepublik und DDR gelangen könnte, das einen deutschen Bürgerkrieg ausschlösse, scheint jedenfalls außerhalb der Gedankenwelt der Notstandsplaner zu liegen. Stattdessen will man den Bundesgrenzschutz zu einer Privatarmee des Bundesinnenministers umformen, die für jedes innen- und außenpolitische Abenteuer zur Verfügung stände. Maßnahmen gegen streikende Arbeiter oder demonstrierende Oppositionelle im „Inneren Notstand", Handstreiche gegen die DDR zur Provokation des „Äußeren Notstands" sollen kraft dieser Notverordnung zum Einsatzbereich des Bundesgrenzschutzes gehören. Kein Wunder, daß man solche Texte lieber in der Schublade verbirgt!

Die Kriegsgesetze

Nirgendwo steht geschrieben, daß diese Notverordnungen erst im Kriegsfalle in Kraft gesetzt werden. Die meisten von ihnen sind so beschaffen, daß sie selbst unter den schlimmsten Umständen nationaler Notlage, in einem Kriege auf Leben und Tod, nicht gerechtfertigt wären. Wer sein Volk nur mit solchen Mitteln bei der Stange halten kann, hat den Anspruch verwirkt, als Sachwalter seiner Interessen gelten zu dürfen. Die Notverordnungen beziehen sich ganz allgemein auf Ermächtigungen, die die Regierung instand setzen, sich einer unliebsamen Opposition zu entledigen. Sie könnten genauso gut zur Bewältigung des „Inneren Notstands" wie im Verteidigungsfalle angewandt werden. Neben den ausgesprochen auf kriegerische Umstände bezogenen Formulierungen stehen immer auch solche, die ganz allgemein für jede innenpolitische Krise gelten könnten. Landesverräterische Zersetzung ist also nicht nur die Verbreitung von Behauptungen, die ein bewaffnetes Unternehmen gegen die Bundesrepublik Deutschland fördern, sondern ebenso solche, „die Bestrebungen gegen die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland herbeiführen" — und das gleiche gilt für „landesverräterische Propaganda". Die Ausdehnung der Befugnisse des Bundesverfassungsschutzes auf Maßnahmen der Strafverfolgung und Beweiserhebung sind überhaupt nicht an irgendeinen äußeren Spannungszustand gebunden, sondern gelten ganz allgemein auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes.

Daneben gibt es jedoch auch noch eine Reihe ausdrücklicher Bestimmungen für den Kriegsfall, nämlich die „Notverordnung zur Änderung und Ergänzung des Wehrstrafrechts". Hier haben wir es nun mit einem Gesetzeskomplex zu tun, an dem nicht nur die unmittelbare Rückbeziehung der militärpolitischen Konzeption auf die Vorbilder der Hitler-Wehrmacht offenkundig wird, sondern zugleich eines der zynischsten Kriegsbilder zutage tritt, das von einem Gesetzgeber zum

Gegenstand von Rechtsverpflichtungen gemacht werden kann. Insbesondere das Verhältnis der Kriegsführungsparagraphen zu den aus völkerrechtlichen Grundsätzen abgeleiteten Bestimmungen ist entlarvend. Wir werden diese wehrrechtlichen Aspekte zu untersuchen haben, obwohl sie in Friedenszeiten vielleicht keine so entscheidende Rolle spielen, weil sich in ihnen der Geist abzeichnet, aus dem die gesamte Notstandsgesetzgebung geboren wurde.

Der Heldenparagraph

Wer glaubt, er könne sich der Wehrpflicht entziehen, indem er Arbeit in einem anderen Lande annimmt oder vielleicht auch in die DDR auswandert, hat sich getäuscht; er wird nach § 8 der Ersten Notverordnung zur Ergänzung des Strafrechts bestraft. Denn: „Ein Wehrpflichtiger, der unbefugt die Bundesrepublik verläßt oder sich außerhalb der Bundesrepublik Deutschland aufhält, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft ... Der Versuch ist strafbar ... In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus bis zu zehn Jahren."

Insbesondere muß der Wehrpflichtige Vorsorge treffen, daß ihn die Mitteilungen der Wehrersatzbehörde auch jederzeit erreichen können, sonst drohen ihm die gleichen Gefängnis- oder Zuchthausstrafen.

Hat eine solche Bestimmung unter normalen staatsrechtlichen Verhältnissen vielleicht noch einen Sinn, so wird sie nicht nur völlig widersinnig, sondern sogar grundgesetzwidrig unter den Bedingungen des geteilten Deutschlands. Ein Einwohner der Bundesrepublik, der in die DDR übersiedelt und sich so seiner Wehrpflicht in der Bundeswehr entzieht, auch für seine Wehrersatzbehörde dann nicht mehr erreichbar ist, begibt sich nach der Rechtsauffassung der Bundesregierung ja nicht in einen anderen Staat, sondern nur in einen anderen Teil Deutschlands. Und das kann ihm nicht verwehrt werden, da ja die Präambel des Grundgesetzes ausdrücklich die Einheit Deutschlands postuliert und die Bundesrepublik selbst nur als ein Provisorium bezeichnet. Nun aber werden ihm Zuchthausstrafen bis zu zehn Jahren angedroht, weil er — der Aufforderung des Grundgesetzes entsprechend — Deutschland als eine Einheit betrachtet.

Dies würde schon mitten im Frieden gelten, sobald die Bundesregierung eine Ermächtigung erhält, die sie dazu befugt, die Schubladenverordnungen in Kraft zu setzen. Im Kriege hat man es dann mit Deserteuren zu tun oder mit Soldaten, die (wie es auch im Zweiten Weltkrieg gelegentlich vorgekommen ist) sich lieber selbst verstümmeln, als weiter Frontdienst zu leisten. Für Desertion von der Truppe droht nach § 51 der ergänzten Fassung des Wehrstrafgesetzes Zuchthaus bis zu lebenslanger Dauer. Mit gleicher Strafhöhe wird Selbstverstümmelung belegt, obwohl in diesem Falle nach den Erkenntnissen der Psychiatrie eher eine Kurzschlußhandlung bei verminderter Zurechnungsfähigkeit oder gar Unzurechnungsfähigkeit vorliegen dürfte. Statt in die Behandlung eines Arztes schickt man die Unglücklichen jedoch in die Strafanstalt: „Wer sich oder einen anderen Soldaten mit dessen Einwilligung durch Verstümmelung oder auf andere Weise untauglich macht oder machen läßt, wird mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft ... Der Versuch ist strafbar ... Handelt der Täter in der Absicht, sich oder den anderen Soldaten der Verpflichtung zum Wehrdienst dauernd oder für die Zeit eines bewaffneten Einsatzes ganz zu entziehen oder die Beendigung des Wehrdienstverhältnisses zu erreichen, so ist die Strafe Zuchthaus ..., in besonders schweren Fällen Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder lebenslanges Zuchthaus. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter die

Untauglichkeit für die Dauer oder für die Zeit eines bewaffneten Einsatzes herbeiführt oder die Beendigung des Wehrdienstverhältnisses erreicht" (§ 52).

Es soll im Zweiten Weltkrieg Ärzte gegeben haben, die junge Patienten berieten, wie sie unter Einfluß von Medikamenten oder durch ungewohnte übermäßige Anstrengungen Kreislaufbelastungen herbeiführen konnten, die wenigstens zu zeitweiliger Rückstellung vom Militärdienst führten.[10]) Solchen wehrkraftzersetzenden Handlungen soll diesmal ein Riegel vorgeschoben werden. Wir werden ein Volk in Waffen sein — und wer vielleicht nicht gegen die Deutschen auf der anderen Seite der Grenze kämpfen will (wo vielleicht seine Brüder oder Vettern wohnen), wer in dieser Gewissensnot sich lieber die Hand abhaut, als zur Waffe zu greifen, gilt als ein gemeiner Verbrecher.

Es geht noch weiter. Wir sind nicht nur verpflichtet, Soldaten zu werden, sondern gleich Helden. So jedenfalls will es der „Heldenparagraph" (5) des Wehrstrafgesetzes haben.

„Wer aus Furcht vor persönlicher Gefahr eine militärische Dienstpflicht verletzt, wird mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft ... In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus."

Da haben wir's also! Wer auf einen Posten gesetzt wird, hat bis zur Ablösung oder bis zum Tode auszuhalten. Rückzug gibt es nicht mehr, es sei denn, er wäre eine planmäßige Absetzbewegung. Jeder Bundeswehrsoldat ist ein Leonidas an den Thermopylen. „Wanderer, kommst du nach Sparta ..." War das nicht auch die Überschrift eines Nachrufs, den Joseph Goebbels den Toten von Stalingrad widmete?

Der Stalingrad-Paragraph

Die Kampfmoral des Führerhauptquartiers spricht auch sonst aus den Ergänzungen des Wehrstrafgesetzes. Aushaltebefehle werden nun zu geltendem Recht.

„Ein Vorgesetzter, der sich mit ihm unterstellten Soldaten ergibt, obwohl er weiß oder leichtfertig nicht erkennt, daß er nicht alles getan hat, was seine Pflicht, sich tapfer zu verteidigen und eine Übergabe zu vermeiden, erfordert, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft... Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter durch die Tat 1. einen Befehl nicht befolgt oder 2. eine schwerwiegende Folge herbeiführt. Wenn der Täter durch die Tat einen Befehl nicht befolgt und zugleich eine schwerwiegende Folge herbeiführt, ist die Strafe Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder lebenslanges Zuchthaus" (§ 55).

Wie gut, daß dieses Gesetz wenigstens keine rückwirkende Kraft hat. Sonst müßten wohl Feldmarschall Paulus und seine Generale noch lebenslänglich ins Zuchthaus, weil sie befehlswidrig mit den letzten 90 000 Soldaten, die von der 6. Armee übrig geblieben waren, in Stalingrad kapitulierten.

Dieser Paragraph erinnert nicht nur an schlimmste Auswüchse der Hitler-Kriegführung, sondern muß zugleich jedem selbständigen Verantwortungsbewußtsein von Truppenführern den Todesstoß versetzen. Offiziere und Soldaten werden zu Aushalte-Robotern degradiert, eine Entscheidung, die auf Grund der konkreten

---

[10]) Dem Verfasser sind aus seinem eigenen Schul-Jahrgang mindestens zwei solcher Fälle mit Sicherheit bekannt, in denen 1944 befristete Zurückstellungen erreicht wurden.

Situation an Ort und Stelle gefällt würde, darf es nicht mehr geben. Wer glaubt nun noch an die schönen Reden von der „Inneren Führung", vom „Staatsbürger in Uniform", von dem Soldaten, der zu selbständigem Mitdenken erzogen werden soll. § 55 des Wehrstrafgesetzes schafft blinden Kadavergehorsam, er entwürdigt die Offiziere ebenso, wie der „Helden-Paragraph" die Mannschaften entwürdigt. Denn hier werden jegliche menschliche Erwägungen, die einen vernünftigen Ausgleich zwischen Pflicht und Sinn und Menschlichkeit herstellen, von vornherein unter Strafe gestellt. Wird hier überhaupt noch daran gedacht, daß auch ein moderner Krieg schließlich nicht von Maschinen, sondern von Menschen geführt wird? Und was sagen eigentlich die Bundeswehroffiziere dazu, daß man sie hier zu potentiellen Zuchthäuslern stempelt?

Der Schörner-Paragraph

Die Vorstellungen, die die Bundesregierung von einem modernen Krieg hat, scheinen überhaupt recht unklar. Da befaßt sich zum Beispiel der § 56 des Wehrstrafgesetzes mit der „Preisgabe von Wehrmitteln": „Wer vorsätzlich ein Wehrmittel preisgibt, und dadurch eine schwerwiegende Folge eintritt, wird mit Gefängnis oder Einschließung nicht unter drei Monaten bestraft, soweit die Tat nicht in anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist. Der Versuch ist strafbar ... In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus."

Man wird den amerikanischen Rangers und Mariners gewiß nicht nachsagen wollen, daß sie eine weiche und feige Truppe seien. Und doch ist bekannt, daß der Vietkong immer wieder amerikanisches Kriegsmaterial erbeutet und verwendet, das die US-Soldaten im Stich lassen mußten. Es gibt eben in jedem Kriege schnelle und überstürzte Rückzüge, es gibt Überraschungsniederlagen oder auch Verluste gegen einen überlegenen Feind. Dabei ist nie sichergestellt, daß man auch alle Waffen mitnehmen kann. Der Bundeswehrsoldat wird da künftig eine Ausnahme machen. Er darf keine Wehrmittel preisgeben, sonst wandert er ins Gefängnis oder ins Zuchthaus. Er steht bei seiner Kanone oder bei seinem Jeep, bis er stirbt. Der Kapitän geht mit seinem Schiff unter, hier soll es auch der Kanonier tun.

Es gab einmal einen Hitlerfeldmarschall, der in den letzten Wirren des Krieges jeden deutschen Soldaten am Straßenrand aufhängen ließ, wenn er ihn ohne Waffe antraf — und wieviele hatten damals nicht beim Rückzug ihre Waffen verloren! Dieser Feldmarschall hieß Schörner und gilt in der deutschen Kriegsgeschichte als einer der übelsten Menschenschlächter. Seinem Kopfe könnte dieser Paragraph entsprungen sein. Glaubt die Bundesregierung wirklich, daß sie mit einer unter solchen Zwang gepreßten Armee Krieg führen könnte? Gegen wen denn? Sie gibt doch vor, nur zur Verteidigung zu den Waffen greifen zu wollen, wenn sie selbst angegriffen wird. Glaubt sie nicht daran, daß ihre Bürger dann auch ohne Androhung von Zuchthausstrafen ihre Pflicht tun werden? Oder warum huldigt sie einer Mentalität, die besser zu den Profossen eines Söldnerheeres passen würde? Strafen, Strafen und niemals ein Appell an den Bürgersinn. Ein Wehrstrafgesetz wie das vorliegende raubt der Bundeswehr jede demokratische Legitimation.

Milde für Kriegsverbrechen

Hohe Strafen drohen also jedem, der nicht bis zuletzt aushält. Dafür ist man dann nachsichtiger, wenn es sich um Straftaten gegen das Kriegsvölkerrecht handelt.

Die Bundesrepublik ist ja den Genfer Abkommen beigetreten, die zum Schutze der Verwundeten und Kranken, der Kriegsgefangenen und der Zivilpersonen in Kriegszeiten geschlossen wurden. Wer zu diesem Personenkreis gehört, gilt als „geschützte Person" im Sinne eines der Genfer Abkommen. Gemäß diesen Abkommen müssen Verbrechen gegen geschützte Personen bestraft werden.

Aber wie leicht fallen diese Strafen aus! Sehen wir uns das Gesetz einmal daraufhin an: „Wer einer geschützten Person einen erheblichen körperlichen oder seelischen Schaden oder erhebliche Schmerzen zufügt, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. . . (§ 64).

Wer in unmenschlicher Weise eine geschützte Person entwürdigend behandelt, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Wer an einer geschützten Person biologische, medizinische oder andere wissenschaftliche Experimente vornimmt, die geeignet sind, einen erheblichen körperlichen oder seelischen Schaden oder erhebliche Schmerzen zu verursachen, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft (§ 66)."

Nach diesen Vorschriften werden unsere KZ-Aufseher und Lagerärzte noch viel zu schwer bestraft. Ein paar Wochen oder Monate Gefängnis sind nun völlig ausreichend zur Ahndung von Folterungen, Mißhandlungen — es wiegt viel schwerer, eine Haubitze im Stich zu lassen, als einen Menschen zu quälen. Mit ein paar läppischen Strafbestimmungen wird formell dem Völkerrecht Genüge getan, und im übrigen kann man ja beide Augen schließen und wird die Täter ohnehin nur in den seltensten Fällen zu fassen bekommen. Die Kameraden decken sich dann schon gegenseitig.

Bezeichnend aber ist, daß überhaupt eine solche Relation zwischen militärischen Straftaten im Felde und Straftaten gegen das Kriegsvölkerrecht besteht. Es zeigt sich daran, daß nach Bonner Vorstellungen ein künftiger Krieg mit äußerster Härte und Grausamkeit geführt werden wird, sozusagen ein Vietnam auf deutschem Boden. Unter diesen Umständen möchte man gute Zeiten für die Kongo-Müllers voraussagen.

III. System des Terrors

Lägen die Texte nicht schwarz auf weiß vor, man würde es für eine Übertreibung oder Verleumdung halten, von der Umwandlung der Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik in ein System des Terrors zu sprechen. Doch die Texte sprechen eine deutliche Sprache. Zwangsverfügungen, Dienstverpflichtungen, Zuchthausstrafen fügen sich zu einem lückenlosen Ganzen zusammen, in dem der Bürger hilflos gefangen sein wird.

Als entscheidend muß festgehalten werden:

1) Die große Masse der Schubladenverordnungen bezieht sich keineswegs nur auf den Kriegsfall, sondern ermöglicht eine totalitäre Herrschaftsausübung auch im innenpolitischen Krisenzustand.

2) Alle Erklärungen von Regierungssprechern und Parlamentariern, die besagen, daß die Notstandsregelungen so wenig bürgerliche Grundrechte antasten sollen wie möglich, daß insbesondere Koalitions-, Versammlungs- und Streikrecht der Gewerkschaften nicht beeinträchtigt werden, sind ein taktisches Manöver. Gibt es

in der Notstandsverfassung, die die Grundlage für den Erlaß der Schubladenverordnungen bilden muß, auch nur eine einzige Generalermächtigung für die Bundesregierung (so versteckt sie vielleicht auftreten mag), so kann sie auf diesem Wege mit Hilfe der bereits ausgearbeiteten und geheim gehaltenen Notverordnungen alle verfassungsmäßigen Rechte außer Kraft setzen.

3) Der Inhalt der Schubladenverordnungen zeigt, daß es bei der Notstandsplanung nicht um den Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik geht, sondern um ihre Aufhebung durch eine umfassende Diktatur. Was hier geplant wird, geht über die notwendige Vorsorge für den Verteidigungsfall so weit hinaus, daß nicht einmal mehr der Schein dieser Ausrede übrig bleibt. Die Bundesregierung schafft sich hier ein Instrument, mit dem sie willkürlich und unkontrolliert jedes außenpolitische Abenteuer beginnen und jede innenpolitische Opposition rücksichtslos unterdrücken kann.

4) An der Ausarbeitung der Schubladenverordnungen haben seit Jahren verantwortliche Politiker der CDU/CSU als Minister mitgewirkt. Federführend waren nacheinander die Herren Schröder, Höcherl und Lücke. Alle drei sind auch heute Mitglied des Kabinetts einer Großen Koalition. Politiker, denen ein solches Gesetzgebungswerk überhaupt nur in den Sinn gekommen ist, verdienen keinesfalls mehr das Vertrauen, daß man ihnen irgendeine Ermächtigung erteilen könnte. Sie sind des Machtmißbrauchs dringend verdächtig. Darum gibt es keine Alternative als die bedingungslose Ablehnung jeder Notstandsvollmachten, die das Grundgesetz antasten.

5) Nicht nur die Schubladenverordnungen, sondern auch die bisher schon verabschiedeten sogenannten „einfachen" Notstandsgesetze sind rechtsungültig und unwirksam, solange es keine Notstandsverfassung gibt, die das Grundgesetz ändert. Nur die Ablehnung jeglicher Grundgesetzänderung kann also das ganze ausgeklügelte System des Terrors zu Fall bringen, das in den Schubladen verborgen gehalten wird.

6) Notstandsermächtigungen sind, wie wir gesehen haben, eine gefährliche Waffe in der Hand der Regierung. Die Tatsache, daß es überhaupt verfassungswidrige Geheimverordnungen in den Schubladen gibt, müßte ausreichen, um einer Bundesregierung, die dafür verantwortlich ist, das Vertrauen zu entziehen. Zu Recht betonte der 7. Ordentliche Bundeskongreß des DGB 1966 in seiner Entschließung zur Notstandsfrage: „Die Bundesregierung wendet schon jetzt mit den sogenannten Schubladenverordnungen ein Verfahren an, das sich außerhalb der Verfassung bewegt. Bei diesen Verordnungen handelt es sich um einschneidende geheime Bestimmungen, die teilweise schon heute bei den Länder- und Gemeindebehörden unter Verschluß liegen, um notfalls auf Anordnung der Bundesregierung schlagartig in Kraft gesetzt zu werden. Diese Praxis beweist, wie wichtig es ist, daß die Exekutive keine Vollmachten erhält, die es gestatten, unter Umgehung der Legislative die Rechte des einzelnen und gesellschaftlicher Gruppen zu beschneiden."

Nicolaus A. Athanassiades

Notstandsverfassung und der Putsch in Griechenland

Im Anschluß an den hier folgenden Aufsatz veröffentlichen wir als erstes deutschsprachiges Publikationsorgan die vollständige Namensliste aller von der griechischen Militärjunta verbotenen und mit Beschlagnahme des gesamten Vermögens belegten Organisationen. Nicht in der Liste aufgeführt ist die ebenfalls verbotene und aufgelöste E. D. A.-Partei (Einheitliche Demokratische Linke), die bei den letzten Wahlen 1964 über 11 % der Stimmen bekommen hatte.

D. Red.

Knapp vier Wochen nach dem Putsch und der Errichtung einer Militärdiktatur in Griechenland scheint sich alles in der Bundesrepublik Deutschland mit der neu geschaffenen Situation abgefunden zu haben. Die westdeutsche Presse hat ihre Berichterstattung — von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen — auf Mitteilungen des neuen Regimes beschränkt, und die offiziellen Stellen bewahren noch ihr „diplomatisches" Schweigen.

Bei einer genauen Durchsicht der bisherigen Berichte der deutschen Presseorgane fällt es auf, daß trotz einer anfangs großen Fülle von Informationen eine Tatsache erfolgreich beiseite geschoben worden ist: Viele Kommentatoren fragten sich zwar, wie nach dem Zweiten Weltkrieg in einem europäischen Staat der Versuch, eine Militärdiktatur zu errichten, Erfolg haben konnte. Die Antwort blieben sie aber ihren Lesern schuldig.

Daß die Putschisten an Hand des geheimen und für die „Abwehr von Gefahren für die demokratische und rechtsstaatliche Grundordnung" ausgearbeiteten NATO-Planes „Prometheus" losgeschlagen haben, ist nur ein Teil dieser Antwort. Den anderen Teil haben die neuen Machthaber selbst durch die einzige Meldung, die der Armeesender Athen am 21. April ständig wiederholte, gegeben: „Auf Grund eines nach den Vorschriften des Art. 91 der griechischen Verfassung erlassenen königlichen Dekrets ist über Griechenland der Ausnahmezustand verhängt worden." Art. 91 Gr. Verf. lautete (sic):

„(1) Der König kann auf Vorschlag des Ministerrats im Falle des Kriegszustandes oder der Mobilmachung wegen äußerer Gefahren oder ernstlicher Unruhen oder offensichtlicher Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit des Landes wegen innerer Gefahren durch königliche Verordnung im ganzen Staatsgebiet oder in einem Teil desselben die Artikel 5, 6, 8, 10, 11, 12, 14, 20, 95 und 97 der Verfassung oder einige davon außer Kraft setzen und, indem er das jeweils geltende Gesetz „über den Belagerungszustand" zur Durchführung bringt, Ausnahmegerichte errichten ... Sämtliche auf Grund dieses Artikels getroffenen Maßnahmen werden dem Parlament bei der ersten Sitzung nach ihrer Verkündung unverzüglich zur Billigung oder Aufhebung mitgeteilt. Falls diese Maßnahmen bei Abwesenheit des Parlements getroffen werden, muß es durch dieselbe königliche Verordnung und bei Strafe der Ungültigkeit derselben innerhalb

von zehn Tagen selbst dann einberufen werden, wenn seine Legislaturperiode abgelaufen ist oder es aufgelöst worden ist; in beiden Fällen beschließt das Parlament über die Aufrechterhaltung oder Aufhebung der genannten Verordnung."

Mit Hilfe dieses Artikels haben die putschenden Militärs die Bestimmungen der griechischen Verfassung, die die persönlichen Freiheitsrechte, das Vereinigungs- und Koalitionsrecht, das Versammlungsrecht, das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Pressefreiheit gewährleisteten, außer Kraft gesetzt. Gleichzeitig ist das Gesetz Nr. 4069 „über den Belagerungszustand" vom 6. 10. 1912 (in der Fassung der Rechtsverordnung Nr. 4234 „über die Regelung von Fragen betreffend die Sicherheit des Staates" vom 23. 7. 1962) in Kraft getreten, das an die berüchtigten „Verdächtigen-Gesetze" der Französischen Revolution erinnert.

Es kann hier nicht beantwortet werden, ob der Putschversuch ohne die Regelung des Art. 1 Gr. Verf. überhaupt unternommen worden wäre. Aus dem gesamten Ablauf ist es aber eindeutig klar, daß die Notstandsbestimmung ein willkommenes und nützliches Werkzeug in den Händen der Putschisten war. Sie gab den Aktionen in der Nacht zum 21. April den Anschein der Legalität, den die Offiziersjunta brauchte, um ihren Erfolg sicherzustellen. In den ersten Stunden und Tagen des Putsches hatte die Behauptung, daß die getroffenen Maßnahmen sich auf die Verfassung stützen und dem Schutze der verfassungsmäßigen Ordnung dienen, eminente Bedeutung. Selbstverständlich enthielt Art. 91 Gr. Verf. auch Absicherungen gegen einen Mißbrauch. Welchen praktischen Wert aber solche Absicherungen haben, zeigt das griechische Beispiel ganz deutlich. Der Vorschlag des Kabinetts und der Erlaß einer ermächtigenden königlichen Verordnung wurden vorgetäuscht. Von einem Zusammentritt der griechischen Kammer zur Billigung der getroffenen Maßnahmen spricht heute — nachdem die neuen Machthaber fest im Sattel sitzen — keiner mehr.

In den letzten Apriltagen wurde in Griechenland sichtbar, wie leicht eine Notstandsregelung mißbraucht und wie rasch eine zum Schutze der Demokratie gedachte Bestimmung zum Instrument für die Errichtung einer Diktatur verwandelt werden kann.

Daß dies alles überhaupt nicht oder nur am Rande von der deutschen Presse erwähnt wurde, ist um so erstaunlicher, als der Deutsche Bundestag Ende Juni dieses Jahres über den von der Bundesregierung am 10. März dieses Jahres verabschiedeten „Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes" — den Entwurf der Notstandsverfassung — in erster Lesung beraten soll.

Betrachtet man das Gesetzeswerk genauer, so finden sich Abschnitte, deren Ähnlichkeit mit dem Art. 91 Gr. Verf. nicht zu leugnen ist. Zwar soll, dem Entwurf zufolge, der Bundestag oder an seiner Stelle der sogenannte Gemeinsame Ausschuß den Notstandsfall feststellen. Etwas weiter heißt es aber schon, daß es der Anhörung des Gemeinsamen Ausschusses nicht bedürfe, „wenn seinem Zusammentritt unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen oder er nicht beschlußfähig ist und die Lage unabweisbar ein sofortiges Handeln erfordert" (Art. 53a Abs. 3 S. 2).

Weiterhin heißt es in den beiden ersten Absätzen des Art. 91 des Entwurfs (welch eine Ironie des Zufalls!), daß Streitkräfte zur Aufrechterhaltung der „Ordnung" und „zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes" eingesetzt

werden können. Die Absicherungen, wie Aufhebung der Maßnahmen auf Verlangen von Bundestag und Bundesrat (Art. 53a Abs. 4) oder automatisches Außerkrafttreten nach Beseitigung der Gefahr (Art. 91 Abs. 3 S. 3) fehlen im vorliegenden Entwurf selbstverständlich nicht.

Die jüngsten Ereignisse in Griechenland, in einem Land, dessen Notstandsverfassung unlängst sowohl von Friedrich Schäfer („Die Notstandsgesetze — Vorsorge für den Menschen und den demokratischen Rechtsstaat", Köln und Opladen 1966) wie auch von der Bundesregierung (die Zusammenstellung „vergleichbarer Regelungen in Staaten mit rechtsstaatlicher Verfassung" besorgte das Bundesministerium des Innern) als eine beispielhafte und für die Bundesrepublik Deutschland nachahmenswerte Regelung vorgestellt worden ist, haben uns aber sehr deutlich vor Augen geführt, wie die Handhabung von Notstandsgesetzen in der Praxis aussehen kann. Die wohlgemeinten Absicherungen gegen einen etwaigen Mißbrauch wären dann nicht viel mehr als ein frommer Wunsch.

Aber auch der Mißbrauch des NATO-Planes „Prometheus" — wie die westliche Presse übereinstimmend berichtete (vgl. „Nouvel Observateur" Nr. 128 v. 26. 4., „Spiegel" Nr. 21/67 v. 15. 5. und C. L. Sulzberger in „New York' Times" v. 3. 5.) — läßt aufhorchen. Vor allem die Tatsache, daß dessen Wortlaut, obwohl der Plan bereits seit 1950 existierte, weder dem (zivilen) Verteidigungsminister noch dem Ministerpräsidenten selbst bekannt war. Daß nur in Griechenland ein solcher Plan in den Safes des Generalstabes lagerte, darf — vorsichtig ausgedrückt — angezweifelt werden.

Die gute Absicht der Initiatoren und Befürworter der Notstandsverfassung sollte und konnte hier nicht in Frage gestellt werden. Es sollte aber am Beispiel Griechenlands gezeigt werden, daß die Notstandsverfassung in Ländern, in denen das demokratische Bewußtsein noch nicht feste Wurzeln geschlagen hat, sehr leicht zu einem Instrument für die Demontierung der Demokratie werden kann.

Liste der von der griechischen Militärjunta verbotenen und aufgelösten Organisationen

Bezirk Athen, Piräus und Vororte

1) Griechisches Komitee für internationale Entspannung und Frieden, Athen. — 2) Arbeiterbewegung für internationale Entspannung und Frieden, Athen. — 3) Jugendverbindung für atomare Abrüstung „Bertrand Russell", Athen. — 4) Athener Verein von Familien der politisch Verbannten und Gefangenen, Athen. — 5) Union der Verwandten der im Ausland wohnenden politischen Flüchtlinge Griechenlands, Athen. — 6) Panhellenische Kriegsversehrten-Union des nationalen Widerstandes 1941—44, Athen. — 7) Komitee für die Anerkennung der nationalen Widerstandsbewegung, Athen. — 8) Panhellenische Union der nationalen Widerstandskämpfer, Athen. — 9) Syndikalistisches Komitee für den Schutz der demokratischen Rechte, Athen. — 10) Griechische Bewegung für die Balkanverständigung, Athen. — 11) Panhellenische Union der Kriegsopfer aus der deutschen Besatzungszeit. — 12) Verein „Freunde Ianni Kordatou", Athen. — 13) Verein der Verbannten und entlassenen politischen Gefangenen. — 14) Nationaler antifaschistischer Kongreß der Werktätigen, Athen. — 15) Komitee für die Verteidigung der Kultur und der Demokratie, Athen. — 16) Demokratische Jugend „Lambraki", Athen-Piräus. — 17) Panhellenische Frauen-Union, Athen. — 18) Demokratisch-syndikalistische Bewegung

(D.S.K.), Athen. — 19) Koordinationskomitee der werktätigen Jugend Griechenlands, Athen. — 20) Koordinationskomitee der werktätigen Frauen Griechenlands (SEEGE), Athen. — 21) Erweiterte demokratisch-syndikalistische Zusammenarbeit Athen, Athen. — 22) Erweiterte demokratische Zusammenarbeit Piräus, Piräus. — 23) Kultureller Verein von Anthoupolis und Nea Jonia, Anthoupolis. — 24) Bildungs- und Kulturverein von Elephsina, Elephsina. — 25) Verein zum Schutz der antiken Werke von Petroupolis „Renaissance", Petroupolis. — 26) Verschönerungsverein von Egaleo, Egaleo. — 27) Exkursions- und Kulturverein „Der Athener", Athen. — 28) Verein „Schutz der Mutter" von Piräus, Piräus. — 29) Kulturzentrum von Nikea, Nikea. — 30) Verschönerungs- und Kulturverein von Agia Triada, Korydallos. — 31) Verschönerungs- und philantopischer Verein von Egaleo „Der Fortschritt", Egaleo. — 32) Verbindung griechischer demokratischer Juristen, Athen. — 33) Verschönerungsverein von Tsitzifies, Tzitzifies. — 34) Verschönerungsverein von Plaka „Akropolis", Athen. — 35) Verschönerungsverein von Ano Petralona „Herkules", Petralona. — 36) Kulturelle Union von Charargi Athens, Athen-Charargi. — 37) Union der Einwohner von Agios Dimitrios, Ypapadi, Agios Dionysios, Bezirk Piräus. — 38) Verschönerungsverein der Einwohner von Eygenia Piräus „Der Fortschritt", Eygenia Piräus. — 39) Flüchtlingsverein von Stathmos Larisis und dem Bezirk Piräus, Piräus. — 40) Union der Einwohner von Anastasis und der Umgebung von Piräus, Piräus. — 41) Verein „Schutz des Kindes" von Korydallos, Korydallos. — 42) Fußballverein Panegaleo, Kyproupolis Verbindung, Egaleo-Kyproupolis. — 43) Kulturverein von Kokkinorrachos Piräus, Keratsini. — 44) Union der Pondos-Flüchtlinge von Piräus, Piräus. — 45) Kultur- und Flüchtlingenverein von Agios Georgios, Nikea. — 46) Verein „Schutz des Kindes" von Piräus, Piräus. — 47) Kultur- und Verschönerungsverein von Piräus „Apollo", Piräus. — 48) Verschönerungsverein von Hioupolis. Ano Hioupolis. — 49) Verschönerungsverein von Alsoupolis, Nea Ionia, „Der Fortschritt", Alsoupolis. — 50) Kulturverein Tourkorounion „Der Fortschritt", Athen. — 51) Studentenorganisation Athens, Athen. — 52) Verein der Werkstudenten und Studierenden Athens, Athen. — 53) Demokratischer Widerstand der Studenten Athens, Athen. — 54) Bund der örtlichen studentischen Vereine Griechenlands, Athen. — 55) Nationale Studenten-Union Griechenlands (EFEE), Athen. — 56) Studentenverein von Piräus, Piräus. — 57) Verein der arbeitenden Schüler Athens, Athen. — 58) Naturfreunde- und Kulturverein der Jugend von Perama Piräus, Perama. — 59) Verschönerungsverein von Chrysoupolis und Anthoupolis, Anthoupolis. — 60) Studentenverein von Nikea Piräus, Nikea. — 61) Sport- und Fußballverein von Kalogreza, Kalogreza. — 62) Bildungsverein von Egaleo, Egaleo. — 63) Elternverein der neunten Volksschule von Peristeri, Peristeri. — 64) Verschönerungsverein von Kipoupolis, Petroupolis. — 65) Verein der Studenten und Studierenden von den Jonischen Inseln, Athen. — 66) Kulturelle Verbindung der studierenden Jugend, Athen. — 67) Kulturelle Jugendunion von Kesariani, Athen. — 68) Panhellenische Union der Offiziere und Unteroffiziere der nationalen Widerstandsbewegung, Athen. — 69) Panhellenische Organisation der nationalen Widerstandskämpfer, Athen. — 70) Panhellenische Verteidigung für Demokratie und Verfassung, Athen. — 71) Komitee für die freie Funktion der Parteien und für die Legalisierung der KPG, Athen. — 72) Griechische Union für Menschenrechte, Athen. — 73) Bund der Rentner Griechenlands, Athen. — 74) Bund der Druckereiarbeiter (Presse) Griechenlands, Athen. — 75) Panhellenische Union der Buchhalter, Athen. — 76) Arbeiterbund der Elektrizitäts- und städtischen Werke, Athen. — 77) Arbeiterverbindung der Gummiindustrie, Athen. — 78) Verbindung der Busschaffner Athens, Piräus und Umgebung, Athen. — 79) Verein der Bäckereiarbeiter Athens, Piräus und Umgebung, Athen. — 80) Union der Zementbauarbeiter Athens, Athen. — 81) Stenotypistenverein, Athen. — 82) Schlosserunion „Prometheus", Athen. — 83) Verein der Hemdarbeiterinnen von Athen und Piräus „Odysseus", Athen. — 84) Union der Installateure Athens, Athen. — 85) Arbeitersyndikat der Holzverarbeitung, Athen. — 86) Arbeiterverein der Schuhindustrie, Athen. — 87) Verein der Maurer Athens, Athen. — 88) Verputzerverbindung Athens, Athen. — 89) Arbeiterverbindung der Gerbereien Athens und Piräus, Athen. — 90) Verein der Handelsangestellten Athens, Athen. — 91) Union der Restaurantsangestellten, Athen. — 92) Verein der Drucker Athens, Athen. — 93) Arbeiterverein der Plastikindustrie von Athen, Piräus und Umgebung, Athen. — 94) Verbindung der Taxifahrer Athens, Athen. — 95) Verbindung der Busfahrer Athens, Athen. — 96) Verein der Schneider Athens und der Vororte, Athen. — 97) Arbeiter- und Angestell-

tenunion der Autowerkstätten, Athen. — 98) Anstreicherverein Athens, Athen. — 99) Arbeiterinnenunion des Frauenbekleidungsgewerbes, Athen. — 100) Union des Personals „Biochalko" AG und „Biochalko-Sanitas" Athen. — 101) Verbindung des Küchenpersonals von Athen, Piräus und Umgebung, Athen. — 102) Union der Berufsbuchhalter der Hauptstadt, Athen. — 103) Verein der Nichtversicherten Bäckereiarbeiter „Der Fortschritt", Athen. — 104) Elektrikerverein von DEI und PAP, Athen. — 105) Verbindung der Straßenbauarbeiter von Athen, Piräus und Umgebung, Athen. — 106) Facharbeiter-Union für Aufzüge, Athen. — 107) Facharbeiter-Union für Abkühlungskonstruktionen. — 108) Verein der Mühlenarbeiter von Athen und Piräus, Piräus. — 109) Arbeiterunion des Seifengewerbes von Athen, Piräus und Umgebung, Piräus. — 110) Zementbauarbeiter-Union von Piräus, Piräus. — 111) Schaffnerunion der Autobusse von Piräus, Piräus. — 112) Verputzerverbindung von Piräus, Piräus. — 113) Schreinerunion von Piräus, Piräus. — 114) Holzfacharbeiter-Union von Piräus, Piräus. — 115) Busfahrerverein von privaten Bussen Piräus, Piräus. — 116) Arbeiterverein der Tabakindustrie von Piräus, Piräus. — 117) Werftfacharbeiterunion von Piräus und Athen, Piräus. — 118) Handelsangestelltenverein von Piräus, Piräus. — 119) Ziegelarbeiter- und Keramikfacharbeiter-Verbindung von Piräus, Piräus. — 120) Taxifahrerverbindung von Piräus und Umgebung, Piräus. — 121) Bahnangestellten-Union Süd-Griechenlands, Piräus. — 122) Arbeiterinnenverein des Damenbekleidungsgewerbes von Piräus, Piräus. — 123) Verein der Gelegenheitsfacharbeiter der EIS, Piräus. — 124) Kulturverein von Ergenia Piräus, Piräus. — 125) Frauenunion von Piräus, Piräus. — 126) „Haus der Frau", Piräus. — 127) Naturfreunde-, Verschönerungs- und Bildungsverein von Neapolis Piräus, Piräus. — 128) Arbeiter- und Angestellten-Zentrum von Elefsina, Elefsina. — 129) Arbeiterunion von Chalandri, Chalandri. — 130) Weberverein von Lavrion und Keratea, Lavrion — 131) Bauarbeiterverein von Elefsina, Elefsina. — 132) Bauarbeiterverein von Aspropyrgos und Skaramanga, Aspropyrgos. — 133) Handwerkerunion Agia Varora. — 134) Studentenverein von Amarousion, Amarousion. — 135) Sportunion von Eleftheroupolis, Nea Jonia. — 136) Elternverein der achten Volksschule von Perissos, Perissos. — 137) Elternverein der vierunddreißigsten Volksschule von Perissos, Perissos. — 138) Elternverein der dritten Volksschule von Agios Dimitrios, Agios Dimitrios. — 139) Jugendbildungsverein von Chaidari, Chaidari. — 140) Bildungs- und Naturfreundeverein von Egaleo, Egaleo. — 141) Jonischer Verein von Nea Jonia, Nea Jonia. — 142) Verschönerungs- und Verkehrsverein von Nea Pendeli, Nea Pendeli. — 143) Verschönerungsverein von Metamorphosi, Metamorphosi. — 144) Bildungsverein von Perissos, Perissos. — 145) Verschönerungsverein von Agios Dimitrios (Brachami). — 146) Kulturverein von Agios Dimitrios (Brachami). — 147) Verschönerungsverein von Agios Dimitrios. Siedlung Asyrmatos, Agios Dimitrios. — 148) Verkehrs- und Bildungsverein von Ilioupolis, Ilioupolis. — 149) Verschönerungsverein von Peristeri, Peristeri. — 150) Verschönerungsverein von Peristeri „Die 100 Bäume", Peristeri. — 151) Philanthropischer Verein von Nea Liosia, Nea Liosia. — 152) Verschönerungsverein von Nea Liosia, Nea Liosia. — 153) Verschönerungsverein von Zofria Ano Liosia, Ano Liosia. — 144) Arbeiter- und Angestellten-Zentrum von Lavrion, Lavrion. — 155) Bäckereiarbeiter-Verein von Lavrion „I Enosis", Lavrion. — 156) Bergwerksarbeiter- und Facharbeiter-Verein von Lavrion, Lavrion. — 157) Bauarbeiterverein von Pafina, Pafina. — 158) Rentner-Verbindung von Nea Jonia, Nea Jonia. — 159) Webereienarbeiter-Verbindung von Nea Jonia, Nea Jonia. — 160) Straßenkehrer- und Stadtarbeiterverein (der städtischen Werke) der Stadt Nea Jonia und Umgebung, Nea Jonia. — 161) Sportverein von Perama, Perama. — 162) „Club der Frau", Piräus. — 163) Verschönerungsverein, Piräus. — 164) Elternverein des Gymnasiums von Perama, Perama.

Bezirk Lamia

1) Anstreicher- und Verputzerverein Lamias, Lamia. — 2) Maurerverein Lamias, Lamia.

Bezirk Larisa

1) Bauarbeiterverein (Maurer) Larisas, Larisa. — 2) Verbindung des Hilfspersonals der Krankenhäuser und Kliniken Larisas, Larisa. — 3) Verputzerverein Larisas, Larisa. — 4) Verbindung der Handelsangestellten Larisas, Larisa. — 5) Arbeiterverein des Schuh-

gewerbes Larisas, Larisa. — 6) Anstreicherverein Larisas, Larisa. — 7) Buchhalterverein Larisas, Larisa.

Bezirk Magnisia

1) Bauarbeitersyndikat von Volos und Umgebung, Volos. — 2) Abteilung der Demokratisch-Syndikalistischen Bewegung (D.S.K.) von Volos, Volos. — 3) Koordinationskomitee der werktätigen Jugend von Volos, Volos. — 4) Abteilung des Koordinationskomitees der werktätigen Frauen von Volos, Volos. — 5) Büro der zusammenarbeitenden Vereine „115" von Volos, Volos.

Bezirk Trikala

1) Bauarbeiterverein von Kalabaka und Trikala, Trikala. — 2) Verein der Berufsbuchhalter von Trikala, Trikala. — 3) Arbeiter- und Angestelltenzentrum von Trikala, Trikala. — 4) Autofahrerverein von Trikala, Trikala. — 5) Schlosserarbeiterverein von Trikala, Trikala.

Bezirk Karditsa

1) Bauarbeiterverein von Karditsa, Karditsa. —

Bezirk Saloniki

1) Bauarbeiter-Union Salonikis, Saloniki. — 2) Tabakarbeiterverein Salonikis, Saloniki. — 3) Verbindung der Bäckereiarbeiter Salonikis, Saloniki. — 4) Buchhalterverein Salonikis, Saloniki. — 5) Angestelltenverein der Restaurants und Cafés Salonikis, Saloniki. — 6) Arbeiterverbindung des Schuhgewerbes Salonikis, Saloniki. — 7) Union der Straßenkehrer der Stadt Saloniki, Saloniki. — 8) Friseurunion Salonikis, Saloniki. — 9) Union der Landmaschinenarbeiter Salonikis, Saloniki. — 10) Invaliden-Verbindung der Sozialversicherungsrentner (IKA) Salonikis, Saloniki. — 11) Taxifahrerverein „Agios Christophoros", Saloniki. — 12) Jugendbewegung „Freunde des Dorfes", Saloniki. — 13) Bildungs- und Kulturverein der Jugend von Kalamaria „Andeos", Saloniki. — 14) Union der entlassenen Angestellten Griechenlands, Saloniki. — 15) Nationale Union der Tuberkulosekranken Salonikis und Umgebung, Saloniki. — 16) Kulturelle Studentenbewegung Salonikis „Rotoda", Saloniki. — 17) Fußballverein von Nea Zoi-Salonikis, Saloniki. — 18) Demokratischer Widerstand der Studenten Salonikis, Saloniki. — 19) Werkstudentenverein Salonikis, Saloniki. — 20) Bauarbeiterverein von Asrestochori.

Bezirk Lesvos

1) Landarbeiterverein von Epion und Sykourro. — 2) Landarbeiterverein von Agia Paraskevi. — 3) Landarbeiterverein von Polychnitos. — 4) Landarbeiterverein von Thermi und Umgebung. — 5) Landarbeiterverein von Loutra und Umgebung. — 6) Landarbeiterverein von Agiassou und Umgebung. — 7) Bauarbeiterunion von Mytilini. — 8) Nationale Union der Bauarbeiter von Agia Paraskevi. — 9) Landarbeiterverein von Gera. — 10) Landarbeiterverein von Eressos. — 11) Landarbeiterverein von Mandamades und Umgebung.

Bezirk Chalkidiki

1) Bauarbeiterunion Ormylias „I Anagenisis". — 2) Bergwerksarbeiterverein von Ormylia, Trikorfo und Gerakina. — 3) Bergwerksarbeiterverein von Galatista. — 4) Bergwerksarbeiterverein von Stratonion Chalkidiki. — 5) Bergwerksarbeiterverein von Stratoniki „I Anagennisi". — 6) Nationaler Verein der Bergwerksarbeiter von Davdos. — 7) Bau- und Holzarbeiterverein von Polygyros „I Anagennisi".

Bezirk Serres

1) Arbeiterverein der Holzverarbeitung von Serres, Serres. — 2) Verein der Bauxitbergwerksarbeiter von Serres. — 3) Bauarbeiterverein von Serres „Profitis Ilias". — 4) Tabakarbeiter- und Arbeiterinnenverein „I Elpis", Serres.

Bezirk Akarnania

1) Bauarbeiterverein von Agrinion. — 2) Straßenbauarbeiterverein von Agrinion. — 3) Arbeiterverein des Holzverarbeitenden Gewerbes von Agrinion. — 4) Ziegelarbeiterverein von Agrinion. — 5) Anstreicherverein von Agrinion und Umgebung. — 6) Verputzerverein von Agrinion und Umgebung.

Bezirk Jannina

1) Verschönerungs- und Bildungsverein von Stavraki, Jannina.

Bezirk Sparta

Transportarbeiterverein von Ksira Skala „Herkules".

Bezirk Samos

1) Arbeiterverein der Gerbereien von Karlorasi Samos. — 2) Bauarbeiterverein von Karlorasi Samos. — 3) Verschönerungsverein von Ksylosyrti Ikarias „Ikaros".

Bezirk Pieria

1) Landwirtschaftlicher Verein von Keterini „Demetra".

Bezirk Drama

1) Musikverein von Choristi Dramas.

Bezirk Arta

1) Obstpflückerverein von Arta. — 2) Bauarbeiterverein von Arta und Umgebung. — 3) Landarbeiterverein von Arta.

Bezirk Karala

1) Bauarbeiterverein des Bezirks Karala. — 2) Bauarbeiterverein der Stadt Karala. — 3) Transportarbeiterverein von Karala. — 4) Tabakarbeiterverein von Karala „I ethniki enosi". — 5) Rentner-Union des Bezirks Karala. — 6) Koordinationskomitee der Demokratischen Syndikalistischen Bewegung (DSK). — 7) Abteilung des Koordinationskomitees der werktätigen Jugend Griechenlands, Bezirk Karala.

Bezirk Viotia

1) Arbeiter-Zentrum von Levadia. — 2) Bauarbeiterverein „I Enosis" von Levadia. — 3) Angestellten-Union des Fremdenverkehrs, Bezirk Levadia. — 4) Fachbauarbeiter-Verbindung von Levadia. — 5) Transportarbeiterverein von Levadia.

Bezirk Larisa

1) Verschönerungsverein der Siedlung Agios Kostadinos „I Charargi".

Bezirk Patras

1) Verputzerverein von Patras. — 2) Anstreicherverein von Patras. — 3) Maurerverein von Patras. — 4) Schreinerverein von Patras. — 5) Zementbauarbeiterverein von Patras. — 6) Metallarbeiterverein von Patras. — 7) Bau- und Straßenbauarbeiterverein von Patras. — 8) Facharbeiter des Spirituosengewerbes von Patras. — 9) Arbeiterverein des Schuhgewerbes von Patras. — 10) Straßenkehrerverbindung der Stadt Patras. — 11) Union des Personals der Autotransporte von Patras und Umgebung. — 12) Fischerverein.

Bezirk Saloniki (2)

1) Syndikalistischer Verein der fortschrittlichen Studenten (Freunde der Chinesen). — 2) Bildungs- und Sportverein von Finikos. — 3) Koordinationskomitee der „115" SEO. — 4) Anstreicherunion von Saloniki. — 5) Marmorarbeiterverein „O Phedias". — 6) Union der Rentner (Tabakarbeiter) von Saloniki und Umgebung. — 7) Handwerker- und Berufsgenossenschaften-Union Nord-Griechenlands. — 8) Verbindung des Holzhandels und Holzverarbeitungsgewerbes. — 9) Müllarbeiter-Union Nord-Griechenlands. — 10) Frauenverein Saloniki, Saloniki. — 11) Komitee zur Verteidigung der Demokratie und der Verfassung, Saloniki.

Dieter Thelen

Wähler und Wählerreservoir der NPD

Die politische Grundorientierung der Bevölkerung eines Staates ist allgemein konstanter, als es einzelne Wahlergebnisse zunächst erscheinen lassen. In seiner Studie „Extremer Nationalismus" [1]) zeigt Lepsius die Strukturgleichheit der politischen Orientierung in Deutschland für die Zeit von 1903 bis 1912 und 1920 bis 1928. Vereinfacht ergibt sich folgendes Bild: „Rechte": 15—25 %; „Mitte": 40—50 %; Linke: 30—45 %.

Die Wertmaßstäbe und Verhaltensmuster der alten Ordnung hatten den Ersten Weltkrieg relativ schnell „überstanden" und kamen nach einer kurzfristigen Anpassungsperiode wieder zu voller Geltung: „Die patriarchalische Familienstruktur, die militärisch-autoritäre Organisation der Betriebe, die hierachisch-autoritäre Ordnung der sozialen Rangfolge, die durch ein ‚oben und unten' gekennzeichnete Distanz zwischen Bürger und Staat." [2])

Mit der Reichstagswahl im September 1930 gelang es der NSDAP, in das Wählerreservoir der Mittelstandsparteien einzubrechen und mit 6,38 Millionen Wählern 18,2 % gegenüber 2,6 % von 1928 zu gewinnen. „Die wirtschaftliche, soziale und parlamentarische Krise war von ihr in einem hemmungslos geführten, alle unbefriedigten Emotionen des nationalen Kleinbürger- und Bauerntums ansprechenden Wahlkampfes demagogisch genutzt worden. Der autoritäre ‚Führerstaat' an Stelle der ‚versumpften' Demokratie, die ‚Sendung' Hitlers zur Erneuerung deutscher Herrlichkeit, das waren die Parolen, mit denen sie die wirtschaftlich gefährdeten und richtungslos gewordenen oder schon richtungslos gewesenen, durch Sentiments und Ressentiments bestimmten Wähler und vor allem die Masse der Jungwähler und bisherigen Nichtwähler zur Rettung aus der Notlage, in die ‚Parteimißwirtschaft' den Staat geführt hatte, an sich zog." [3])

Die Parteien der Mitte, ausgenommen das katholische Zentrum, verloren zwischen 1928 und 1932 fast 80 % ihrer Wähler. 1928 hatten sie 27,5 % aller gültigen Stimmen erhalten, 1933 waren es noch ganze 2,5 %. „Von einer sektenartigen Rechtspartei wandelte sich der Nationalsozialismus zu einer Partei der radikalisierten Mitte." [4]) Außer der organisierten sozialistischen Arbeiterschaft zeigte sich der politische Katholizismus in gewissem Umfang resistent. Die Bindung an eine Großorganisation des sogenannten vorpolitischen Bereichs mit stärkerer Bindung an übernationale Zielsetzungen (Gewerkschaften, Katholische Kirche) verringerte die Anfälligkeit für einen ungehemmten Nationalismus.

Der Zusammenbruch des Dritten Reiches war durch die Verwüstung deutscher Städte markanter und einprägsamer gekennzeichnet als die Niederlage von 1918

---

1) M. Rainer Lepsius, Extremer Nationalismus, Stuttgart 1966.
2) Helga Grebing, Nationalismus und Demokratie in Deutschland. In: Rechtsradikalismus. Hrsg. Iring Fetscher, Frankfurt/M. 1967, S. 52.
3) Alfred Milatz, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn 1965, S. 133.
4) Lepsius, a.a.O., S. 8.

und machte eine „Dolchstoßlegende" für längere Zeit unmöglich. Der Abbau überkommener autoritärer Verhaltensmuster und antidemokratischer Denkweisen im Nachkriegsdeutschland war aber wiederum nur äußerst unvollkommen. Die sogenannte Entnazifizierung hatte die Konsequenz, daß eine Zeit nationalistischer Windstille erzeugt wurde, in der die erheblich diskreditierten Denkvorstellungen wenn auch nicht geändert, so doch verdrängt und weniger öffentlich vorgetragen wurden. Der durch den Marshallplan initiierte wirtschaftliche Aufstieg machte „Demokratie" auch ohne geistige Bewältigung akzeptabel und ließ die Frage offen, wie groß das Wählerpotential blieb, dessen scheinbare Zustimmung zur neuen demokratischen Ära auf der Gleichsetzung von Demokratie und steigendem Wohlstand beruht.

Die NPD, das jüngste Sammelbecken nationaler und betont rechts stehender Kräfte, ist die radikale Konsequenz der im Zeichen des Kalten Krieges schon 1950 begonnenen Selbstrechtfertigung des deutschen Bürgers.

Die Wiederkehr des Nationalismus in der Bundesrepublik, als Ersatz für die nachlassende Integrationskraft des Antikommunismus, beendete die Epoche nationalistischer Windstille und ermöglichte eine Steigerung des Rechtsradikalismus. Scheuch gelangt auf Grund des Kölner „Materials zum Phänomen des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik 1966" zu dem Schluß, daß sich die Grundeinstellung der Bevölkerung gar nicht so sehr geändert hat. „Geändert hat sich die Umwelt Deutschlands, und geändert haben sich die Parteien. Früher waren SPD und auch CDU weniger nationalbetont und weniger autoritär als ihre Wähler; sie haben sich in diesen Sentiments inzwischen mindestens ihren Wählern angeglichen, ja, in den Äußerungen von Parteiführern einen Teil ihrer eigenen Wähler gewissermaßen von rechts überholt." [5])

Die zur Sammlung der Rechten am 24. November 1964 gegründete „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) erreichte bei den Bundestagswahlen 1965 zwei Prozent der gültigen Zweitstimmen, die sich ungleichmäßig über die Bundesrepublik verteilten. Die Bundestagswahl stand im Zeichen einer zumindest äußerlichen Konsolidierung der Bundesrepublik, während die Landtagswahlen von Hessen und Bayern im November 1966 durch den Regierungsverfall unter Ludwig Erhard und einer allgemeinen Krisenstimmung gekennzeichnet waren. Die Regierungsautorität war bei den Wahlen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein wieder gefestigt, die NPD jedoch von Führungskämpfen erschüttert. Die unterschiedlichen Situationen, in denen die Wahlen stattfanden, lassen einige allgemeine Schlüsse zu.

Die Konfessionssperre

Schon eine Analyse der Bundestagswahlergebnisse hatte gezeigt, daß analog dem Wahlverhalten in der Weimarer Republik die Konfessionszugehörigkeit bei einem Teil der katholischen Bevölkerung einen Umschlag schichtspezifischer Affinität zu den Parolen der NSDAP bzw. NPD in ein entsprechendes Wahlverhalten verzögerte und hemmte.[6])

Auch bei den nachfolgenden Landtagswahlen erzielte die NPD in mehrheitlich katholischen Gebieten nur unterdurchschnittliche Ergebnisse. „In Hessen erhielt

---

5) Scheuch/Klingemann, Materialien zum Phänomen des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik 1966, Köln 1967, S. 37.
6) Vgl. Dieter Thelen, Die Wähler der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands. In: Rechtsradikalismus, a.a.O.

die NPD in Gemeinden mit einem Anteil an Katholiken unter 20 % 8,5 %, in Gemeinden mit einem Katholiken-Anteil von 80 % und mehr durchschnittlich nur 3,6 %." [7]) Die überwiegend ländlich strukturierten Regierungsbezirke Oberpfalz (86,5 % Katholiken) und Niederbayern (91,9 % Katholiken) heben sich mit 5,1 bzw. 4,9 % deutlich gegenüber 12,2 % in Mittelfranken (60,5 % Evangelische) ab. Ebenso in Rheinland-Pfalz die zu über 90 % katholischen Wahlkreise Koblenz-Nord (3,9 %) und Trier (5,0 %) gegenüber 8,6 % und 11,4 in den mehrheitlich evangelischen Regierungsbezirken Rheinhessen und Westpfalz.

Da die CDU/CSU sich der Festlegung auf eine soziale Formel entzieht, ist sie eine Integrationspartei, die trotz ihres bikonfessionellen Charakters für einen Teil der katholischen Bevölkerung die Funktion des Zentrums erfüllt. Das Institut für angewandte Sozialforschung in Bad Godesberg stellte in einer Untersuchung fest, daß im Winter 1966/67 8 % der kirchlich gebundenen Katholiken „NPD-anfällig" waren, nicht praktizierende Katholiken dagegen mit 17 %. Die „Anfälligkeit" der evangelischen Bevölkerung lag bei 13 % bzw. 14 %. Da IFAS unter „Anfälligkeit" die derzeitige Bereitschaft, auch einmal NPD zu wählen, einbezog, ist dies kein Widerspruch zu den Kölner Ergebnissen, die eine nach Konfession nahezu ausgeglichene Struktur der potentiellen NPD-Anhänger ermittelten.

Von ihrem Agitationsschwerpunkt Mittelfranken aus gelang es der NPD, bei den bayrischen Landtagswahlen auch in den nordwestlich angrenzenden katholischen Kreisen Kitzingen/Landochsenfurt (9,3 % NPD); Würzburg-Stadt (8,6 %); Gerolsen/Haßfurt (7,7 %) und Schweinfurt-Stadt und -Land (7,2 %) hohe Stimmanteile zu erzielen. Die Äußerung „Hoffentlich wird die NPD den Freien Demokraten so viele Stimmen abjagen, daß die FDP nicht mehr die Zehn-Prozent-Hürde überspringen kann", die der Chefredakteur Monsignore Holzapfel im Würzburger katholischen Sonntagsblatt gemacht hatte, trug sicher nicht zu einer Stärkung der Konfessionssperre bei.

In Rheinland-Pfalz konnte die NPD bei den Wahlen im April 1967 im katholischen Landkreis Pirmasens (von evangelischen Kreisen umgeben) ihren Anteil von 1,9 % (BTW) auf 8,6 % (LTW) erhöhen.

Der Erfolg in den genannten katholischen Kreisen bestätigt die in der Weimarer Republik gewonnene und von den Meinungsforschungsinstituten überprüfte Erfahrung, daß die katholische Konfessionszugehörigkeit nicht grundsätzlich resistenter gegenüber NSDAP bzw. NPD macht, wohl aber einen Umschlag schichtspezifischer Affinität in ein entsprechendes Wahlverhalten verzögert.

NSDAP-Tradition

Bis zur Bundestagswahl 1965 erfolgte noch kein massiver Propagandaeinsatz der Nationaldemokraten in größeren Industriestädten, und ihr Erfolg war außerhalb der Schwerpunkte Mittelfranken-Oberfranken (Wahlkreise: Erlangen 6,1 %; Nürnberg-Nord 6,0 %; Nürnberg-Süd 6,0 %), Pfalz (Wahlkreis Worms 5,9 %), Oberhessen und dem nördlichen Niedersachsen nur in einzelnen Kleinstädten und Gemeinden besonders hoch.

Nach dem Stande von 1964 leben 22,3 % der Bundesbevölkerung in ländlichen Gemeinden (bis 2000 Ew.), 12,1 % in Landstädten (2000 bis 5000 Ew.), 17,2 % in

---

7) Wolfgang Götz, Der Weg der NPD in die Parlamente. In: . . . bis alles in Scherben fällt, Mainz 1967, S. 53.

Kleinstädten (50 bis 20 000 Ew.), 16,2 % in Mittelstädten (20 000 bis 100 000 Ew.) und 33,3 % in Großstädten (100 000 und mehr Einwohner).

Hohe Stimmgewinne in einzelnen ländlichen Gemeinden fallen daher nur wenig ins Gewicht. So erhielt die NPD bei der Bundestagswahl zwar in 136 Gemeinden Schleswig-Holsteins über 5 % der gültigen Zweitstimmen, aber allein im Wahlkreis Erlangen mehr als doppelt soviel Stimmen wie in allen 136 schleswig-holsteinischen Gemeinden zusammen (8632:3147).

Die genannten Schwerpunkte liegen in früheren Hochburgen der NSDAP. Der das nördliche Mittelfranken und das östliche Oberfranken umfassende Schwerpunkt hatte schon 1924 einen Stimmanteil von 24,7 % für die NSDAP, bei einem Reichsdurchschnitt von 6,5 %. Auch der zweite bayrische Bereich mit relativ hohem Stimmanteil, Oberbayern-Mittelschwaben, weist 1924 einen Stimmanteil von 17 % für die NSDAP aus.

Bei einem Reichsdurchschnitt von 18,3 % erhielt die NSDAP bei der Reichstagswahl im September 1930 schon in folgenden Wahlkreisen der Pfalz und Rheinhessens die relative Mehrheit (zum Vergleich sind die NPD-Ergebnisse der BTW 65 und soweit verfügbar die Landtagswahlergebnisse vom April 67 in Klammern angeführt): Landkreis Worms (BTW: 6,6 %, LTW: 14,3 %); Landkreis Alzey (BTW: 7,5 %); Landkreis Rockenhausen (BTW: 6,0 %, LTW: 13,1 %); Landkreis Kirchheimbolanden (BTW: 7,0 %, LTW: 19,5 %); Landkreis Kaiserslautern (BTW: Land 3,6 %, Stadt 4,6 %; LTW: Land 11,1 %, Stadt 13,6 %); Landkreis Neustadt (BTW: 3,8 %); Landkreis Zweibrücken (BTW: Land 4,4 %, Stadt 5,8 %; LTW: Stadt 12,2 %); Landkreis Pirmasens (BTW: Land 1,9 %, Stadt 4,4 %; LTW: Land 8,6 %, Stadt 13,6 %).

Außer den direkt angrenzenden Landkreisen Kusel (BTW: 7,0 %, LTW: 15,5 %) und Landau (BTW: 4,7 %; LTW: Stadt Landau 9,6 %) hatte bei der Bundestagswahl kein weiterer Kreis und keine kreisfreie Stadt in Rheinland-Pfalz noch über 4 % NPD-Stimmen. Die Korrelation zu NSDAP-Erfolgen ist überaus deutlich. Auf die wirtschaftliche Lage in diesen Kreisen wird noch eingegangen.

Die Altersstruktur der NPD-Wähler

Die auffällige Korrelation zu NSDAP-Erfolgen (ausgenommen Schleswig-Holstein) beruht zum Teil auf nur wenig modifizierten Strukturmerkmalen dieser Gebiete und zum anderen auf der privaten und öffentlichen Weitergabe einer antidemokratischen Tradition. Wenn auch die Kölner Umfrage ergab, daß die Sympathie für die rechtsradikale NPD am stärksten bei den 18- bis 21jährigen vorhanden ist, so zeigen Repräsentativstatistiken der Bundestagswahl und der Landtagswahlen, daß ihr Hauptwählerstamm noch bei den 45- bis 60jährigen Männern liegt.

Der Stimmanteil der NPD bei der Landtagswahl in Hessen (November 1966) zeigt bei der Aufschlüsselung nach Alter und Geschlecht folgendes Bild: [8])

Altersgruppe	Männer	Frauen	zusammen
21—30 Jahre	8,2 %	4,7 %	6,5 %
30—45 Jahre	10,0 %	6,4 %	8,2 %
45—60 Jahre	12,6 %	7,7 %	9,8 %
60 und mehr	8,6 %	4,7 %	6,5 %
Insgesamt:	10,0 %	6,0 %	7,9 %

[8]) Auszug aus Statistische Berichte des Hessischen Statistischen Landesamtes. Nr. B III 2 7/66.

Die Emnid-Umfrage vom November 1965 macht einen deutlichen Generationsbruch im Bereich der 18- bis 25jährigen (auf 1965 bezogen!) kenntlich. Mit 14 % potentiellen NPD-Anhängern ist die Gruppe der 18- bis 21jährigen die anfälligste aller Altersgruppen, während die „Generation" der 21- bis 25jährigen mit 6 % die geringste Neigung zur NPD zeigte. Die im Krieg geborene Generation hat mehr oder weniger noch eine persönliche Erinnerung an die ersten Nachkriegsjahre und ihre Not. Ihre politische Erziehung stand im Zeichen der Kriegserschütterung mit der „radikalen Absage an das völkische Pathos und die nationale Hybris der Vergangenheit" und einer entschlossenen „Hinwendung zu einer Zukunft, die sich am Welthorizont orientierte und die sich auf Demokratie gründete." [9]) Die nachfolgende Altersgruppe dagegen ist weitgehend in einer Ära aufgewachsen, die nur noch von der Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs gekennzeichnet wurde. Inzwischen ist die relativ dünne Schicht derjenigen, die den Prozeß des Umdenkens und der Neuorientierung bewältigt hat, immer stärker ihres Einflusses beraubt. Die Wiederkehr des Nationalismus in der Bundesrepublik [10]) beeinflußt in starkem Maße die Jugend, die zur Rechtfertigung des neuen Nationalismus herhalten muß. Indem man vorgibt, sie vom „Büßerhemd der Geschichte" befreien zu wollen, mobilisiert man eine Ablehnung eines Schuldbewußtseins, das man erst selbst erzeugen muß. Die Jugend hat kein Schuldgefühl. Der Versuch, über sie das eigene „Büßerhemd" loszuwerden, ist offensichtlich. Die Wahlparole: „Man kann wieder wählen, man wählt NPD!" zeigt in gewisser Weise, daß die Nachkriegszeit wirklich zu Ende ist.

Die wirtschaftliche Lage

Die wirtschaftliche Lage oder besser die eigene Einschätzung der persönlichen und allgemeinen wirtschaftlichen Lage spielt eine nicht unwesentliche Rolle bei der Stimmverteilung der NPD-Wähler. Keines der westdeutschen Industriegebiete hat bei der Bundestagswahl einen überdurchschnittlichen NPD-Anteil zu verzeichnen. Außerhalb ihrer Schwerpunkte konnte die NPD höhere Stimmanteile nur in solchen Gebieten erzielen, in denen die wirtschaftliche Basis als nicht sehr günstig empfunden wurde.[11]) Die Kölner Umfrage stellt ebenfalls einen Zusammenhang zwischen der Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage und der Befürwortung der NPD fest. Die große Gruppe der mit der persönlichen Lage Zufriedenen befürwortete die NPD unterdurchschnittlich häufig, während sowohl die „sehr"-Zufriedenen als auch die „nicht"-Zufriedenen überdurchschnittlich angesprochen werden. Bei der Bundestagswahl stimmte allerdings nur die Gruppe der Unzufriedenen für die NPD. Erst bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern, die im Zeichen einer allgemeinen Krisensituation stattfanden, ist eine starke Stimmabgabe der „Zufriedenen" feststellbar. Der Bergstraßenstreifen von Neu-Isenburg bis Bensheim, mit besonders hohem Anteil an Beamten- und Angestelltenbevölkerung, hebt sich deutlich von den umgebenden Gebieten mit überwiegend Arbeiterbevölkerung ab, die unter dem Landesdurchschnitt von 7,9 % blieben.[12]) Landkreise mit ungünstiger Wirtschaftsstruktur bilden konstant einen Nährboden für die NPD.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein deuten darauf hin, daß die Politik der Großen Koalition die Krisenfurcht zunächst

---

9) Vgl. Eberhard Stammler, Versuchung aus der Vergangenheit. In: Sehnsucht nach der Nation? Drei Plädoyers von Kurt Sontheimer, Eberhard Stammler, Hans Heigert, München 1966.
10) Kurt Sontheimer, Die Wiederkehr des Nationalismus in der Bundesrepublik. In: Sehnsucht nach der Nation?, a.a.O.
11) Vgl. Thelen, a.a.O., S. 164 ff.
12) Vgl. Thelen, Auch die Konfession beeinflußt das Wahlverhalten. In: Frankfurter Rundschau, 3. März 1967.

gebannt hat. Die wirtschaftlich schwachen Landkreise heben sich in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein deutlich von ihrer Umgebung ab. Ergab sich im Bundesdurchschnitt eine Steigerung von 14,3 % des Bruttosozialprodukts im land- und forstwirtschaftlichen Sektor, so sank er im Landkreis Kusel (15,5 % NPD) im Zeitraum 1961—1964 um 23,6 %. Im Kreis waren 1964 32 % der Beschäftigten im land- und forstwirtschaftlichen Sektor tätig. Im Kreis Rockenhausen (13,3 % NPD) sank das Bruttosozialprodukt um 5,2 % (41 % Bauern); im Kreis Kaiserslautern (11,1 % NPD) um 6,1 % (22 % Bauern). Entsprechendes gilt auch für die übrigen Kreise mit hohem NPD-Anteil. Unter den Winzern und Bauern Rheinhessens und der Pfalz hat die NPD einen festen Wählerstamm. Hier fällt der proklamierte Agrarprotektionismus auf fruchtbaren Boden.

Im Gegensatz zur Lage in der Pfalz ist die Agrarstruktur in Schleswig-Holstein mit die beste in der Bundesrepublik. Die Höfe sind am größten, der Maschinenpark modern und die Erträge gut, im Vergleich zu Rheinland-Pfalz sogar sehr gut. 1961 betrug das Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft in Rheinland-Pfalz 4610,— DM, in Schleswig-Holstein dagegen 9900,— DM.

Lepsius weist in seiner Studie darauf hin, daß die Bauern in Schleswig-Holstein liberal, deutschnational, nationalsozialistisch, „dänisch" und schließlich christlich-demokratisch wählten, dabei aber immer nur die „Bewahrung ihrer Tradition und Repräsentanz ihres Geltungsanspruches" [13]) im Sinne hatten.

Nur in sieben der 44 Wahlkreise des Landes kam die NPD auf über 7 %. In Oldenburg ereichte sie mit 8,7 % ihren höchsten Anteil (Rheinland-Pfalz: Kirchheimbolanden 15,9 %). Oldenburg und Süderdithmarschen (8,2 %) liegen außerhalb des Einzugsbereichs einer Mittel- oder Großstadt. Auch Segeberg, Eutin und Rendsburg haben einen ausgeprägt ländlichen Charakter. Mit einer Steigerung von 12,2 % des Bruttoinlandsprodukts im land- und forstwirtschaftlichen Sektor von 1957—1964 hat Oldenburg die niedrigste Zuwachsrate des Landes. Süderdithmarschen, der Landkreis mit dem zweithöchsten NPD-Anteil, hat mit 5,1 % die niedrigste Steigerung im Zeitraum 1961—1964.

Die Berücksichtigung der bäuerlichen Interessen im Eventualhaushalt hat die zunächst durch den Abbau der Agrarsubventionen gestörte Repräsentanz wiederhergestellt. Falls diese Repräsentanz einmal langfristig gestört wird, steht der NPD ein beachtliches Potential offen.

Entscheidend für das vergleichsweise schlechte Abschneiden der NPD in Schleswig-Holstein (5,8 %) war auch das Verhalten der städtischen Bevölkerung. In Nr. 17/67 gibt der „Spiegel" auf Grund einer Untersuchung von Allensbach an, daß der Anteil der Angestellten am Kreis der NPD-Freunde binnen weniger Monate von 24 % auf 16 % gesunken ist, der Anteil der Beamten von neun auf sieben Prozent. Der Anteil der freien Berufe ist von vier Prozent 1966 auf ein Prozent im Frühjahr 1967 gefallen. Wenn diese Zahlen auch nichts über die absolute Größenordnung der NPD-Sympathien aussagen, so zeigt sie doch, daß in den Städten eine momentane Abkehr von der NPD zu erwarten war. Das latente Potential hat sich kaum verändert, doch die Stabilisierung in Bonn, verbunden mit der steigenden Unordnung innerhalb der NPD, hat eine Wiederholung der Erfolge in den hessischen und bayrischen Städten verhindert. Neustadt (9,0 %)

[13]) Lepsius, a.a.O., S. 21.

und Koblenz (8,8 %), wo die NPD bei der Bundeswehr Fuß fassen konnte, sind Ausnahmen. Ebenso Kaiserslautern (13,5 %) und Pirmasens (10,0 %). Außer der ungünstigen landwirtschaftlichen Lage, der Stagnation der Schuhindustrie spielt auch die Negation „raumfremder" Mächte (NPD) eine Rolle. In beiden Städten liegen starke Einheiten der amerikanischen Streitkräfte.

Geschlossene Vertriebenensiedlungen

Der zweite Bereich mit hohem Stimmanteil der NPD in Bayern, Oberbayern-Mittelschwaben, hat eine überwiegend katholische Bevölkerung. Während das katholisch geprägte Milieu der ländlichen Regierungsbezirke Niederbayern und Oberpfalz sich der NPD-Propaganda widersetzt, macht sich in Oberbayern-Mittelschwaben der starke Bevölkerungszuwachs bemerkbar. Nach Kriegsende kamen rund 1,9 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene nach Bayern, aber bereits 1950 waren die Gemeinden in den östlichen Grenzgebieten relativ am schwächsten mit Zugezogenen belegt. In den ländlichen Bereichen betrug 1961 der Bevölkerungszuwachs gegenüber 1939 in der Oberpfalz 27,7 % und in Niederbayern 20,2 %. Sozialstruktur und Milieu sind in diesen Gebieten wesentlich weniger geändert als etwa in Oberbayern, das einen Zuwachs von 53,7 % in ländlichen Bereichen und einen Gesamtzuwachs von 42,3 % zu verzeichnen hat.

Die Vielzahl geschlossener Vertriebenensiedlungen hat dort den Abbau eines Vertriebenenbewußtseins stark verzögert. Amery stellt daher fest, daß ihre Integration in die Gesellschaft unvollkommen war. „Aufs ganze gesehen, hat der deutsche Milieukatholizismus gegenüber dem Flüchtlingsproblem versagt." [14])

Das auffälligste Beispiel der Anfälligkeit einer geschlossenen Vertriebenensiedlung liefert Kaufbeuren. Von 44 066 NPD-Stimmen (hohe Zahl durch Kommunalwahlrecht bedingt) entfielen 24 253 (55 %) auf die Heimatvertriebenensiedlung Neugablonz, deren Anteil an den Wahlberechtigten nur 35 % betrug. Bei der Landtagswahl konnte die NPD ihren Erfolg auf 20,8 % erhöhen.

Nicht Flüchtlinge und Vertriebene allgemein, wie eine Analyse in Hessen zeigt, sondern nur Flüchtlinge und Heimatvertriebene, die unvollkommen integriert sind (Alter, Beruf, geschlossene Vertriebenensiedlungen), sind durch die Werbung der NPD besonders ansprechbar. Von 5 % bei den 21- bis 30jährigen steigt die NPD-Sympathie bis auf 16 % bei den über 65jährigen. Bei einem Einkommen bis 600,— DM sind ebenfalls 16 % anfällig, in der Einkommensstufe 600,— bis 1200,— DM dagegen nur 8 %.[15])

Die Einstellung der „Gebildeten" zur NPD

„Im Zusammenhang mit dem Faktor ‚Schulbildung' gewinnt die wirtschaftliche Lage, gemessen durch die Einkommenshöhe oder durch die Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage, eine andere Bedeutung. Wenn höhere Schulbildung und höheres Einkommen nicht zusammenfallen, wenn also ein Abiturient nur ein Einkommen von weniger als 800,— DM erzielt, dann sympathisiert er mit hoher Wahrscheinlichkeit mit einer rechtsradikalen Partei. Befragte mit Volksschulbildung hatten in der Kategorie: Einkommen bis 800,— DM einen Anteil potentieller Rechtsradikaler von nur 8 %, bei Befragten mit Abitur und Hochschulbildung waren es in dieser Einkommensklasse 37 %" (!) [16]) Aber nicht

---

14) Carl Amery: Die Kapitulation oder Deutscher Katholizismus heute, Reinbek 1963, S. 75.
15) Scheuch/Klingemann, a.a.O., S. 54 ff.
16) Scheuch/Klingemann, a.a.O., S. 65.

nur die Status-Inkongruenz führt zu hohen NPD-Stimmanteilen. In der Einkommensgruppe über 1200,— DM sympathisieren 26 % (sechsundzwanzig!) der Befragten mit Abitur oder Hochschulbildung mit der NPD. Liegt auch der Schwerpunkt bei der Altersgruppe der 30- bis 50jährigen, so ist der Prozentsatz bei den Oberschülern und Studenten mit 15 % fast doppelt so hoch wie bei den Befragten mit Volksschulbildung der gleichen Altersstufe (8 %).

Eine Verschärfung der jetzt noch harmlosen Wirtschaftsflaute öffnet dem Rechtsradikalismus ein Potential, das selbst bei den resistenten Gruppen der Katholiken und Gewerkschaftler mindestens gleich dem der Weimarer Republik ist. Die „demokratisch" erzogene Generation der Jahrgänge 1939—1945 fällt demgegenüber kaum ins Gewicht.

Conrad Taler

Die Wiederkehr des Franz Josef Strauß

Im nachfolgenden veröffentlichen wir die erweiterte Fassung eines Rundfunk-Manuskripts, das einer von Radio Bremen ausgestrahlten Sendung zugrundegelegen hat. *D. Red.*

19. Dezember 1962. Großer Zapfstreich für Franz Josef Strauß auf dem Flughafen Wahn bei Köln. Die Bundeswehr verabschiedet sich von ihrem Oberbefehlshaber, der sein Amt im Zusammenhang mit der „Spiegel"-Affäre aufgegeben hat. Strauß weiß, daß es für ihn so rasch keine Wiederkehr gibt. Tief ist er gefallen, so tief, daß kaum jemand öffentlich für ihn Partei ergreift. Und doch findet sich in dieser bitteren Stunde einer, der zu ihm hält: Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer. Er sagt: „Ich nehme nicht Abschied von Ihnen. Im Gegenteil, ich hoffe, daß wir in Zukunft noch öfter zusammen sein werden und für unser Volk außerordentlich wichtige Dinge miteinander besprechen können." [1])

Viele waren nicht damit einverstanden, daß Strauß nach seinem umstrittenen Verhalten in der „Spiegel"-Affäre mit einem Großen Zapfenstreich geehrt wurde. Der sozialdemokratische Pressedienst meinte, die pompöse Abschiedsfeier sei völlig überflüssig gewesen. Ein anderer Mann als Strauß hätte es für klug gehalten, zunächst einmal still zu sein und in sich zu gehen. Die Öffentlichkeit war damals sehr beunruhigt. Nach der „Spiegel"-Debatte des Bundestages, in der Strauß nach anfänglichem Leugnen seine Mitwirkung bei der Festnahme des

1) „Frankfurter Rundschau" vom 20. 12. 1962.

„Spiegel"-Redakteurs Conrad Ahlers in Spanien zugegeben hatte, schrieb Friedrich Sieburg in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 10. Dezember 1962: „Ein Unglück ist geschehen, und es wird nie wieder werden wie vorher."

Vier Jahre sind seitdem vergangen, vier Jahre, die Franz Josef Strauß nicht passiv verbrachte. Was der CSU-Vorsitzende in seinem Buch „Entwurf für Europa" zum Rückschlag in den deutsch-französischen Beziehungen schrieb, diente ihm offenbar auch als persönliche Maxime: „Für den Strategen sind kleinere Schlappen noch keine endgültige Niederlage. Er sollte sie nur zum Anlaß nehmen, seine eigene Strategie zu verbessern."

Daß Strauß seine Strategie verbessert hat — wer wollte noch daran zweifeln, wenn er über die Rolle des CSU-Vorsitzenden bei der Nominierung Kurt Georg Kiesingers als Kandidat für die Nachfolge Bundeskanzler Erhards in der Tageszeitung „Die Welt" vom 11. 11. 1966 liest: „Strauß war der eigentliche Königsmacher. Als die CSU für Kiesinger votierte, war die Vorentscheidung schon gefallen. Sie fiel in München, nicht in Bonn."

Wie kam es dazu? Wir wollen versuchen, den Weg von Franz Josef Strauß während der zurückliegenden vier Jahre und seine Wiederkehr in eine Schlüsselposition der Bonner Szenerie zu beleuchten.

I

Strauß hatte nicht aus Gründen besserer Einsicht auf sein Amt als Bundesverteidigungsminister verzichtet. Er fühlte sich als Opfer einer — wie er sagte — Terrorkampagne. Ende November 1962 führte er seinen Sturz auf einen „Mißbrauch der publizistischen Mittel" zurück. Auf einer Kundgebung in Weilheim erklärte er damals, die Agitation gegen ihn sei Teil der allgemeinen Agitation der Linken. Er warnte die politischen Parteien davor, sich zum Vollstrecker östlicher Befehle zu machen.[2])

Ein halbes Jahr später äußerte er sich während eines Besuches in Isreal, den er aus Furcht vor Demonstrationen unter dem Decknamen „Traus" angetreten hatte, wie folgt: „Ich bin nicht populär. Die Leute mögen mich nicht. Das ist mein Schicksal." [3])

Resignierte Strauß, oder gab er sich aus taktischen Gründen zerknirscht? Entschiedener äußerte er sich jedenfalls am 11. April 1965 vor der CSU-Landesversammlung in München, von stürmischem Beifall umrauscht. Der deutschen Öffentlichkeit, so erklärte er, sei durch eine bestimmte Sorte von Meinungsmachern und Wahrheitsfälschern ein Zerrbild von ihm vorgeschwindelt worden. Wörtlich: „Ich bin weder ein Heiliger, noch ein Dämon. Ich bin kein ausgeklügelt Buch, sondern ein Mensch mit seinem Widerspruch." Und weiter: „Was ich im Laufe der letzten Jahre, Monate und Wochen erlebt habe, war der äußerste Grad an Niedertracht." Überall seien die Geister der Zerstörung und Zersetzung, die Kräfte eines wertneutralen, demokratisch getarnten und kommerziell profitierenden Nihilismus am Werk. Und wörtlich: „Es gibt nicht nur eine Unterwelt im Kittel, sondern auch eine im Frack." [4])

---

[2]) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 23. 11. 1962.
[3]) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 4. 6. 1963.
[4]) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 12. 4. 1965.

Während der Tagung in München äußerte sich Strauß gegenüber einem Reporter des Bayerischen Rundfunks wie folgt zum Thema Pressefreiheit: „Ich bin ein überzeugter Anhänger der demokratischen Pressefreiheit. Die Wahrheit darf weder nach dieser noch nach jener Richtung hin verfälscht werden. Ich gebe zu, daß eine Demokratie auch ihre Schattenseiten haben muß, so wie die Gesellschaftsordnung ihren Bodensatz hat. Aber ich möchte mich hier vor die seriöse Presse schützend stellen. Sie mögen sagen, man muß eben in einer Demokratie auch Begleiterscheinungen hinnehmen, die mit dem Wesen der Demokratie nichts zu tun haben. Nur dürfen die Begleiterscheinungen nicht zu dominierenden Faktoren werden." [5])

So wie auf der CSU-Landesversammlung im April 1965 hatte Strauß seine Partei stets hinter sich gehabt. Wenige Tage bevor er Ende 1962 vor dem zuständigen Münchner Parteigremium offiziell seinen Rücktritt als Bundesverteidigungsminister bekanntgab, veröffentlichte die CSU ein ganzseitiges Zeitungsinserat. Darin hieß es zur Reaktion des Auslandes auf das Verhalten von Strauß in der „Spiegel"-Krise:

„Die zersetzende Kritik in der deutschen Presse und im Bundestag hat es jetzt der alten Verschwörung gegen Deutschland ermöglicht, wieder einen Verleumdungsfeldzug gegen die Bundesrepublik, gegen die Deutschen zu entfachen." [6]) Dieser Verlautbarung, über die es anschließend in der Frankfurter Rundschau vom 26. 11. 1962 hieß, sie erinnere nach Meinung politischer Beobachter an die NS-Zeit, folgte eine Erklärung der CSU-Landesleitung über den Rücktritt von Strauß. Daraus ging hervor, daß Strauß „eventuelle Fehler und Mißverständnisse bedauere".[7])

Der traditionelle politische Aschermittwoch der CSU in Vilshofen fand 1963 ohne den CSU-Vorsitzenden statt. Strauß war zur Erholung nach Portugal gefahren. Für ihn sprachen Bundesminister Höcherl und der CSU-Abgeordnete Unertl.

Höcherl erklärte: „Die CSU steht zu Franz Josef Strauß, zu seinen Leistungen und zu seinen Fehlern. Es gibt keinen Zweifel, daß Strauß wieder nach oben findet, weil ihn sein Naturtalent dorthin führen muß." [8]) Unertl meinte, wenn der CSU-Vorsitzende jetzt etwas in den Hintergrund geraten zu sein scheine, so könne man doch sicher sein, daß ein Mann wie er aus der deutschen Politik der Zukunft nicht wegzudenken sei.[9])

Ein Jahr danach nannte die CSU Strauß das „einzige politische Talent neben Adenauer". Im August 1964 behauptete sie auf einem Flugblatt, das ein der SPD nahestehender Pressedienst damals als „Dokument der Verblendung" bezeichnete, der tiefere Sinn des Widerstandes gegen Strauß liege in der Stärkung des Kommunismus.[10]) Im Februar 1965 verlangte ein Sprecher der CSU erstmals nach dem Ausscheiden ihres Vorsitzenden aus der Regierung, Strauß müsse wieder Mitglied des Bundeskabinetts werden.[11]) Am 21. September desselben Jahres war in einem Artikel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über eine CSU-Kundgebung in Nürnberg zu lesen: „Ohrenzeugen haben berichtet, Aden-

5) Bayerischer Rundfunk, 11. 4. 1965.
6) „Süddeutsche Zeitung" vom 24./25. 11. 1962.
7) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 1. 12. 1962.
8) „Frankfurter Rundschau" vom 1. 3. 1963.
9) „Frankfurter Rundschau" vom 1. 3. 1963.
10) „Frankfurter Rundschau" vom 20. 8. 1964.
11) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 3. 2. 1965.

auer habe zu Strauß in Nürnberg gesagt, er sei der einzige, der seine Politik fortführen und vollstrecken könne."

Fast auf den Tag genau ein Jahr später, am 20. September 1966, teilte der persönliche Referent des CSU-Vorsitzenden, Hepp, in München mit, im Gegensatz zur Popularitätskurve von Bundeskanzler Erhard habe Strauß eine permanent steigende Linie zu verzeichnen.[12]) Zuvor hatte bereits die Landesleitung der CSU bekanntgegeben, nach den Auseinandersetzungen um die Bundeswehrführung häuften sich die Anrufe von Bundeswehrangehörigen, in denen immer wieder die Rückkehr des ehemaligen Verteidigungsministers Strauß gefordert werde. Es sei charakteristisch, so erklärte die CSU, daß bei gewissen Situationen stets der Ruf nach Strauß laut werde.[13])

Während die CSU ihren Vorsitzenden von Anbeginn systematisch wieder „aufbaute", war in der CDU lange Zeit Zurückhaltung gegenüber Strauß zu spüren. Die der CDU nahestehende „Rheinische Post" veröffentlichte im August 1963 einen scharfen Kommentar gegen Strauß. Unter der Überschrift „Brennender Ehrgeiz" hieß es darin, es dränge den ehemaligen Minister in die Schlagzeilen und vor die Fernsehkameras. Seine Massivität und seine Geschäftigkeit störten mehr denn je seine Gegner und seine Freunde.

„Sagen wir es unverhüllt: auch seinen Freunden ist das Talent aus München unheimlich. Sie wären Strauß von Herzen gerne los." [14])

Ausdruck der tiefen Mißstimmung war die Weigerung der Hamburger CDU, Strauß bei der Bundestagswahl 1965 als Redner in der Hansestadt auftreten zu lassen. Der Wahlkampfleiter der Union in Hamburg, der CDU-Bundestagsabgeordnete Rollmann, erklärte, der CSU-Vorsitzende sei in Hamburg unerwünscht. Bis Lüneburg dürfe er kommen, weiter nicht.[15])

II

Ein knappes Jahr später hatte sich das Bild grundlegend geändert. Bei den Bürgerschaftswahlen im März 1966 bat die CDU Strauß als Redner nach Hamburg. Sein Auftreten bescherte ihr den bisher stärksten Publikumserfolg. Im September verlangte dann die Jugendorganisation der CDU, die Junge Union, Strauß bei einer Kabinettsumbildung in die Regierung zu berufen, um deren Position, insbesondere in wirtschafts- und finanzpolitischen Sachfragen, zu stärken.[16])

Demgegenüber blieb das Verhältnis der Freien Demokraten zu Strauß bis zuletzt so gespannt, wie es auf dem Höhepunkt der „Spiegel"-Krise war, als das Ausscheiden der FDP-Minister aus dem Kabinett seinen Rücktritt erzwang. Im September 1964 betonte der stellvertretende Parteivorsitzende Weyer noch einmal, die Freien Demokraten würden sich niemals an einem Kabinett beteiligen, in dem Strauß Minister sei.[17]) Eine Entscheidung für Strauß, meinte der FDP-Politiker Mörsch im gleichen Monat, wäre eine Entscheidung gegen eine liberale Politik.[18]) Auf dem Parteitag der FDP in Frankfurt im März 1965 wiederholte Erich Mende die Absage Weyers an Strauß.[19])

12) „Frankfurter Rundschau" vom 21. 9. 1966.
13) „Frankfurter Rundschau" vom 2. 9. 1966.
14) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 15. 8. 1963.
15) „Frankfurter Rundschau" vom 20. 1. 1965.
16) „Frankfurter Rundschau" vom 20. 7. 1966.
17) „Die Welt" vom 14. 9. 1964.
18) „Die Welt" vom 12. 9. 1964.
19) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 24. 3. 1965.

Ebenso wie die Freien Demokraten hatten auch die Sozialdemokraten in der „Spiegel"-Krise den Rücktritt von Strauß als Bundesverteidigungsminister verlangt. Ihre damalige Position umriß Willy Brandt im November 1962 mit den Worten: „Wenn einer der Unwahrheit überführt wird, muß er seinen Hut nehmen." [20]) Im Juli des folgenden Jahres erklärte der Landesausschuß der SPD Bayerns: „Ein Mann, der als Bundesminister nachweisbar in sechs konkreten Punkten das Parlament belogen hat und der ständig in Skandale verwickelt wurde, ist in einer verantwortlichen Stelle der Landes- und Bundespolitik untragbar." Strauß vergifte durch seine Methoden die Atmosphäre in der Politik und gefährde die sachliche Arbeit der Parteien.[21])

Der Sprecher des SPD-Vorstandes, Barsig, sagte im Juli 1963, die Sozialdemokraten wollten nach der Bundestagswahl im Jahr 1965 in einer möglichen Großen Koalition nicht mit einem Minister Strauß auf einer Regierungsbank sitzen.[22]) Ähnlich äußerten sich ein Jahr darauf die SPD-Politiker Fritz Erler und Herbert Wehner. Erler erklärte im Oktober 1964 in Hamburg: „Wer als Verteidigungsminister sein Ministerium braucht, um seine persönliche Rache befriedigen zu können, und von diesem Vorgehen nicht abrückt, der gehört in keine Bundesregierung." [23])

Herbert Wehner erklärte: „Wer sich einmal etwas außerhalb der Legalität bewegt hat, darf nicht plötzlich die SPD fragen, ob sie mit ihm kommen will." [24]) Im August 1965 modifizierte Wehner seine Haltung. Auf einer Pressekonferenz in Hamburg sagte er, er habe Strauß stets für einen beachtlichen politischen Gegner gehalten und sich nicht daran beteiligt, ihn „mit Nadeln zu picken".[25]) Wehner machte diese Äußerung, nachdem Strauß ihn zuvor als „politisches Genie" bezeichnet hatte.[26])

Ebenso interessant wie das Verhältnis der Sozialdemokraten und der Freien Demokraten zu Strauß ist umgekehrt das Verhältnis von Strauß zur SPD und zur FDP, wobei der CSU-Vorsitzende offenbar in erster Linie bestimmte Personen meint, wenn er von dieser oder jener Partei spricht. So denkt er vermutlich an Herbert Wehner, wenn er SPD sagt. Strauß fühlt sich dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden anscheinend auf besondere Weise verbunden. Als auf dem Höhepunkt der „Spiegel"-Affäre eine Flut von Protesten über Strauß hinwegbrandete, vertraute er dem „Mannheimer Morgen" am 16. November 1962 in einem Interview folgendes an: „Ich möchte hier einen Mann der SPD, dessen politische Vorstellungen ich wahrlich nicht teile, lobend hervorheben: Herbert Wehner."

Anders als Ludwig Erhard schloß Franz Josef Strauß ein Zusammengehen der Unionsparteien mit den Sozialdemokraten nie grundsätzlich aus. Schon im November 1964 sagte er in Frankfurt, er halte eine Große Koalition für möglich, wenn bestimmte Probleme von einer der beiden großen Parteien nicht allein gelöst werden könnten.[27]) Im Juli 1965 erklärte er auf einem Jugendforum in München: „Ich bin kein Anhänger der Großen Koalition. Aber es ergibt sich die Frage, inwieweit Verfassungsreform, Wahlrechtsreform oder eine politische Not-

20) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 17. 11. 1962.
21) „Frankfurter Rundschau" vom 15. 7. 1963.
22) „Frankfurter Rundschau" vom 18. 7. 1963.
23) „Frankfurter Rundschau" vom 13. 10. 1964.
24) „Frankfurter Rundschau" vom 13. 10. 1964.
25) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 11. 8. 1965.
26) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 11. 8. 1965.
27) „Frankfurter Rundschau" vom 11. 11. 1964.

situation die Zusammenfassung der großen politischen Kräfte in der Regierung notwendig machen können." [28])

Diese Ansicht präzisierte Strauß am 14. August 1966 in einem Interview mit dem Südwestfunk. Er sagte: „Ich bin dafür, daß wir unseren politischen Standort gegenüber der SPD wieder dort, wo es keine Gemeinsamkeit gibt, wo sie nur in der Phraseologie besteht, oder wo sie nur in Stilwünschen besteht, auch wieder schärfer hervorkehren. Das schließt andererseits nicht aus, daß man in der Lösung von Schicksalsfragen innenpolitischer Art — ich denke hier an den Sektor Wirtschafts- und Finanzpolitik —, außenpolitischer Art — Liquidation des Zweiten Weltkrieges und der damit verbundenen Probleme — zu einer Zusammenarbeit mit der SPD kommt, aber in ganz klarer — ich darf sagen —, intellektuell sauberer Erkenntnis, wo die Gemeinsamkeit liegt und wo die Unterschiede sind. Und gerade daran hat es im Laufe der letzten Jahre wohl etwas gefehlt."

Zu den Freien Demokraten befand sich Strauß in einem permanenten Spannungsverhältnis. Den Sozialdemokraten verzieh er, daß sie in der „Spiegel"-Affäre seinen Rücktritt verlangt hatten. Der FDP verzieh er es nie. Als Zünglein an der Waage habe diese Partei keine Legitimation, die Geschicke der deutschen Politik positiv oder negativ gestalten zu wollen, erklärte er im April 1964 vor der CSU-Landesversammlung.[29]) Auf einer Veranstaltung in Nürnberg spann er — drei Monate später — diesen Faden weiter. Er sagte: „Der Einfluß der FDP muß auf das Maß reduziert werden, das ihr aufgrund ihrer geistigen, politischen und zahlenmäßigen Bedeutung zukommt." [30])

Die Freien Demokraten sind — das muß hier angemerkt werden — mit 49 Abgeordneten im Bundestag vertreten. Die CSU verfügt ebenfalls über 49 Mandate.

Auf eine ablehnende Stellungnahme des FDP-Vorsitzenden Mende zu Strauß angesprochen, erwiderte der CSU-Vorsitzende im September 1965. „Mit den Äußerungen des Herrn Mende befasse ich mich überhaupt nicht, weil weder er noch seine Partei ernstzunehmen sind." [31])

Trotzdem fand am 5. Dezember 1965 im Stuttgarter Haus des Industriellen Scheufelen eine vertrauliche Aussprache zwischen Strauß und Mende statt, die nach Auskunft eines CSU-Sprechers in einer „freundlichen Atmosphäre" verlief. Überhaupt, so versicherte der persönliche Referent von Strauß, Hepp, sei das Verhältnis zwischen CSU und FDP versöhnlich geworden. Scherzhaft hatte er hinzugefügt: „Der Koalitionsfriede ist ausgebrochen." [32])

Doch schon vier Monate später bezeichnete Strauß Mende als „untragbar". Der Grund: Mende hatte gesagt, die Bundesregierung werde möglicherweise eines Tages im Auftrag der vier Mächte mit der Regierung der DDR sprechen und verhandeln müssen.[33])

III

Wie beurteilte nun Strauß selbst seine Chancen für eine Wiederkehr in das Bundeskabinett? Im Oktober 1964 sagte er, wer von ihm glaube, er sei von Ehr-

---

28) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 17. 7. 1965.
29) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 12. 4. 1964.
30) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 17. 7. 1965.
31) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 6. 9. 1965.
32) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 22. 2. 1966.
33) „Frankfurter Rundschau" vom 7. 4. 1966.

geiz geplagt, in die Regierung einzutreten, der unterschätze das, was man politisches Format nenne.[34]) Und im November 1964: „Ich habe nie zu erkennen gegeben, daß ich am Außenministerium interessiert wäre. Es sollte aber auch keine abgestempelten Minister geben, etwa so, daß jemand nichts anderes sein könnte als Verteidigungsminister." [35])

Im April 1965: „Ich habe nicht das leiseste Interesse, in einer Konstellation Minister zu sein, die nicht meinen Vorstellungen von den Notwendigkeiten und Zielen einer deutschen Politik entspricht." [36]) Im September 1965 sagte Strauß, wer in Kenntnis der persönlichen und politischen Vergangenheit Brandts für Brandt als Bundeskanzler eintrete, der habe nicht das geringste Recht, „meine Fähigkeit oder Würdigkeit als Mitglied der Bundesregierung anzuzweifeln".[37])

Im Juli 1966, nach der Niederlage der CDU bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen: „Ich glaube nicht, daß es der richtige Weg wäre, wenn die CSU jetzt meinen Eintritt in das Bundeskabinett erzwingen würde, ganz abgesehen davon, daß ich ihn persönlich auch gar nicht wünsche." [38]) In einem Interview mit dem Saarländischen Rundfunk hatte Strauß im Januar 1965 erklärt, er wende sich gegen das Klischee vom „gefährlichen Strauß", das er als Methode der psychologischen Kriegführung gegen ihn bezeichnete. Er wünsche sich ein Ressort im Bundeskabinett, in dem er seine guten Eigenschaften entwickeln könne.[39])

Im August 1966 wurde Strauß gefragt, was er von der Arbeit der Regierung Erhard halte und ob es nicht seine Pflicht wäre, in das Kabinett einzutreten, wenn ihm die Regierung schwach erscheine. Er antwortete: „Ich habe keinen Zweifel daran gelassen, daß ich die Zusammensetzung, Organisation und Methodik der Regierungsapparatur für erheblich verbesserungsbedürftig halte. Das ist nicht etwa eine gezielte Kritik gegen das Kabinett Erhard, sondern gegen unser Regierungssystem überhaupt. Ich spreche nicht von Staatsform, nämlich unserer Demokratie, sondern von dem Regierungssystem, das noch in keiner Weise den Führungsmethoden des modernen Managements in der Wirtschaft angepaßt ist. Man soll auch nicht davon sprechen, ein Ministeramt anzunehmen, sei die Frage. Hier handelt es sich um die gesamte Konstellation und wenn, um welches Ministeramt. Ich möchte aber diese Bemerkung nicht abschließen, ohne nochmals gesagt zu haben, daß ich betonten Wert darauf lege, in keinerlei Spekulationen oder Kombinationen über eine Regierungsbildung rebus sic stantibus einbezogen zu werden." [40])

Auf seinem Weg zurück in die Bundesregierung hatte der CSU-Vorsitzende nicht nur politische und emotionale, sondern auch juristische Hürden zu überwinden. Wegen seiner Rolle bei der Verhaftung des „Spiegel"-Redakteurs Ahlers waren 31 Strafanzeigen gegen ihn gestellt worden.[41]) Auf Antrag der Bonner Oberstaatsanwaltschaft hob der Bundestag im Dezember 1963 die Immunität von Strauß auf, um ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Freiheitsberaubung im Amt und der Amtsanmaßung zu ermöglichen. Nach neunmonatigem Tauziehen und erst nachdem der nordrhein-westfälische Justizminister Sträter eine ultimative Aufforderung an ihn gerichtet hatte, erschien Strauß zu einer

34) „Handelsblatt" vom 12. 10. 1964.
35) „Frankfurter Rundschau" vom 11. 11. 1964.
36) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 10. 4. 1965.
37) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 6. 9. 1965.
38) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 19. 7. 1966.
39) „Frankfurter Rundschau" vom 22. 1. 1965.
40) Südwestfunk, 14. 8. 1966.
41) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 4. 6. 1965.

Vernehmung vor dem Amtsrichter.[42]) Im Juni 1965 wurde das Ermittlungsverfahren gegen ihn mangels ausreichenden Tatverdachts hinsichtlich der subjektiven Seite eingestellt. Bejaht wurde allerdings der objektive Tatbestand der Amtsanmaßung und Freiheitsberaubung. Das bedeutete, daß Strauß zwar rechtswidrig gehandelt hatte, sich dessen nach Meinung der Justiz aber nicht bewußt gewesen war.[43])

Nach seiner Entlassung als Bundesverteidigungsminister zog sich der CSU-Vorsitzende nicht vom Feld des politischen Kampfes zurück. Er verstand es, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Viermal hielt er während der vergangenen vier Jahre programmatische Reden im Ausland. Die erste 1963 in Spanien, die zweite 1964 in den USA, die dritte 1965 in Frankreich und die vierte 1966 in Großbritannien.

Als entschieden war, daß Ludwig Erhard die Nachfolge Bundeskanzler Adenauers antreten werde, suchte Strauß den designierten neuen Regierungschef im Sommer 1963 mehrmals in dessen Wohnsitz am Tegernsee auf, um seine Vorstellungen über die künftige Außen- und Innenpolitik zu erläutern. Der CSU-Vorsitzende hatte — ebenso wie Adenauer — Bedenken gegen die Absicht der Vereinigten Staaten, nach der Unterzeichnung des Moskauer Atomteststop-Abkommens eine kontinuierliche Entspannungspolitik gegenüber dem Osten zu betreiben. Zwei Wochen nachdem Präsident Kennedy vor der UNO-Vollversammlung in New York seine „Strategie des Friedens" entwickelt und Vorschläge zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gemacht hatte, warnte Strauß am 6. Oktober 1963 auf einer Abschiedskundgebung der CSU für Adenauer in München vor Entspannung und friedlicher Koexistenz.[44]) Konrad Adenauer dankte Strauß und der CSU bei dieser Gelegenheit für ihre Unterstützung: „Lieber Herr Strauß, verehrter Herr Ministerpräsident, meine verehrte Versammlung, meine verehrten Damen und Herren! Ich glaube, Sie werden es mir etwas anmerken, daß ich gerührt bin durch alles das, was sich heute hier in diesem Saale ereignet hat. Ich bin wirklich sehr dadurch gerührt und werde mich aber schon zurechtfinden, meine Damen und Herren. Dann möchte ich zuerst doch feststellen, daß meine ganze Politik während der 14 Jahre getragen wurde von der Christlichen Demokratischen Union und der Christlich Sozialen Union. Und wenn einer heute die Verpflichtung in sich fühlt, Dank zu sagen, dann fühle ich diese Verpflichtung in mir." [45])

Damals, im Oktober 1963, trat der Konflikt zwischen Strauß und Schröder, der in der Folgezeit die politischen Auseinandersetzungen in Bonn weitgehend mitbestimmte, erstmals sichtbar zutage. Im Gegensatz zu dem CSU-Politiker vertrat der Bundesaußenminister nämlich die Ansicht, Entspannung sei notwendig und nützlich, weil sie die Teilung Deutschlands und Berlins zu überwinden oder wenigstens zu erleichtern vermöge.[46])

Der Konflikt berührte indes nicht die Grundlagen der Bonner Politik, sondern resultierte aus unterschiedlichen Auffassungen über die Methodik. Während Strauß gegenüber dem Osten einen permanenten politischen Frontalangriff befürwortete, plädierte Schröder — militärisch ausgedrückt — für die Aufsplitterung der Front mit anschließenden Umgehungsmanövern und aufeinanderfolgen-

42) „Rheinische Post" vom 23. 10. 1964.
43) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 4. 6. 1965.
44) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 7. 10. 1963.
45) Bayerischer Rundfunk, 6. 10. 1963.
46) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 7. 10. 1963.

den „Kesselschlachten". Er wollte dem entscheidenden politischen Gegner, nämlich der DDR, zunächst auf „Nebenkriegsschauplätzen" Niederlagen beibringen, ohne dabei das große Ziel aus den Augen zu verlieren. (Die neue Bundesregierung hat sich diese Taktik später zu eigen gemacht, als sie versuchte, Ulbricht in Bukarest zu „schlagen".) Inwieweit bei der Polemik des CSU-Vorsitzenden gegen Schröder auch persönliche Ressentiments eine Rolle gespielt haben, wird nie mit Sicherheit nachgewiesen werden können. Da Schröder sich in der „Spiegel"-Affäre zuungunsten von Strauß engagierte, liegen Motive auch dieser Art jedoch durchaus im Bereich des Möglichen.

Im April 1964 griff Strauß die — auf entsprechende Wünsche Washingtons zurückgehenden — Bemühungen Schröders um eine Annäherung an einzelne Hauptstädte im Osten dann zum erstenmal offen an. Auf einer CSU-Tagung in Münchberg warnte er vor intensiveren Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern, da sich daraus die Frage ergeben könnte, warum solche Beziehungen nicht auch zu Ostberlin aufgenommen würden.[47]) Ludwig Erhard, inzwischen Bundeskanzler geworden, ergriff Partei für Schröder. Strauß trug dem Regierungschef brieflich seine Bedenken vor. Bei einem anschließenden Gespräch in Tegernsee sicherte Erhard dem CSU-Vorsitzenden zu, eine „neue Politik" werde es nicht geben.[48])

Im Juni 1964 reiste Strauß in die USA, wo er kurz vor einem offiziellen Besuch Erhards in den Vereinigten Staaten in Chikago eine Rede hielt, mit der er abermals Front gegen Schröder machte und sich gegen dessen „Außenpolitik der Bewegung" wandte. Der ehemalige Verteidigungsminister sprach dabei von einer „pseudorealistischen Haltung", die unter Bewegung nichts anderes verstehen als die weitgehende Erfüllung der „geschickt verpackten Forderungen der kommunistischen Machthaber".[49]) In der amerikanischen Stadt Milwaukee verlangte Strauß kurz danach, der Westen solle gegenüber der Sowjetunion nicht Entspannungspolitik betreiben, sondern einen ständigen Druck auf sie ausüben, was, wie er hinzufügte, „logischerweise eine Politik der Spannung gegenüber Moskau bedeutet".[50])

Vier Tage vor einem Gespräch Bundeskanzler Erhards mit Staatspräsident de Gaulle in Paris veröffentlichte Strauß im Januar 1965 eine Erklärung, in der er eine Koordinierung der deutsch-französischen Politik als dringend erforderlich bezeichnete und verlangte, Frankreich solle die Interessen der Bundesrepublik im Osten vertreten.[51])

Vier Wochen vor einem Besuch de Gaulles in Bonn empfahl sich Strauß im Mai 1965 mit einer Rede in Paris erneut als Treuhänder der Zusammenarbeit mit Frankreich. Während die sogenannten deutschen Gaullisten Schröder vorwarfen, er lasse die Möglichkeiten des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages ungenutzt, rühmte Strauß in Paris diesen Vertrag als „Kristallisationskern" einer politischen Union Europas.[52]) Zuvor hatte er in einer Rede vor dem Bundestag gefordert: „Es ist brennend notwendig, daß Europa als zweiter Sprecher der freien Welt, koordiniert mit den USA, auftreten kann." [53])

---

47) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 20. 4. 1964.
48) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 21. 5. 1965.
49) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 11. 6. 1964.
50) „Frankfurter Rundschau" vom 13. 6. 1965.
51) „Frankfurter Rundschau" vom 16. 1. 1965.
52) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 20. 5. 1965.
53) „Frankfurter Rundschau" vom 17. 10. 1964.

Im Oktober 1966 äußerte Strauß in einem Illustrierten-Interview, er wäre freilich der Letzte, „der eine Unterwerfung von deutscher Seite unter de Gaulle befürworte". Im übrigen rechtfertige die amerikanische Politik keine „gehässige Kritik, etwa so, als würden uns die Amerikaner den Sowjets zum Fraß vorwerfen." [54])

Ähnlich wie de Gaulle empfahl Strauß im Oktober 1964, die Deutschlandfrage zu „europäisieren", aber er verstand darunter offenbar etwas anderes als der französische Staatspräsident. Die Wiedervereinigung, erläuterte er im Januar 1965, sei nur zu erreichen durch eine Veränderung des moralischen und physischen Kräfteverhältnisses in Europa.[55])

Im August 1966 äußerte Strauß die Ansicht, der souveräne Nationalstaat gehöre endgültig der Vergangenheit an. Er räumte der Veränderung der Verhältnisse im anderen Teil Deutschlands den Vorrang vor der Wiedervereinigung ein. „Wenn die deutsche Frage gelöst werden soll, dann kann sie nur so gelöst werden, daß e i n deutscher Staat, er mag aussehen wie er will, in eine europäische Architektur eingebettet wird, damit es nicht mehr das Problem einer europäischen Zentralmacht gibt, deren Schaffung weder unsere Nachbarn im Westen, noch unsere Nachbarn im Osten jemals gewünscht haben oder etwa heute wünschen würden. Deshalb ist der geschichtlich-gedanklich einzig mögliche Ansatz, Deutschland — wenn möglich — in der Form eines einzigen Staates in eine solche Architektur einzubetten. Und hier entsteht eben die alte Frage: geht es uns um Freiheit und Einheit für die Menschen drüben, oder wären wir bereit, wenn es die Möglichkeit gibt, die Freiheit vor der Einheit in Kauf zu nehmen, oder richtiger gesagt, zu verwirklichen? [56])

Im Oktober 1966 meinte er, nicht Gespräche zwischen Vertretern beider Teile Deutschlands führten zur Wiedervereinigung, sondern nur eine wirtschaftliche und machtpolitische Stärkung der Bundesrepublik und Europas.[57]) Herbert Wehners Vorschlag für eine Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Ost- und Westdeutschland nannte der CSU-Vorsitzende ein „Vorhaben von gespenstischer Irrealität".[58]) Die Forderung des SPD-Vorsitzenden Brandt, die Deutschen sollten sich Gedanken über die Grundzüge eines Friedensvertrages machen, bezeichnete er im September 1965 als „selbstmörderischen Gedanken".[59]) Brandts Politik der „kleinen Schritte" in der Deutschlandpolitik nannte Strauß „leichtfertig".[60]) Auch gesamtdeutsche technische Kommissionen lehnt der frühere Verteidigungsminister als Mittel der Annäherung zwischen beiden deutschen Teilstaaten ab.[61]) Die Hallsteindoktrin sollte nach seiner Meinung beibehalten [62]) und die Oder-Neiße-Grenze nicht anerkannt werden [63]), obwohl er selbst nicht glaubt, wie er am 16. September 1965 auf einer Pressekonferenz in München sagte, „daß die westlichen Verbündeten für die Grenzen von 1937 in den Krieg ziehen oder überhaupt übermäßige Belastungen auf sich nehmen werden".[64])

54) „Frankfurter Rundschau" vom 15. 10. 1966.
55) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 30. 1. 1965.
56) Südwestfunk, 14. 8. 1966.
57) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 17. 10. 1966.
58) „Frankfurter Rundschau" vom 20. 10. 1966.
59) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 3. 9. 1965.
60) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 14. 1. 1965.
61) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 12. 4. 1965.
62) „Die Welt" vom 27. 5. 1965.
63) „Frankfurter Rundschau" vom 3. 6. 1965.
64) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 15. 9. 1965.

IV

Begreiflicherweise hat Strauß nach seinem Ausscheiden als Bundesverteidigungsminister militärpolitischen Problemen und Fragen der atomaren Bewaffnung auch weiterhin besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Seine Konzeption entwickelte er im Juni 1963 in einer Rede vor dem katholisch-konservativen „Europäischen Informationszentrum" im Escorial bei Madrid in Spanien. Danach muß Europa auf dem Gebiet der atomaren Ausrüstung zum gleichberechtigten Partner der USA in einer atlantischen Gemeinschaft werden. Strauß verlangte zu diesem Zweck die Zusammenfassung des britischen und des französischen Kernwaffenpotentials zu einem „europäischen Pool".[65])

Drei Jahre später, im Juni 1966, erweiterte der CSU-Vorsitzende diese Idee. In einer Rede vor dem Club für auswärtige Angelegenheiten in London verlangte er einen „britisch-französisch-deutschen Atompool", der die Grundlage für eine europäische Verteidigungsorganisation bilden und Europa näher an die militärische Gleichberechtigung mit den USA heranbringen sollte.[66]) Gefragt, ob er glaube, daß de Gaulle die Benutzung der „force de frappe" als europäische Atomstreitmacht erlauben werde, erwiderte Strauß im Juni 1965, er wisse, daß der französische Staatspräsident „noch nicht so weit" sei wie er. Er glaube aber, daß das Frankreich von morgen seine europäische Rolle spielen werde.[67])

Über die Idee einer europäischen Atomstreitmacht meinte Strauß am 14. August 1966 im Südwestfunk: „Es geht nicht darum, den Schutz durch die USA aufzuheben, sondern es geht darum, die europäische Eigenverantwortlichkeit für die eigene Sicherheit wieder stärker herauszustellen. Wir haben nicht die Absicht oder die Aufgabe, den Aufbau der force de frappe zu unterstützen, um eine nationale französische Waffe zu erhalten. Aber ich glaube, daß die französische Atomwaffe, am besten in Verbindung mit der britischen, wenn das akut wäre, die Grundlage für eine spätere europäische Atommacht sein könnte. Diese europäische Atommacht kann aber natürlich erst dann ins Leben gerufen werden, wenn es eine europäische Autorität gibt, der sie unterstellt werden kann."

Zum Moskauer Atomteststop-Abkommen von 1963 nahm der CSU-Vorsitzende eine scharf ablehnende Haltung ein. Mit diesem Abkommen hat der Westen nach seinen Worten „nichts erreicht, aber alles gegeben".[68]) Strauß opponierte auch von Anbeginn an gegen den amerikanischen Vertragsentwurf für ein internationales Abkommen gegen die Weiterverbreitung von Kernwaffen. Bei einem Vortrag in Düsseldorf sagte er 1965, dieser Vorschlag solle den atomaren Habenichtsen verbieten, anderen Staaten irgendwelche Hilfe bei der Herstellung atomarer Waffen zu gewähren.[69])

Entsprechend seiner Vorstellung von einer stärkeren Rolle „Europas" in der westlichen Militärstrategie befürwortete Strauß in den vergangenen Jahren immer wieder eine Reform der NATO. Beim politischen Aschermittwoch der CSU 1966 in Vilshofen erklärte er, die gegenwärtige Organisation der NATO mit einer amerikanischen Supermacht und „europäischen Zwergen" sei auf die Dauer nicht haltbar.[70]) Nach Meinung des CSU-Vorsitzenden brauchten nur wenige Amerikaner in Europa zu bleiben, um die Kernwaffen zu verwahren. In einer

65) „Frankfurter Rundschau" vom 10. 6. 1963.
66) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 18. 6. 1966.
67) „Frankfurter Rundschau" vom 3. 6. 1965.
68) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 13. 8. 1963.
69) „Frankfurter Rundschau" vom 9. 10. 1965.
70) „Frankfurter Rundschau" vom 24. 2. 1966.

US-Zeitschrift sagte er im April 1966, er stehe seit Jahren auf dem Standpunkt, „daß Europa einen großen Teil der Verteidigungslasten von den Schultern der Vereinigten Staaten nehmen könne". Strauß deutete die Möglichkeit an, daß die Westeuropäer eine oder zwei amerikanische Divisionen mit taktischen Atomwaffen ersetzen könnten.[71]) Im Oktober 1966 sagte er, man sollte nicht beim Abzug jedes US-Bataillons aus der Bundesrepublik düstere Untergangsvisionen malen.[72])

Worauf es Strauß bei seiner gesamten Politik ankommt, erläuterte er im August 1966 in der Zeitschrift der Jungen Union, „Die Entscheidung": „Die politische Behandlung der Deutschen steht in einem grotesken Mißverhältnis zu der wirtlichen Kraft der Deutschen." Es wachse die durchaus vernünftige Stimmung, die eigenen nationalen Interessen in der Politik genau so kräftig in die Waagschale zu werfen, wie das andere täten.[73])

Die Zeitschrift der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, „Der Arbeitgeber", am 20. April 1966 zum gleichen Thema: „Alle Beteuerungen, alle Beschönigungen nützen nichts — innerhalb Europas (und nicht nur hier) sind wir in eine Rolle gerutscht, die kaum noch in einem Verhältnis vor allem zu den finanziellen Leistungen steht, mit denen wir das europäische Wohlverhalten der Nationen in unserer Nachbarschaft bezahlen sollen."

Im NPD-Organ „Deutsche Nachrichten" vom 24. 2. 1967 (Beilage) hieß es: „Wirtschaftlich ist die Bundesrepublik eine Weltmacht, doch politisch ist sie ein Nichts, ein Spielball der Interessen fremder Mächte. Die freie Welt wird Deutschland nur ernst nehmen, wenn wir in Würde und Selbstachtung eine eigene Politik treiben, wie sie jede andere Nation an unserer Stelle betreiben würde."

Was Strauß unter einer national betonten deutschen Politik versteht, schilderte er im August 1966 in einem Rundfunktinterview mit folgenden Worten: „Ich habe die Auffassung gewonnen, daß die Einheit unserer Nation im Sinne eines Zusammengehörigkeitsgefühles, die Stellung der Bundesrepublik in der Welt, nicht nur ihre wirtschaftliche, auch ihre politische Stellung, nur dann gewahrt werden können, wenn unsere Politik, ohne sich über die Schuld der Vergangenheit im unklaren zu sein, wieder mehr auf die nationalen Werte und die nationalen Rechte besinnt. Ich bin zweitens der Auffassung, daß der souveräne Nationalstaat, etwa in der Ausprägung des 19. Jahrhunderts, endgültig der Vergangenheit angehört, weil alle europäischen Nationen in ihrer Potenz, in ihrer Kraft, in ihren personellen, wirtschaftlichen, technischen Möglichkeiten so begrenzt sind, daß sie mit den Staaten kontinentaler Größenordnung wie einerseits USA, andererseits Sowjetunion, und eines Tages wohl auch China, nicht Schritt zu halten vermögen. Darum eine europäische Politik. Ich bin weiterhin der Auffassung, daß die Verbindung Amerika—Europa eine Lebenslinie der freien Welt ist. Die Frage ist nicht: mit Amerika oder ohne Amerika, die Frage ist, wie mit Amerika zusammen. Darum atlantische Absicherung. Schließlich muß sich hier die Ostpolitik den gegebenen Verhältnissen und vor allen Dingen den zu erwartenden oder den herbeizuführenden Entwicklungsmöglichkeiten anpassen. Ich meine damit nicht etwa Anerkennung nach sowjetischem Wunsch der angeblichen Existenz zweier deutscher Staaten, aber ich meine damit, daß wir alle Mittel aufbieten müssen, um in den Ostraum hineinzuwirken. Hier zeigt sich ja

71) „Frankfurter Rundschau" vom 12. 4. 1966.
72) „Frankfurter Rundschau" vom 15. 10. 1966.
73) nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 5. 8. 1966.

wieder die innere Verflechtung aller Gesichtspunkte. Eine solche Politik braucht die Rückendeckung durch Amerika, eine solche Politik braucht aber vor allen Dingen die politisch-moralische Absicherung und Vertretung durch Frankreich." [74])

Zur Diskussion um die Frage der deutschen Schuld am Zweiten Weltkrieg sagte der CSU-Vorsitzende im Januar 1965 in der mittelfränkischen Stadt Gunzenhausen: „Wir sollten die systematische Diffamierung des deutschen Volkes mit aller Entschiedenheit bekämpfen." Hitlers Einmarsch in Polen wäre schließlich nicht denkbar geworden ohne die Haltung Großbritanniens, das Hitler in seinem Wahn bestärkt habe, es werde Polen im Ernstfall nicht beistehen.[75])

Zu den Prozessen wegen NS-Verbrechen nimmt Strauß eine ähnliche Haltung ein. Auf einer Kundgebung in Simbach im Kreis Eggenfelden sagte er im September 1964, nicht nur Deutsche sollten vor Gericht gestellt werden, sondern auch andere, die ebenfalls während des Krieges Verbrechen begangen hätten. Das meiste Geschäft mit der Verzerrung und Verdrehung des Geschichtsbildes mache der Kommunismus.[76])

Dementsprechend wandte der CSU-Vorsitzende sich auch dagegen, die Verjährungsfrist für nationalsozialistische Mordtaten um fünf Jahre bis Ende 1969 zu verlängern. Bevor das Parlament einen entsprechenden Beschluß faßte, erklärte Strauß im Februar 1965 in Garmisch-Partenkirchen, mit einer solchen Verlängerung würde getan, „als ob nur die Deutschen allein Kriegsverbrechen begangen hätten".[77])

Bestimmte Töne in den Reden von Strauß veranlaßten Bundeskanzler Erhard, im August 1964 in einem Rundfunkinterview vor einem drohenden bayerischen Nationalismus zu warnen. Er habe die Befürchtung, sagte der, daß sich unter dem Feigenblatt einer konservativen Politik wieder starke nationalistische Strömungen entwickeln könnten. Strauß tadelte Erhard wegen dieser Äußerung und meinte, er werde auch künftig nicht aus purer Loyalität den Mund halten, wenn er mit der Bundesregierung nicht übereinstimme.[78])

Es ist übrigens bemerkenswert, daß der CSU-Vorsitzende es bereits im November 1963, unmittelbar nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Erhard, für notwendig erachtete zu erklären, es sei völlig abwegig zu glauben, daß er persönlich gegen Erhard opponiere.[79]) Indes scheint das Verhältnis der beiden Männer zueinander nicht ganz ungetrübt gewesen zu sein, obwohl die CSU sich für Erhard als Nachfolger Konrad Adenauers eingesetzt hatte.

Während der Kabinettsbildung in Bonn nach den Bundestagswahlen von 1965 wurde berichtet, Strauß suche Erhard unter Druck zu setzen. Er verlange, so hieß es damals, die Ablösung Schröders als Außenminister und habe als neuen Kandidaten für dieses Amt den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kiesinger vorgeschlagen.[80]) Die CSU dementierte zwar, daß sie mit einer Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU gedroht habe, aber nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen verstärkte sich 1966 der Eindruck, als betrachte Strauß Ludwig Erhard nicht länger als geeigneten Regierungschef. In

74) Südwestfunk, 14. 8. 1966.
75) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 11. 1. 1965.
76) „Der Spiegel" vom 2. 9. 1964.
77) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 8. 2. 1965.
78) „Frankfurter Rundschau" vom 28. 8. 1964.
79) „Frankfurter Rundschau" vom 18. 11. 1963.
80) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 9. 10. 1965.

der Unionsfraktion kam es zu einer Rebellion mehrerer jüngerer Abgeordneter. Sie verlangten die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die sachliche und personelle Alternativen zur Regierung vorschlagen solle. In Berichten aus Bonn hieß es tags darauf: „Hinter dem Antrag vermutet die Mehrheit der Fraktion die Hand des CSU-Vorsitzenden Strauß." [81])

Am 14. September 1966 schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung": „Seit kurzem ist eindeutig klar, was bisher nur als Spekulation gelten konnte: daß mit Kabinettsumbildung vor allem der Eintritt des CSU-Vorsitzenden Strauß in die Regierung gemeint ist. Strauß selbst scheint nun den Eintritt ins Kabinet zu wünschen. Seine Kandidatur wird in der Fraktion vor allem von einigen der Industrie nahestehenden Abgeordneten wie Stein und Pohle betrieben." (Gustav Stein ist geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Dr. Wolfgang Pohle geschäftsführender Gesellschafter der Friedrich Flick KG.)

An dieser Stelle sei ein Vorgang in Erinnerung gerufen, der in jene Zeit fällt, als Franz Josef Strauß nach dem Verlust des Ministeramtes auf dem Tiefpunkt seiner politischen Laufbahn angelangt war. Damals, Ende 1962, als Strauß keine Freunde mehr zu haben schien, rühmte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Fritz Berg, die Verdienste des zurückgetretenen Ministers. Im Beisein von Strauß dankte Berg dem CSU-Vorsitzenden auf einer Unternehmerversammlung in Hagen für seine Leistungen als Minister und Politiker. Die deutsche Industrie, so sagte Berg, habe zwar nie an Rüstungsfieber gelitten, aber es sei richtig, daß es für jede moderne Volkswirtschaft ein Mindestmaß an Rüstungsaufträgen geben müsse, weil sie sonst beim technischen Fortschritt hintan bleiben würde.[82]) Eine unbedeutende Äußerung? Vielleicht — aber sie ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert.

Doch wieder zurück nach Bonn. Im September 1966, als die Frage einer Kabinettsumbildung aktuell war, schrieb eine große deutsche Tageszeitung: „Zwischen Erhard und Strauß herrscht offenkundig eine tiefe Verstimmung." [83]) Einen Monat später, Anfang Oktober 1966, versicherte der CSU-Vorsitzende jedoch dem Regierungschef auf einer öffentlichen Kundgebung seiner Partei in München: „Wir gehen nicht nach Bonn, Herr Bundeskanzler, um Ihnen Schwierigkeiten zu machen, sondern um unseren besten Teil zu leisten." [84])

Ein sibyllinischer Satz. Kurz danach sagte der FDP-Vorsitzende und damalige Vizekanzler Mende, Strauß, der Atomminister und Verteidigungsminister gewesen sei und jetzt als künftiger Außenminister, Finanzminister, Wirtschaftsminister oder gar als ‚Überminister' genannt werde, „dieser Strauß wird mir allmählich unheimlich mit seinen Forderungen." [85])

Zur gleichen Zeit meinte der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wehner, Strauß sollte nicht als „zentrale Figur" angesehen werden. Immerhin sei nicht aus der Welt geschafft, daß „Herr Strauß als Minister dem Bundestag die Unwahrheit gesagt hat".[86])

---

81) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 15. 9. 1966.
82) „Deutsche Zeitung" vom 12. 12. 1962.
83) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 14. 9. 1966.
84) „Die Zeit" vom 24. 10. 1966.
85) „Die Welt" vom 14. 10. 1966.
86) dpa, 11. 10. 1966.

Am 27. Oktober 1966 brach die CDU/CSU-FDP-Koalition in Bonn auseinander. Der Bundeskanzler hatte keine Mehrheit mehr im Parlament. Zwei Wochen später sagte Strauß in Feuchtwangen, es würde die Verdienste Erhards nicht abwerten, wenn er das Regierungssteuer jetzt härteren Händen übergäbe.[87]) Der CSU-Bezirksvorstand Oberfranken verlangte, Strauß solle Bundeskanzler werden. Das sei nicht der Ruf nach dem starken Mann, sondern nach dem fähigsten Mann. Der CSU-Vorsitzende meinte jedoch, er habe absolut kein Interesse an einem Ministeramt in Bonn.[88])

V

Am 9. November 1966 entschied sich der CSU-Vorstand in München für Kurt Georg Kiesinger als Kanzlerkandidat. Tags darauf traf die Gesamtfraktion der CDU/CSU in Bonn mit Mehrheit dieselbe Entscheidung. Am 11. November konnte Strauß auf einer Wahlversammlung seiner Partei in Landshut berichten, er habe ein vor zwei Wochen gegebenes Wort eingelöst, daß die CSU in Bonn eine Änderung herbeiführen werde.[89])

Kiesinger dankte Strauß zwei Tage später auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Würzburg. „Treue um Treue", rief er aus und kündigte an, der CSU-Vorsitzende werde in einem von ihm — Kiesinger — geleiteten Kabinett einen sicheren Platz haben.[90]) In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" warnte Jürgen Tern den baden-württembergischen Ministerpräsidenten. Er schrieb: „Wenn Kiesinger Erfolg haben will, könnte ihm das nur aus eigenem Vermögen gelingen, nicht aber als Vorschaltkanzler und Rehabilitierungsvehikel für Strauß." [91])

Unterdessen machte der CSU-Vorsitzende seine Rechnung mit den Freien Demokraten. Er verlangte ein Zusammengehen der Unionsparteien mit den Sozialdemokraten, um dem „andauernden Opportunismus und dem parteitaktischen Manipulieren" der FDP ein Ende zu bereiten. Auf einer Wahlversammlung in Würzburg sagte er, eine starke Gruppe in der SPD habe verhindert, daß die SPD ein Angebot der FDP angenommen und auf diesem „schäbigen Weg" Brandt zum Bundeskanzler gemacht habe.[92]) Nur mit der Zweidrittelmehrheit einer Großen Koalition, erklärte Strauß, könnten die Finanzen in Ordnung gebracht sowie die Stabilisierungs- und Notstandsgesetze verabschiedet werden.[93])

Nach Meinung des früheren FDP-Bundesfinanzministers Starke war die Koalitionskrise „alleinige Schuld" von Barzel und Strauß. Es sei ihr Ziel gewesen, Erhard zu stürzen. Strauß habe sich mit Barzel verbündet, um die Krise anzuheizen.[94]) Noch bevor der Wunsch von Strauß nach einer Großen Koalition in Erfüllung ging, bescheinigte der „Rheinische Merkur" dem CSU-Vorsitzenden am 18. November 1966: „Strauß hat in der Kanzlerkrise glänzend taktiert."

Fast auf den Tag genau vier Jahre nach seinem Sturz als Verteidigungsminister wurde Strauß wieder Minister in Bonn. Zwei Wochen vorher hatte Theo Sommer am 18. November 1966 in der Wochenzeitung „Die Zeit" geschrieben, man solle Strauß die Fähigkeit zur Einsicht und Besserung nicht absprechen. Er müsse sich

---

87) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 7. 11. 1966.
88) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 7. 11. 1966.
89) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 12. 11. 1966.
90) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 14. 11. 1966.
91) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 19. 11. 1966.
92) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 14. 11. 1966.
93) „Die Welt" vom 23. 11. 1966.
94) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 1. 11. 1966.

bloß gefallen lassen, daß ein jeder ihm auf die Finger schaue, sobald er wieder zu Amt und Würden gelange, und daß man sehr genau danach frage, welche Politik er eigentlich vertritt. Seine Aufnahme in jedwedes Kabinett komme dem Einbau einer Sprengkapsel gleich.

Bereits in der folgenden Ausgabe veröffentlichte „Die Zeit" eine unverhüllte Warnung vor Strauß: „Franz Josef Strauß, so hat man in der letzten Zeit immer wieder gehört, sei maßvoll, zurückhaltend geworden. Seit seinem Sturz in der ‚Spiegel'-Affäre sei er in sich gegangen und habe seinem krachledernen Temperament Zügel angelegt. Ein neuer Strauß wurde der staunenden Menge präsentiert, ohne Scheitel, mit Messerschnitt, besonnen und noch klüger. Bare Münze?", fragte „Die Zeit". Als Antwort verwies sie auf die Stellungnahme des CSU-Vorsitzenden zum Ausgang der Landtagswahl in Bayern, bei der die FDP am 20. November 1966 von der NPD aus dem Landesparlament verdrängt wurde. „Die Reaktion der Öffentlichkeit auf das Auftreten der NPD sei ‚die Antwort auf die jahrelange Verhöhnung und Verspottung der Bundesrepublik, die Antwort auf die jahrelange Methode, alles, was deutsch ist und was national heißt, in den Dreck zu ziehen'. Wohlgemerkt — das stammt nicht von Thielen, nicht von Thadden. Strauß sprach so und tat die eindeutige Distanzierung seines Partei-Generalsekretärs Jaumann von Gesprächen mit den Nationaldemokraten als dessen ‚persönliche Meinung' ab. — Nein, es gibt keinen neuen Strauß. Es gibt nur den alten: den Politiker, dessen Opportunismus keine Grenzen kennt. Deutschland zwanzig Jahre lang verhöhnt? Daß er hier mit der NPD an einem Strang zieht, beweist nur: Strauß hat nichts hinzugelernt." [95])

„An nationalen Tönen gebrach es Strauß nicht in jener Nacht, die der NPD ihren bisher spektakulärsten Erfolg gebracht hat", fand auch der „Münchner Merkur". Das Blatt fuhr fort: „Straußens Analyse in Kurzform: ‚Wir sind die Deppen der Welt. Zwischen uns und dem berühmten Kompaniedeppen besteht nur ein Unterschied. Der Kompaniedepp holt das Bier und bekommt dafür eine Brotzeit. Wir holen das Bier und zahlen die Brotzeit." [96])

(Die NPD hat das Wort von den „Deppen der Welt" inzwischen aufgegriffen und hält unter dem Motto „Sind wir die Deppen der Welt?" öffentliche Versammlungen ab. Der Bezirksbeauftragte der NPD von Mittelbaden, Hubert von Portatius, stellte seine Rede in der ersten Großveranstaltung des Kreisverbandes Kirchheimbolanden in Eisenberg unter dieses Leitwort.) [97])

Kurz bevor Strauß zusammen mit den anderen Mitgliedern des Kabinetts der Großen Koalition vor dem Bundestag als Bundesfinanzminister vereidigt wurde, erschien in der „Kölnischen Rundschau" ein Artikel von Strauß, aus dem hervorgeht, daß der CSU-Vorsitzende das Aufkommen der NPD nicht auf Fehler und Versäumnisse der politisch Verantwortlichen in Bonn zurückführt, sondern auf die Kritik an diesen Fehlern. Man dürfe nicht übersehen, meinte er, daß das Verhalten mancher Wähler die Reaktion auf gewisse Vorgänge innerhalb der Bundesrepublik darstelle. „Ich darf nur an die miserable Selbstdarstellung der Bundesrepublik durch einen großen Teil ihrer Massenmedien erinnern." [98])

In der Schweiz wurden um diese Zeit Befürchtungen laut, der Eintritt von Strauß in die Bundesregierung könne zu einer Gefahr für die demokratische Glaub-

[95]) „Die Zeit" vom 25. 11. 1966.
[96]) „Münchner Merkur" vom 22. 11. 1966.
[97]) „Deutsche Nachrichten" vom 24. 3. 1967.
[98]) nach „Frankfurter Rundschau" vom 1. 12. 1966.

würdigkeit der Bundesrepublik werden. „Anlaß zu dieser Befürchtung", so berichtete die „Frankfurter Allgemeine", „geben Nachrichten, wonach die CSU ihre Wahlpropaganda (in Bayern) überwiegend gegen die FDP gerichtet, die NPD aber geschont, wenn nicht gar begünstigt habe." [99]) Bei diesen Nachrichten handelt es sich offenbar unter anderem um die Mitteilung des FDP-Pressedienstes, ein CSU-Kandidat habe während der Bayernwahl im Stimmkreis Kempten erklärt, falls sich ein Wähler schon nicht für die CSU erwärmen könne, dann sei es immer noch besser, die NPD statt der FDP zu wählen, damit die Freien Demokraten vom Landtag ausgeschlossen würden.[100])

Auch in der Bundesrepublik wurde der Wiedereintritt von Franz Josef Strauß in die Bundesregierung von weiten Kreisen der Öffentlichkeit mit Besorgnis zur Kenntnis genommen. So erklärte zum Beispiel der Landesausschuß der bayerischen SPD in einem Kommuniqué: „Die Bedenken der bayerischen SPD gegen Franz Josef Strauß sind mit dem Eintritt von Strauß in das Kabinett nicht behoben." [101]) Bei der Bundestagsfraktion der SPD waren die Widerstände gegen eine Koalition mit der CDU/CSU im allgemeinen und gegen eine Regierungsgemeinschaft mit Strauß im besonderen noch in letzter Stunde sehr stark. In der nächtlichen Sitzung der Fraktion vor der Vereidigung des Kabinetts hatten sich 126 Abgeordnete für die Große Koalition ausgesprochen, 53 hatten gegen sie gestimmt (also weit mehr als ein Drittel), dazu kamen einige Enthaltungen. In der CDU/CSU-Fraktion war die Bereitschaft zur Großen Koalition weitaus stärker. Hier wurden nur 27 Gegenstimmen bei 15 Enthaltungen gezählt.[102])

Im „Bayern-Kurier", der Strauß als „eine der Säulen der neuen Bundesregierung" und als eine „Zentralfigur der deutschen Politik" [103]) rühmte, wurde die Große Koalition als „bestmögliche Regierung" bezeichnet. Was Kiesinger eingeleitet habe, mute „fast wie ein zweites deutsches Wunder" an. Die beiden „Großparteien", so erklärte das Blatt, seien „durch ihr unumgänglich gewordenes gemeinsames Wagnis zum Erfolg und zum Anstand, zur gegenseitigen Loyalität verurteilt. Die Sozialdemokraten nehmen Abschied von Illusionen und Redensarten." Von den Unionsparteien hieß es, die Regierungskrise habe in ihren Reihen „den Prozeß der Korrektur liebgewordener, aber überholter Vorstellungen von manchen Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der deutschen Politik gefördert".[104])

Knapp vier Monate nach der Amtsübernahme der neuen Bundesregierung fehlte in einer Rückschau des „Bayern-Kuriers", der vom CSU-Vorsitzenden Strauß herausgegeben wird, der Hinweis auf die Korrektur liebgewordener Vorstellungen bei den Unionsparteien. Die Zeitung schrieb: „Die Große Koalition in Bonn wurde möglich, da die Sozialdemokratie des Jahres 1966 mit der der Jahre 1949, 1953 und auch 1957 nicht mehr allzu viel gemein hat. Die Unionsparteien konnten daher, nach der Wandlung der SPD ... ohne Aufgabe ihrer Grundsätze zur Großen Koalition bereit sein." [105])

Der Eindruck, daß die neue Regierung hauptsächlich auf Kosten sozialdemokratischer Vorstellungen zustandegekommen war, drängte sich indes bereits unmittelbar nach der Konstituierung des Kabinetts Kiesinger auf, denn der „Bayern-

99) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 22. 11. 1966.
100) „Frankfurter Rundschau" vom 18. 11. 1966.
101) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 5. 12. 1966.
102) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 2. 12. 1966.
103) ap, 7. 12. 1966.
104) „Bayernkurier" vom 17. 12. 1966.
105) „Bayernkurier" vom 25. 3. 1967.

Kurier" vermerkte damals: „Für den Bundesfinanzminister wird es sicher eine Genugtuung sein, daß sich der Regierungschef Ansichten zu eigen machte, die Strauß seit geraumer Zeit und ohne Rücksicht auf Popularität landauf und landab gepredigt hatte." [106]) Prüfstein der Koalition, erklärte das CSU-Organ, werde die vom Kanzler geforderte „nationale und rationale Disziplin der Sozialpartner" sein. In der Außen- und Deutschlandpolitik, fuhr das Blatt fort, „stellen wir mit Genugtuung die Züge einer Konzeption fest, wie sie von Strauß in seinem ‚Großen Entwurf' (gemeint ist das Buch „Entwurf für Europa" — englischer Titel „Grand Design") entwickelt worden ist." (Strauß war mit diesem Buch als einziger deutscher Politiker im Osterangebot der Münchner Versandbuchhandlung Damm Verlag GmbH. vertreten, das im NPD-Partei-Organ „Deutsche Nachrichten" den nationalen Lesern dieses Blattes empfohlen wurde. Der Begleittext lautete: „Der Politiker legt hier sein Konzept zur Europäisierung der deutschen Frage auf den Tisch und versucht, einen Weg aus der Entschluß- und Tatenlosigkeit unserer bisherigen Außenpolitik zu zeigen." [107])

Eine gewisse Modifizierung der Argumente erfolgte auch im Hinblick auf die zeitliche Dauer der Großen Koalition. Während Strauß im Dezember 1966 noch erklärte, die „Regierung der nationalen Disziplin" sei lediglich für eine „schöpferische Übergangszeit ins Leben gerufen" [108]) — („Die Große Koalition ist ein Zweckverband auf Zeit. Hat sie einmal ihren Zweck erfüllt, geht sie auseinander") [109]) —, meinte er Anfang April 1967: „Überhaupt kein vernünftiger Politiker wird sagen, daß die Große Koalition 1969 um jeden Preis zu Ende gehen muß." [110])

Strauß stellte sich damit in Gegensatz zu Bundeskanzler Kiesinger, der in seinem ersten Zeitungsinterview nach der Amtsübernahme in Bonn erklärte, die Regierungsparteien hätten verabredet, die Große Koalition nicht zu einer Dauereinrichtung werden zu lassen. Er sei zuversichtlich, sagte Kiesinger, daß die Große Koalition bis 1969, also bis zur nächsten Bundestagswahl, beisammenbleiben werde. „Ebenso sicher stellte er aber in Aussicht, daß sie danach aufgelöst werde." [111])

VI

Wie recht Theo Sommer mit seiner Feststellung hatte, die Aufnahme von Strauß in jedwedes Kabinett komme dem Einbau einer Sprengkapsel gleich, zeigte alsbald die Diskussion um den Atomwaffensperrvertrag, bei der Strauß nicht ohne Erfolg versuchte, das Kabinett auf seine Linie festzulegen. Die „Frankfurter Allgemeine" registrierte am 11. März 1967: „Es zeigt sich eine offenkundig negative Grundstimmung der CSU zum Atomsperrvertrag." In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der CSU richtete Strauß einen Brief mit der kategorischen Mitteilung an Kiesinger, er werde den Vertrag in der vorliegenden Form nicht unterschreiben, sondern „mit allen demokratischen Mitteln" gegen ihn kämpfen.[112])

Während eines Besuches von Premierminister Wilson in Bonn kam es im Palais Schaumburg zu einem Wortgefecht zwischen Strauß und dem britischen Gast.

106) „Bayernkurier" vom 17. 12. 1966.
107) „Deutsche Nachrichten" vom 24. 2. 1967.
108) „Bayernkurier" vom 1. 1. 1967.
109) „Frankfurter Rundschau" vom 2. 12. 1966.
110) ap, 9. 4. 1967.
111) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 6. 12. 1966.
112) „Der Spiegel" vom 20. 2. 1967.

„Die Röte eines beginnenden Rausches im Gesicht, schleuderte der hitzige Bajuware dem kalten Briten seine Meinung über den Atomsperrvertrag entgegen: ‚Ich bin ein Feind dieses Vertrages. Und ich kann Ihnen sagen, ich werde kämpfen dagegen'." Strauß sprach von einer Vergewaltigung der atomaren Habenichtse, von einer Mißachtung der nationalen Souveränität, einem Diktat. „Das ist ein neues Versailles, und zwar eines von kosmischen Ausmaßen." [113])

Um was es Strauß und anderen Unionspolitikern bei ihrem Widerstand gegen den Atomwaffensperrvertrag ging, war unschwer zu erraten: sie wollten sich eine Tür für eine spätere europäische Atomstreitmacht offenhalten.[114]) Möglicherweise waren auch noch viel weiter reichende Überlegungen im Spiel, nämlich der Wunsch, „irgendwie selbst über Atomwaffen zu verfügen", wie der „Bayern-Kurier" schrieb. Der betreffende Aufsatz, von dessen Autor „Syrus" es heißt, er gelte als Strauß sehr nahestehend [115]), erregte beträchtliches Aufsehen und wurde von der CSU als die Wiedergabe von Ansichten ausländischer Experten verharmlost. Strauß selbst erklärte vor dem Verein der Auslandspresse in Bonn, er bejahe die Ziele des Sperrvertrages und lehne „nationalen Besitz" atomarer Waffen „nach wie vor ab".[116]) Von dem „Syrus"-Artikel distanzierte sich Strauß gleichwohl nicht. Hier die entscheidende Passage: „Die nukleare Garantie ist durch das übermäßige Risiko der atomaren Garantiemächte für ihre nationale Substanz relativiert worden. Das hat kein deutscher Theoretiker entdeckt; einige Deutsche haben es lediglich — unter anderen — von General Taylor, von McNamara und aus Marschall Sokolowskys Buch über moderne Strategie gelernt. In dieser — nicht von Deutschen erfundenen und auch von den Franzosen Gallois und Beauffre, Mendes-France und de Gaulle nur nachempfundenen — sicherheitspolitischen Logik der Zukunft liegt es, daß die Bundesrepublik (besonders exponiert gelegen und als konventioneller Kriegsschauplatz total verwundbar) entweder irgendwie selbst über Atomwaffen verfügen oder in einem sicherheitspolitischen Gebilde aufgehen müßte, das über Kernwaffen verfügt. Die atlantische Allianz — ein Bündnis von nichtatomaren Partnern mit einer nuklearen Supermacht und zwei kleineren Atommächten — ist in ihrer gegenwärtigen Verfassung ein solches Gebilde nicht; sie müßte zu einer Verbindung von nuklearen Regionalstrukturen reformiert werden, von denen eine zumindest das kontinentale Westeuropa zu sein hätte. Der Atomsperrvertrag versperrt diesen Weg; vielleicht nicht rechtlich, da er eine Kündigungsklausel enthält und mit optimistischen Interpretationen ausgeschmückt wird. Praktisch nimmt er der erforderlichen europäischen Entwicklung den Drehmoment und macht es unmöglich, diesen jemals wieder zu erreichen. Im Zeitalter der Schlagworte darf man das ruhig ‚nukleare Apartheid' für Westeuropa nennen." [117])

Als Finanzminister hat Strauß im Kabinett a priori eine starke Position. Finanzminister galten zu allen Zeiten als wichtige Leute; sie verwalten schließlich die Staatskasse und verfügen damit über mannigfaltige Einwirkungsmöglichkeiten auf die allgemeine Politik. Strauß nutzt diese Möglichkeiten. Drei Monate nach der Amtsaufnahme des neuen Finanzministers wurde gemeldet, Strauß versuche das vom SPD-Vorsitzenden Brandt geleitete Außenministerium bei den Verhandlungen über den Devisenausgleich auf einen harten Kurs festzulegen. Gemeint

113) „Der Spiegel" vom 20. 2. 1967.
114) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 20. 2. 1967.
115) „Frankfurter Rundschau" vom 3. 3. 1967.
116) ap, 9. 3. 1967.
117) „Bayernkurier" vom 4. 3. 1967.

war damit die Mitteilung des Finanzministers, für die zweite Hälfte des Jahres 1967 und für 1968 stünden keine Haushaltsmittel für den Devisenausgleich zur Verfügung.[118])

Nun läßt sich freilich im Prinzip nichts dagegen einwenden, das ohnehin knappe Geld künftig nicht mehr mit vollen Händen für Rüstungskäufe im Ausland auszugeben. Insoweit könnte man folglich Strauß zustimmen, wenn er die Abweisung ausländischer Wünsche verlangt. Aber es hat den Anschein, als versuche Strauß aus der Finanznot eine gefährliche Tugend zu machen, indem er zwar die Rüstungsindustrie anderer Länder aus dem einschlägigen Geschäft verdrängen, dafür aber die deutsche Rüstungsindustrie um so stärker daran beteiligen möchte, so daß am Ende möglicherweise nur eine Umschichtung der Rüstungsausgaben statt einer wirksamen Kürzung erfolgte. Um dieses Ziel zu erreichen, mag die Überbetonung der schlechten Finanzlage manchem vielleicht als durchaus vertretbares Mittel erscheinen. Bemerkenswert ist jedenfalls, daß Strauß Mitte Februar 1967 vor der Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages in Bonn gefordert hat, auf dem Gebiet der Rüstungspolitik dürfe es nicht bei der einseitigen Abhängigkeit bleiben, „in die wir auf diesem Gebiet geraten sind". Strauß befürwortete „größere eigene Aktivität möglichst im Rahmen europäischer Gemeinschaftsentwicklungen".[119]) Ganz im Sinne dieser Forderung beschloß wenige Tage danach der Verteidigungsausschuß des Bundestages einstimmig, die Bundesregierung solle prüfen, ob die auf verschiedene Länder verteilte Munitionsproduktion für die Bundeswehr künftig in der Bundesrepublik konzentriert werden könne.[120])

Aber nicht nur auf dem Gebiet der Regierungs- und Staatspolitik, sondern auch auf dem Feld des Parteienwesens war der Einfluß des CSU-Vorsitzenden seit seiner Wiederkehr in die Regierungsverantwortung stärker zu spüren. Von der CDU verlangte er, sie müsse bis zur nächsten Bundestagswahl „einiges an Durchstrukturierung" tun und dürfe ihre Probleme nicht durch eine neue Wahllokomotive zu lösen versuchen.[121]) Zuvor hatte bereits der von Strauß herausgegebene „Bayern-Kurier" gefordert, die CDU müsse ihr in der Vergangenheit „ramponiertes Image" korrigieren. Als Vorbild wurde die CSU herausgestellt, die nicht eine in „Flügelkämpfe zerstrittene Gruppierung" sei, sondern sich „stets als Ordnungsfaktor in Bonn erwiesen" habe. Die CSU sei geschlossen nach innen und außen.[122])

Doch nicht alles was glänzt, ist Gold. Die am Sitz der CSU-Zentrale in München erscheinende „Süddeutsche Zeitung" zeichnete ein weit weniger schmeichelhaftes Bild der Strauß-Partei. Das Blatt schrieb, immer mehr Leute der Parteiführung entdeckten „CSU-fremdes Gedankengut" in den eigenen Reihen, „insbesondere bei einer sich um Strauß rankenden Gruppe". Genannt wurden in diesem Zusammenhang der kürzlich in die Dienste der „National- und Soldatenzeitung" übergewechselte CSU-Funktionär Giel, der als Organisator der Adenauer-Preis-Stiftung hervorgetretene Kurt Ziesel sowie Preisträger Armin Mohler, „aber auch Strauß selbst, der sich nach dem Geschmack mancher christlich-konservativer Parteimitglieder zeitweilig zu ungeniert in ein rechtes Fahrwasser treiben läßt. Ein Bezirksvorsitzender der CSU", so die „Süddeutsche Zeitung", „sprach jüngst

118) „Frankfurter Rundschau" vom 27. 2. 1967.
119) „Weser-Kurier" vom 16. 2. 1967.
120) ap. 22. 2. 1967.
121) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 3. 4. 1967.
122) „Bayernkurier" vom 25. 3. 1967.

schlicht von einer ‚braunen Mafia', die sich innerhalb der Partei zu entwickeln beginnt... Angesichts dieser Entwicklungen spitzten manche Mitglieder des Führungsgremiums die Ohren, als Strauß auf der geheimen Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes (am 10. März 1967) markig eine Straffung der Parteiführung forderte: ‚Die Partei muß wie ein Mann hinter mir stehen'. Diese ewigen Abstimmungen im Vorstand vor jeder Entscheidung habe er einfach satt..." [123])

Was Strauß auf Parteiebene recht ist, scheint ihm auch auf parlamentarischer Ebene billig zu sein. Während der sogenannten Stabilisierungsdebatte des Bundestages am 15. September 1966, in der Strauß sich indirekt als Leiter eines Überministeriums für Wirtschafts- und Finanzpolitik empfahl, sagte er an die Adresse der SPD-Fraktion gerichtet: „Sie sind für eine angemessene parlamentarische Kontrolle eingetreten... Ich möchte sagen: Ich habe etwas Bedenken dagegen, daß Entscheidungen und Verantwortungen, die nach der Natur der Sache bei der Exekutive liegen, in immer größerem Umfang von Teilen der Legislative unter Verwischung der Zuständigkeiten und Verantwortungen an sich gezogen werden." [124])

Strauß, nach einer Meinungsumfrage 1965 noch Deutschlands unbeliebtester Politiker [125]), hat mit seiner Wiederkehr in die Bundesregierung vermutlich noch nicht die höchste Sprosse seiner politischen Laufbahn erreicht. Manche sehen in dem Mann „von überragender Intelligenz, seelischer Robustheit und geballter Energie" [126]) den Mann von morgen und möchten ihn vielleicht sogar als starken Mann etabliert sehen, der die Bundesrepublik aus der „nationalen Erniedrigung" herausführt. Die Spuren schrecken...

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth

Das Arbeitsergebnis der ersten Session des Russell-Tribunals in Stockholm

Arbeit und Befund der ersten Session des Russell-Tribunals in Stockholm sind in der Berichterstattung der bundesdeutschen Presse überwiegend einseitig und nicht ihrer moralischen Bedeutung entsprechend gewürdigt worden. Im nachfolgenden veröffentlichen wir anschließend an einen Bericht über diese erste Session auch einige pointierte Gedanken von Günther Anders, der Mitglied des Russell-Tribunals ist.

D. Red.

---

123) „Süddeutsche Zeitung" vom 17. 3. 1967.
124) nach „Die Andere Zeitung" vom 8. 12. 1966.
125) Munzinger Archiv, 21. 1. 1967.
126) Internationaler biographischer Pressedienst, 14. 11. 1967.

Als Earl Bertrand Russell gemeinsam mit Jean-Paul Sartre zur Gründung des Vietnam-Tribunals aufrief, wurde in der bürgerlichen öffentlichen Meinung fast aller westeuropäischen Länder und der USA versucht, dessen Arbeit zu diskreditieren, weil eine private Institution angeblich nicht geeignet sei, zu schwierigen internationalen Konflikten Stellung zu nehmen. Zudem seien die Mitglieder des Tribunals von vornherein voreingenommen, weil sich nur Gegner des amerikanischen Eingreifens in südostasiatische Probleme an seiner Arbeit beteiligen würden. So wurden alle die Scheinargumente wiederholt, die einst — vor 34 Jahren — gegen den parallelen Versuch vorgebracht worden waren, der Verschleierung des Anlasses der Terrorisierung des deutschen Volkes durch die Nationalsozialisten im Reichstagsbrandprozeß eine Untersuchung vor einem internationalen Ausschuß entgegenzusetzen. Zudem hat die rechtsstehende Presse des Westens — vor allem in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten — zu argumentieren versucht, daß es auch zahlreiche andere Fälle durch den Staat organisierter Verstöße gegen die Grundsätze der Menschlichkeit gebe, so daß nicht einsichtig sei, weshalb man gerade den Vietnam-Konflikt in den Vordergrund stelle. Nun bestehen unzweifelhaft die faschistischen Herrschaftssysteme in Spanien und Portugal trotz des Ergebnisses des Zweiten Weltkrieges weiter. Auch hält die Südafrikanische Republik ihr Terrorsystem gegen die farbige Bevölkerungsmehrheit aufrecht. Der Massenmord an den indonesischen Kommunisten und die rassistische Mobilisierung der malayischen Bevölkerungsmehrheit gegen die chinesische Bevölkerungsminderheit in Indonesien wird durch die großen Mächte toleriert. Die Militärdiktatur in Griechenland — einem Mitglied der NATO — straft den angeblichen Zweck dieses Militärbündnisses, die politische Demokratie abzuschirmen, offensichtlich Lügen. Aber der Vietnam-Konflikt hat für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens offenkundig größere Bedeutung und betrifft zudem eine kleine Nation, die seit der japanischen Okkupation dieses Landes ständig im Zustand des Krieges und der Intervention fremder Mächte existiert hat. Dauer und Schärfe der Kämpfe in Vietnam lassen befürchten, daß dieser Krieg — wie einst der spanische Bürgerkrieg — sich zum Probefall der Konfrontation der großen Mächte unserer Zeit ausweitet, die beginnen, neue Kampf- und Terrormittel gegen die Zivilbevölkerung auch für den Fall eines Weltkrieges auszuprobieren. Deshalb ist es erforderlich, die öffentliche Meinung der Welt zur objektiven Wertung der Fakten zu erziehen, auch in denjenigen Ländern, die durch systematische Fehlorientierung ihrer Bevölkerung bisher eine systematische Analyse der Zusammenhänge vorenthalten. Nur der Druck einer aufgeklärten öffentlichen Meinung könnte die Großmächte veranlassen, die Normen des Völkerrechts wieder zu wahren, die die Weltmächte allzu häufig in denjenigen Fällen nicht beachten, in denen sie das Risiko der Sprengung völkerrechtlicher Verpflichtungen deshalb für gering halten, weil ihr Gegner nicht über die genügende Macht verfügt, die Beachtung des Völkerrechts zu erzwingen. Gewöhnt sich aber eine Weltmacht daran, völkerrechtliche Normen für gleichgültig zu halten, so können allzu leicht die gleichen Folgen eintreten, die einst die Hinnahme ständigen völkerrechtswidrigen Verhaltens der faschistischen Staaten durch die anderen Länder gehabt hat.

Diesem Zweck der Überprüfung, ob den Prinzipien der Humanität und des Völkerrechts in Vietnam durch große Mächte Rechnung getragen werde oder nicht, und der Mobilisierung der öffentlichen Meinung zugunsten dieser Prinzipien durch Vorlage umfassender juristischer Gutachten und sorgfältig kontrollierten Beweismaterials über objektive Tatbestände sollte das Vietnam-Tribunal dienen und hat es in seiner ersten Session gedient. Die Mitglieder des Tribunals

waren neben international anerkannten führenden Philosophen wie Sartre, der die erste Session geleitet hat, und Schriftstellern wie Peter Weiss und Simone de Beauvoir Völkerrechtsjuristen und Historiker aus den Vereinigten Staaten, sogenannten „westlichen" Ländern einschließlich Japan und neutralen Ländern wie Pakistan und Jugoslawien. Sie haben sorgfältig vermieden, über Personen urteilen zu wollen und eine strafrechtliche Kompetenz an sich zu ziehen, die sie als privates Tribunal nicht haben konnten. Sie wollten auch nicht das Volk der USA einer Untersuchung aussetzen, sondern lediglich das Verhalten der Regierung dieser Weltmacht und ihrer Streitkräfte untersuchen. Daß natürlich in einem Bürgerkrieg auch von den im Kampf mit regulären Armeen von Großmächten und deren Satelliten-Regierung stehenden aufständischen Partisanen inhumane Gegenakte gegen inhumane Akte von Regierungstruppen begangen worden sind und unvermeidlich noch immer gelegentlich begangen werden, wurde vom Tribunal als selbstverständlich vorausgesetzt und nicht zum Gegenstand der Beweisaufnahme gemacht — so wenig, wie es zum Beispiel für das Internationale Militär-Tribunal in Nürnberg sinnvoll gewesen wäre zu untersuchen, ob die Insassen von Vernichtungslagern gegen ihre Wächter des öfteren Gewalt angewendet haben.

Das gesamte Beweisthema wurde vom Tribunal auf mehrere Sessionen verteilt. Die erste Session in Stockholm, die vom 2. bis zum 10. Mai 1967 tagte, nachdem in früheren Sitzungen die Aufgabenstellung der einzelnen Sessionen geordnet wurde, beschränkte sich darauf zu klären, ob erstens die Regierung der Vereinigten Staaten mit Beihilfe der Regierungen von Australien, Neuseeland und Südkorea einen Aggressionskrieg im Sinne des Völkerrechts führe und ob zweitens durch Luftangriffe und Beschießungen durch Flotte und Heer systematisch zivile, also nicht militärische Objekte zwecks Terrorisierung der Bevölkerung angegriffen worden sind.

Zum ersten Problem kam das Tribunal einstimmig zu der Überzeugung, daß bereits durch die Intervention der Vereinigten Staaten in Südvietnam — die dem Genfer Abkommen vom 20. und 21. Juli 1954 eindeutig widersprach — objektiv die Bestimmungen des Briand-Kellog-Paktes von 1928, des Art. 6 des Statutes des Internationalen Militär-Tribunals von Nürnberg und der Resolution der Vereinten Nationen vom Dezember 1960 über das Verbot von Angriffskriegen verletzt worden sind. Die Ermunterung der Satelliten-Regierung Diem dazu, die in Genf vereinbaren Wahlen für Gesamtvietnam nicht durchzuführen und die eigene Bevölkerung Südvietnams durch brutalsten Terrorismus davon abzuhalten, die Einhaltung dieser internationalen Verpflichtung zu verlangen, war bereits ein Akt der Aggression. Die Luftangriffe gegen Nordvietnam, die 1964 einsetzten und seit Februar 1965 intensiviert wurden, ohne daß irgend eine Kriegserklärung vorangegangen war, haben nach Meinung des Tribunals eindeutig ein Verbrechen gegen den Frieden im Sinne der Entscheidung des Internationalen Militär-Tribunals von Nürnberg dargestellt. Das Tribunal hat sich die Überprüfung aller Materialien — vor allem auch der publizierten Dokumente der Vereinigten Staaten einschließlich des juristischen Memorandums, das der amerikanische Präsident bzw. das State Department der Kommission des amerikanischen Senats für auswärtige Angelegenheiten am 4. März 1966 vorgelegt hat — nicht leicht gemacht. Leider hatte es die amerikanische Regierung abgelehnt, sich vor dem Tribunal vertreten zu lassen, obwohl sie dazu aufgefordert worden war. Daß das Tribunal eine Ersatzvertretung durch zufällig anwesende amerikanische Journalisten, die lediglich eine Propagandavorstellung liefern wollten und zudem

keinerlei völkerrechtliche Sachkenntnis besaßen, nicht zulassen konnte, liegt auf der Hand, weil das Tribunal keine Propagandavorstellung, sondern eine wissenschaftliche Analyse durchführen wollte. Die große Majorität des Tribunals war übrigens der Ansicht, daß darüber hinaus durch die in Thailand stationierten amerikanischen Luftstreitkräfte und Truppen und ebenso durch die in Südvietnam stehenden amerikanischen Truppen die Souveränität von Kambodscha und Laos wiederholt vorsätzlich verletzt worden ist, während die Feststellung des Tribunals zur Frage des Verbrechens gegen den Frieden gegenüber dem vietnamesischen Volk einstimmig erfolgt. ist.

Zum Problem der Terrorisierung der Zivilbevölkerung nicht nur Südvietnams, sondern auch Nordvietnams in ständiger Verletzung der Haager Konvention vom 4. bzw. 18. Oktober 1907, des Art. 6 des Statuts des Internationalen Militär-Tribunals in Nürnberg, der Art. 18 und 53 der Genfer Konvention vom 4. August 1949 und des internen Kriegsrechts der Vereinigten Staaten, nämlich des offiziell 1956 vom Kriegsministerium der Vereinigten Staaten veröffentlichten „Law of Land Warfare", das die Ratifikation derjenigen dieser Verträge durch die Vereinigten Staaten insoweit ersetzt, als sie nicht formell ratifiziert worden sind, kam das Tribunal nach eingehender Beweisaufnahme ebenfalls einstimmig zu dem Ergebnis, daß Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung zielbewußt und systematisch ständig begangen worden sind, um durch diese systemtische Terrorisierung der Nichtkombattanten eine militärische Entscheidung herbeizuführen. Insbesondere sind die immer wieder gegen Dörfer und Städte eingesetzten sogenannten Kugelbomben, die tausende kleine Kugeln verstreuen, überhaupt nicht als Waffe gegen Soldaten, sondern nur als Waffe gegen die Zivilbevölkerung, gegen Bauern, Arbeiter, Frauen und Kinder geeignet. Darüber hinaus sind immer wieder Hospitale, Schulen, Pagoden und Kirchen beschossen und bombardiert, Deiche gesprengt, Staudämme vernichtet, Ernten zerstört und große Bereiche bearbeiteter Felder für Reis- und Getreideanbau durch Vergiftung unbrauchbar gemacht worden. Das wurde in einer sehr langwierigen Beweisaufnahme ebenso erwiesen, wie der Tatbestand festgestellt werden konnte, daß durch Napalm-, Phosphor- und ähnliche Bomben Wohnbauten, Frauen und Kinder zielbewußt gefährdet und verbrannt worden sind.

Auch dem Tribunal zunächst durchaus feindliche große Zeitungen nicht nur Schwedens, sondern auch anderer Länder, wie „Le Monde" und sogar die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", mußten nach Beobachtung der Arbeitsweise des Tribunals zugeben, daß es bei der Überprüfung dieser Tatbestände — so furchtbar sie waren — sich niemals von Emotionen hat leiten lassen und die vernommenen Zeugen in äußerst objektiver Weise von deren verständlichen Emotionen hinweggeführt hat. Die Arbeitsgruppen des Tribunals, die längere Zeit in Nordvietnam zerstörte Orte und die Kampfweise der amerikanischen Luftwaffe überprüft haben, hatten die Ergebnisse dieser Zeugenaussagen sorgfältig vorbereitet.

So ist zu hoffen, daß die Arbeit des Tribunals hilft, die öffentliche Meinung der Welt zu überzeugen. Seine kommenden Sessionen werden der gleichen Aufgabe dienen und zusätzliche Tatbestände analysieren. Aber das Tribunal weiß, daß es insofern nur eine Hilfsfunktion ausüben kann, als nur die Aktivität der großen Masse der Bevölkerung und vor allem auch der Intellektuellen in den Vereinigten Staaten und in den „westlichen" Ländern, die gegenwärtig das Verbrechen des amerikanischen Angriffskrieges unterstützen, erzwingen kann, daß die Regierung der Vereinigten Staaten zur Beachtung des Völkerrechts zurückfindet und ihren Angriff auf das vietnamesische Volk einstellt.

Günther Anders

Bemerkungen zu Vietnam

Die Ärmsten

Wer klagt an?

Wir? Wir, das Russell-Tribunal?

Wir haben das nicht nötig. Wir sammeln, überprüfen und publizieren die Unterlagen.

Das Anklagen überlassen wir den Amerikanern selbst.

Denn es gibt keine Anklage, die furchtbarer wäre als jener amtliche amerikanische Bericht über die 77 000 Tonnen von Bomben, mit denen die Armee Johnsons im Monat März 1967 Vietnam auszurotten, bzw. die Freiheit der freien Welt zu retten versucht hat. Es gibt keine Bezichtigung, die unwiderlegbarer wäre als die Selbstbezichtigung der Amerikaner.

77 000 Tonnen. Was bedeutet diese Ziffer?

Daß Korea, das monatlich nur einen Abwurf von 17 000 Tonnen zu erdulden gehabt hat, in seinen schlimmsten Tagen ein glückliches Land gewesen sein muß.

Und daß England in den entsetzlichen Tagen des „Blitzes" sogar ein gesegnetes Land gewesen sein muß, da ja das Tonnage-Quantum, das während der gesamten fünfjährigen Dauer des Zweiten Weltkrieges über dem Lande niedergegangen, geringer gewesen war als das Quantum, das nun monatlich auf Vietnam niederregnet. Nein, es kann kein Tribunal geben, das fähig wäre, die Amerikaner so niederschmetternd anzuklagen, wie sie sich selbst angeklagt haben.

Voll Angst und voll Mitleid fragt man sich: Wie um Gottes willen wollen sich die Johnsons, die Rusks, die McNamaras und die Westmorelands — wie sollen sich diese Ärmsten gegen diese ihre Bezichtigung verteidigen?

Stockholm, Mai 1967

Günther Anders

Das Laboratorium

Gewiß gibt es Laboratorien, in denen die Waffen für den wirklichen Krieg in Vietnam ausprobiert werden. Aber damit ist das heutige Verhältnis zwischen Laboratorium und Realität nicht etwa erschöpft. Denn was, vom Laboratorium aus gesehen, die ‚Realität' zu sein scheint, das spielt, in größerem Zusammenhange gesehen, selbst wiederum nur eine Laboratoriumsrolle. Die Blutbäder, Defoliationen, Verbrennungen, Vergiftungen, die heute auf den wirklichen Schlachtfeldern von Vietnam stattfinden, die sind alle zugleich als Experimente gemeint. Das wird amtlich auch gar nicht bestritten. So ist z. B. Dean Rusk ehrlich (bzw. plump) genug gewesen, den Vietnamkrieg einen „critical test" zu nennen, d. h. zuzugeben, daß er das wirkliche Vietnam als Laboratorium verwende, in dem er ‚ein Exempel statuire'. Wenn man ihn fragen würde, was er als die wirkliche Realität betrachte, als diejenige, für die er in diesem Labor proben lasse, dann würde er auf alle jene Gebiete verweisen, in denen unterentwickelte Bevölkerungen versuchen könnten, sich vom Joch der freien Welt zu befreien; kurz: die Realität der Knechtschaft.

„Aviation Week" bestätigt dieses Verhältnis von Experiment und Realität aufs deutlichste. In ihrer Ausgabe vom 21. März 1966 meldet sie nämlich, daß das Oberkommando in Südvietnam in pausenloser Verbindung mit Teams der Rand Co. stehe und jede neue Kampferfahrung mit neuen Waffen sofort an die Research Sections weiterleite. Da ohne diese experimentellen Erfahrungen der Fortschritt der wissenschaftlichen Forschung

behindert wäre, wird dieses Verhältnis zwischen Tatort und Labor nicht nur als selbstverständlich, sondern als geboten unterstellt. Bedauerlich ist nur, daß die bei diesen Experimenten verbrennenden oder zerfleischten Vietnamesen in den Tests, bei denen sie eine so nützliche Rolle spielen, etwas Reales sehen, statt etwas nur Experimentelles.

Good kills

Den Sinn des Wortes ‚gut' werden wir wohl revidieren müssen. „We've had a couple of good kills over there" berichtete ein Informationsoffizier, der aus der Gegend von Binh-Dinh, aus Ankhe, nach Saigon zurückgekehrt war.

Mörder zweifeln wohl kaum je daran, daß diejenigen, die sie umgebracht haben, zuvor Menschen gewesen waren. Wer dagegen den Ausdruck „good kills", der ja aus dem Jäger-Idiom stammt, in den Mund nimmt, der beweist damit, daß er in den Umgebrachten keine Menschen mehr gesehen hat, sondern Wild; und daß er etwas Schlimmeres ist als ein Mörder: nämlich ein ‚head hunter'. Die Berechtigung dieses Ausdrucks ‚head hunter' wird übrigens durch die Tatsache bestätigt, daß heute Vietkong-Ohrmuscheln als Trophäen gesammelt werden.

Gegenmaquisards

Partisanen sind zu klein und zu „unterentwickelt", als daß sie mit den monströsen Großwaffen von heute erfolgreich bekämpft werden könnten. Oder anders herum: Großwaffen sind zu groß, als daß sie Gegner, deren Maße eine gewisse Minimalgröße nicht überschreiten, erfolgreich bekämpfen könnten. Was ich meine, ist nicht allein, daß der Einsatz zu großer Waffen unwirtschaftlich wäre, vielmehr, daß jedes Gerät als Korrelat Objekte in einer ihm entsprechenden Größe benötigt; und daß diese Regel auch auf Vernichtungsgeräte zutrifft bzw. auf die diesen Vernichtungsgeräten zugedachten Opfer. Für Wasserstoffbomben mögen Industriezentren bzw. Komplexe von Industriestädten ideale Zielobjekte sein; und ich könnte mir vorstellen, daß Männer wie Edward Teller unter der Tatsache, daß so ideale Verwüstungskomplexe wie Tokio-Yokohama oder wie das Ruhrgebiet trotz ihrer idealen Eignung für das Verwüstetwerden dieser ihnen adäquaten Behandlung niemals unterzogen worden sind, aufs furchtbarste leiden, so als stellten diese Unterlassungen monströse Vergeudungen dar. Gleichviel, nicht in Dschungeln und in Maquiskämpfen finden Wasserstoffbomben ihre idealen Zielobjekte, sondern in Großstädten.

Zögernd scheinen das die amerikanischen Theoretiker bereits einzusehen, denn nun versuchen sie ja schon im Schweiße ihres Angesichts ihre eigenen Soldaten den noch mit obsoleten Mitteln kämpfenden Gegnern ebenbürtig zu machen, also GI's in Maquisards zu verwandeln. Um Revolutionen oder Befreiungskriege zu verhindern, stellt die Konterrevolution also bereits (sofern bei diesem Rückgriff aufs Obsolete von einem ‚bereits' gesprochen werden kann) revolutionsartige Soldaten her, ‚Gegenmaquisards' gewissermaßen. Das aber ist auf lange Sicht wahrscheinlich vergeblich. Der schwache Maquisard ist stark nämlich allein deshalb, weil er von seiner Umwelt, dem Volk, dessen Teil er ist, und dem Dschungel, den er kennt, gehalten wird. Das berühmte Bild vom Fisch im Wasser, gleich ob es von Mao oder einem anderen Politiker stammt, ist wahr. Und das bedeutet, daß der noch so raffiniert ausgebildete ‚Gegenmaquisard' grundsätzlich isoliert und deshalb viel schwächer bleibt als derjenige, gegen den er eingesetzt wird, und daß er aus diesem Grunde unvermeidlicherweise auch viel grausamer werden muß. Hier wie immer gilt, daß nichts absurder ist als der industriell hergestellte Handwerker.

Im übrigen zweifle ich nicht daran, daß die ausgebildeten Gegenmaquisards, da sie ja keine eigene Sache haben, das, was sie gelernt haben, zu Hause anwenden werden, daß sie also als ‚Kriminelle' nach Hause kommen werden; während die Männer der FLN, unterstellt, der Krieg nähme einmal ein Ende, vermutlich wieder oder endlich zum erstenmal Bauern oder Bürger werden werden.

Fliegende Hengste

Mrs. Kennedys Albernheiten gehen uns wahrhaftig nichts an. Schlimm, daß man in einer Welt lebt, in der man sich dazu verpflichtet fühlt, Jacqueline Kennedys Kaprizen zu erwähnen, nein, sogar in Schutz zu nehmen. Aber das ist nötig. Und zwar deshalb, weil die Scheinheiligkeit, mit der Frau Kennedy offiziell, z. B. von US-Senatoren, attackiert wird, noch übler ist als die Mentalität von Mrs. Kennedy selbst. Diejenigen Männer nämlich, die durchaus nichts dagegen einzuwenden haben, nein, damit einverstanden sind, daß täglich Tausende von Soldaten und Tonnen von Brandbomben und anderen mörderischen Stoffen um die halbe Welt transportiert werden, — diese Männer haben es nun nämlich gewagt, Mrs. Kennedy vorzuwerfen, sie habe Steuergelder dazu verwendet, um einen ihr vom Präsidenten von Pakistan geschenkten arabischen Hengst im Flugzeug um die halbe Welt fliegen zu lassen.

Wahrhaftig, ein gutes Zeitalter wäre das und ein moralisches, in dem man Steuergelder, und wären diese selbst aus den Ärmsten herausgepreßt, ausschließlich dafür verwenden würde, um Hengste durch die Lüfte um die halbe Welt zu transportieren. Aber auf solch ein Zeitalter zu hoffen, haben wir leider wenig Anlaß.

Segen des Reproduktionszeitalters

Und da gibt es noch Kulturkritiker, die die Kühnheit haben, gegen die Gefahren der Reproduktionsmethoden und der Massenmedien zu predigen. Schon vor sieben Jahren, also im Jahre 1960, hatte Diem die von ihm arrangierten Folterungen und Morde an Bauern filmen lassen und die Bevölkerung dazu eingeladen (bzw., da Kultur unter seiner Herrschaft natürlich obligatorisch war, dazu gezwungen), sich diese Filme, also die Abbildungen seiner Mordtaten, anzusehen. In einem dieser übrigens gratis gezeigten Kulturfilme exzellierte Frau Ut Lep, die Gattin des im Kampfe gegen die Franzosen als Résistance-Held bekannt gewordenen Lep. Diese Frau zeichnete sich zwar nicht wie andere Filmschauspielerinnen durch Schönheit oder Begabung aus oder etwa dadurch, daß sie sich entblößte — derartiges hatte sie wahrhaftig nicht nötig, da man ihr die Chance verschaffte, etwas aufzuführen, was in solcher Naturwahrheit darzustellen noch keinem Filmstar vor ihr vergönnt worden war: sie durfte nämlich für das Filmteam, das Diem ausgeschickt hatte, den abgesäbelten Kopf ihres Mannes in die Höhe heben und aller Welt zeigen, also eine reale Salome-Szene aufführen; bzw. sie wurde dazu gezwungen.

Die Beantwortung der Frage, aus welchem Lande die im Rahmen der Wirtschaftshilfe für Südvietnam gelieferten Apparate kamen, erübrigt sich. Wer an weiteren Einzelheiten interessiert ist, der kann diese im Buche von Burchett „Special War Special Defense", Chapter 1, nachlesen.

Symbolische Kontingente und Symbole des Kontingenten

Bekanntlich haben die Amerikaner seinerzeit, um sich und anderen zu beweisen, daß die Sache des Koreakrieges eine gute Sache sei und daß gute Sachen nicht von ihnen alleine durchgefochten werden, sondern (wenn natürlich auch unter ihrer Kontrolle) von der gesamten „freien Welt", andere Staaten dazu verleitet, ihre „Scherflein" beizusteuern, also Truppenteile, selbst winzige und sogar (da sich völlig auszuschließen, doch gewiß unangenehm wäre) „symbolische Kontingente" nach Korea zu entsenden. Eine Folge dieser von den kultivierten Staatsmännern erfundenen Symbolik war es, daß ein armer anatolischer Dorfjunge, der zu jener Zeit gerade das Pech hatte, im türkischen Heere zu dienen, und der natürlich nie zuvor von Korea oder von Koreanern hatte läuten hören, geschweige denn von den durch diesen Krieg verwüsteten Dörfern, geschweige denn von den Interessenten an der Verwüstung dieser Dörfer — daß dieser anatolische Dorfjunge dazu gezwungen wurde, sich um die halbe Welt transportieren zu lassen, und daß er dann in einem sehr fremden Lande von sehr fremdartigen, riesigen und wohlgenährten Männern in Empfang genommen wurde, nein, nicht etwa von Koreanern, sondern von Amerikanern; und daß er von diesen (was er auch ohne Englischkenntnisse verstand) erfuhr, daß er ihnen zu gehorchen, z. B. auf Befehl zu schießen habe, und zwar deshalb, weil er (wovon er natürlich überhaupt nichts verstand) ein Symbol sei: ein Symbol näm-

lich für Recht und Freiheit, und dafür, daß sein Heimatland (in dem er natürlich niemals Rechte genossen hatte) der „freien Welt" zugehöre und natürlich Zwang jeder Art verabscheue.

Was, to make a long story short, zur Folge hatte, daß dieser anatolische Junge schon in der ersten Nacht nach seiner Ankunft in einem koreanischen Dorfe, das er, da es bereits in Trümmern lag, nicht erkennen konnte, einen koreanischen Jungen erschoß, natürlich ohne zu wissen, was er da tat, nein, ohne zu wissen, d a s s er das tat; einen koreanischen Jungen, der, wenn das Schicksal die Karten etwas anders gemischt hätte, ohne weiteres der schießende Anatolierjunge hätte sein können, so wie dieser Anatolierjunge, wenn das Schicksal die Karten etwas anders gemischt hätte, ohne weiteres der erschossene Koreanerjunge hätte sein können. Gleichviel, dieser Koreanerjunge ist an dem Schuß, den der nur symbolisch nach Korea gebrachte Anatolierjunge auf Befehl zwecks Aufrechterhaltung der Freiheit abfeuerte, gestorben — und damit bin ich bei dem Punkte, auf den es hier ankommt. Denn leider darf man nicht behaupten, daß dieses arme Opfer des schießenden Symbols selbst auch noch in den Umkreis der von den Staatsmännern so schön erfundenen Symbolik hineingehöre, also daß er auf nur symbolische Weise gestorben sei. Vielmehr ist der Junge eben wirklich gestorben. Für dieses Wirklich-Sterben, und damit für alles Nichtsymbolische, und damit für alle jene Millionen, die, wie er, dazu verurteilt sind, dort, wo von Symbolik gefaselt wird, wirklich zugrunde zu gehen — für alle die ist dieser Koreanerjunge freilich symbolisch. Er ist kein symbolisches Kontingent, sondern ein Symbol des Kontingenten.

Nur monströs

Examensfrage für unsere Kinder: „Durch welche Beiträge zur Dezimierung welchen Volkes hat sich Südvietnam erholt?"

Wenn eine so verursachte Erholung einträte, so wäre das, wie absurd es auch klingen mag, nur monströs, nicht dagegen absurd. Schließlich hat sich Hiroshima dadurch erholt, daß es für die Amerikaner Materialien und Geräte erzeugte, die diese im Koreakriege benötigten. Und jene Südkoreaner, die den Amerikanern Materialien verkaufen, die diese zur Verwüstung Vietnams benötigten, haben es ebenfalls zu neuer Blüte gebracht.[1]) Kettenreaktionen gibt es nicht etwa nur in der physischen Welt. Und die Kette der Demoralisierungen, die hier sichtbar wird, die ist gewiß nicht weniger verderblich als die bekanntere der nuklearen Reaktionen.

Das monströseste Datum

Es gibt Tatsachen, die, obwohl nicht ausdrücklich unterdrückt, keinem Zeitgenossen bekannt zu sein scheinen. Wären sie bekannt, sie würden uns wegen ihrer Monströsität täglich von neuem atemlos machen. Das unglaublichste Beispiel ist die Tatsache, daß die Charter des „Internationalen Militärtribunals" in Nürnberg, dasjenige Dokument also, in dem der Begriff „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" zum erstenmal juristisch kodifiziert und die Verantwortlichkeit und Strafwürdigkeit der an derartigen Verbrechen beteiligten Individuen zum erstenmal festgelegt wurde, — daß dieses Dokument das Datum des 8. August 1945 trägt.

Was ist am 8. August 1945 geschehen?

Am 8. August 1945 sind die letzten strahlenverseuchten Opfer von Hiroshima, nachdem sie auf ihren Vieren durch den Schutt kriechend versucht hatten, sich zu retten, im Umkreis ihrer Stadt zusammengebrochen und verendet.

Und am 8. August 1945 haben die Einwohner von Nagasaki gerade noch vierundzwanzig Stunden Menschenleben gespielt, vierundzwanzig Stunden lang hatten sie noch Galgenfrist, ahnungslos herumzugehen, zu liegen, zu arbeiten, zu essen, zu schlafen, zu lachen, zu weinen und zu lieben. Ehe es auch sie traf.

In anderen Worten: Dasjenige Dokument, in dem der Begriff „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" und der der Verantwortlichkeit und Strafwürdigkeit der an derartigen

---

[1]) Siehe Elmar Altvater, Vietnam und die Wirtschaft, „atomzeitalter", Juni 1966.

Verbrechen beteiligten Individuen zum erstenmal völkerrechtliche Realität wurde, — dieses Dokument ist zwei Tage nach Hiroshima und einen Tag vor Nagasaki formuliert worden. Von vornherein war der Text von Verbrechen gegen die Menschlichkeit umrahmt gewesen. Und natürlich von Verbrechen, die mit den Maßen dieses Dokuments niemals gemessen und auf Grund dieses Dokuments niemals bestraft worden sind.

Kein Datum der Weltgeschichte ist abenteuerlicher. Und wohl keine Tatsache tiefer deprimierend als die, daß es unter den Milliarden von Zeitgenossen, die von den zwei Fakten: Nürnberg und Atombombe gehört haben, keinen einzigen gegeben hat, dem deren Koinzidenz in die Augen gesprungen wäre.

Zielverfehlung als Ziel

Vom Erzeuger aus gesehen, hat jedes Geschoß zwei Tugenden:

Die erste Tugend teilt es mit allen Genußmitteln. Sie besteht darin, daß keines „vorhält", daß jedes vielmehr durch den ersten Gebrauch bereits aufgebraucht wird. Aus diesem Grunde erfordert jedes sofortigen Ersatz, wodurch es die Weiterproduktion in Gang hält.

Aber diese Konsummittel-Tugend ist nur die Vorstufe zu seiner wahren Tugend. Von den meisten Geschossen gilt nämlich, daß sie verbraucht werden, ohne daß sie wirklich ein erstesmal „gebraucht", im Sinne von „verwendet", worden wären. Denn die meisten Geschosse verfehlen ja ihr Ziel. Von der Rüstungsindustrie aus gesehen, verfehlen freilich die ihr Ziel verfehlenden Geschosse ihr Ziel durchaus nicht. Denn je mehr von ihnen nicht treffen, um so mehr müssen hergestellt werden. Wenn jeder Schuß ein Treffer wäre, wenn sich der widerwärtige Spruch, der zu Beginn des Ersten Weltkrieges in Deutschland als Abzählreim beliebt war: „Jeder Schuß ein Ruß" bewahrheiten würde, dann wäre dadurch die Rüstungsindustrie tödlich getroffen. Wahr ist vielmehr, daß immer nur jeder tausendste Schuß trifft. In der Tat gilt von der Rüstungsindustrie dasselbe wie von der Natur: so wie diese Millionen von Samen und Eiern verschwendet, ehe ihr ein Treffer gelingt, also eine Befruchtung, die zur effektiven Entstehung eines neuen Lebewesens führt, so „verschwendet" die Vernichtungsindustrie Millionen an Geldern und Materialien, ehe ihr ein wirklicher Treffer, also die effektive Tötung eines Menschen gelingt. Amerikaner haben berechnet, daß 52 000 Dollar erforderlich sind, um einen einzigen Vietkong vom Leben zum Tod zu befördern.

(Daß diese Summe das Vielfache dessen ist, was erforderlich wäre, um ihm und seiner Familie Haus und Arbeitsgeräte, kurz: eine anständige Lebensbasis zu verschaffen, das steht auf einem anderen Blatte.)

Dry up the water

Die Vernichtung des Landes und die Liquidierung der Bevölkerung, die die Amerikaner in Vietnam durchführen, ist zum großen Teil dadurch zu erklären, daß ihre Taktiker allmählich die Wahrheit des berühmten Ausspruches des chinesischen Guerilla-Führers P'eng Teh-huai: „The people are the water and the guerilla is the fish, and without the wather the fish will died" [2]) eingesehen haben. Keine Frage: Nun wissen sie, daß jeder Guerilla, da er in seinem Land Bescheid weiß und von seinem Volke getragen und unterstützt wird, jedem künstlich hergestellten „counter-guerilla" überlegen ist, in wievielen raffinierten Griffen und infamen Tricks dieser Kunstguerilla auch ausgebildet sein mag; daß jeder Guerilla „im Wasser schwimmt", während sich Counter-Guerillas niemals in ihrem Element aufhalten, überhaupt in keinem Element.

Diese Differenz also hatten die Amerikaner zu nivellieren. Wenn sie mit Feuer und Schwert, bzw. Napalm die Vernichtung des Landes systematisch durchführen, so deshalb, weil ihre Devise nun heißt: „Dry up the wather." In den Augen der Militärs ist die Auslöschung des Landes und des Volkes nichts anderes als die Folge der militärisch erforderlichen Auslöschung des taktischen Vorsprungs der Guerillas vor den künstlichen Counter-Guerillas.

---

[2]) Snow, „The Other Side of the River", S. 706.

Martin Hall, Los Angeles

Der Kampf zwischen „Tauben" und „Falken" in Amerika

In den USA hat sich der Kampf zwischen den „Tauben" und den „Falken", zwischen den Befürwortern des Friedens für Vietnam und denen des totalen Krieges, in den letzten Monaten verschärft. Man kann den 15. April 1967, den Tag, an dem die „Frühjahrsmobilmachung" in New York und in San Francisco die bisher größte und eindrucksvollste Anti-Kriegs-Demonstration in diesem Lande organisierte, als Wendepunkt betrachten.

Nicht nur die Tatsache, daß nahezu eine halbe Million von Amerikanern auf die Straße gingen, um ein sofortiges Ende des Krieges zu fordern, war von Bedeutung, sondern auch die qualitative Veränderung, die mit der Teilnahme neuer Bevölkerungskreise stattgefunden hatte. Zum erstenmal marschierten Führer der Bürgerrechtsbewegung von so radikalem Habitus wie Stokeley Carmichael vom Student Non-Violent Coordinating Committee und Floyd McKissick von CORE Seite an Seite mit dem gemäßigten Friedensnobelpreisträger Pfarrer Dr. Martin Luther King jr. Erst wenige Wochen zuvor hatte Dr. King offen die Notwendigkeit anerkannt, die Kräfte der Bürgerrechtsbewegung mit denen der Friedensbewegung zu verbinden, weil es, wie er es ausdrückte, „keinen Sieg für den Neger in seinem Kampf um Gleichheit und Freiheit im Inland geben wird, solange der Krieg in Vietnam weitergeht". Dr. Benjamin Spock, der berühmte Kinderarzt, dessen Name fast jeder amerikanischen Mutter ein Begriff ist, Vorstandsmitglied im National Committee for a Sane Nuclear Policy, leitete zusammen mit Dr. King die New Yorker Demonstration, obgleich es einige Funktionäre des National Committee for a Sane Nuclear Policy in Kalifornien für notwendig erachtet hatten, sich von der Demonstration zu distanzieren, weil sie „für den Vietnamkrieg nicht die Regierung Nordvietnams gleichermaßen verurteilt wie die Regierung der USA". Zum erstenmal befanden sich unter den Rednern auf den Abschlußkundgebungen der Demonstrationen auch Funktionäre großer Gewerkschaften wie der Automobile Workers Union. Es marschierten Univertätsprofessoren im Talar, Ärzte in weißen Kitteln. Dagmar Wilson, eine der Gründerinnen von Women Strike for Peace, und Tausende von Frauen, viele Mütter mit kleinen Kindern nahmen teil. Und es demonstrierte eine überwältigende Anzahl junger Leute, Studenten und Nicht-Studenten, die das Bild des Marsches prägten.

Um eines klarzustellen: unter all diesen Kräften herrschte noch keine völlige Einigkeit. Die beiden traditionellen und recht konservativen Negerorganisationen, die National Association for the Advancement of Colored People und die Urban Legue, verweigerten der Demonstration ihre Unterstützung und griffen Dr. Martin Luther King jr. in der Öffentlichkeit wegen seines „tragischen Irrtums" an. Aber ebenso wie bei SANE ist in diesen beiden Organisationen eine heftige Diskussion entstanden und unter den Mitgliedern Opposition gegen die ängstliche Zurückhaltung der Führung laut geworden.

Auch in den Gewerkschaften wächst die Unzufriedenheit mit der den Krieg unterstützenden Politik der Führung von AFL/CIO und ihres Präsidenten George Meany. Die größte Gewerkschaft innerhalb der AFL/CIO, die Automobile Workers Union, hat soeben ihre Leitung bevollmächtigt, die Gewerkschaft aus der AFL/CIO zu lösen, wenn ihre Vorschläge für eine kämpferische Politik weiterhin unbeachtet bleiben.

Der beste Beweis für die neue Stärke der Friedensbewegung und den Eindruck, den sie auf die öffentliche Meinung gemacht hat, ist der Wandel in der Haltung der Regierung. Bisher war es Johnsons, Rusks und McNamaras Strategie, die Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg nicht zur Kenntnis zu nehmen. Die wenigen Senatoren, die ihre Stimme gegen den Krieg erhoben, holten sich vom Weißen Haus eine Abfuhr. Hinter dieser Taktik des „Totschweigens" stand die Theorie, daß die Protestierenden, wenn man sie ignorierte, ja ihnen sogar gestattete, „Dampf abzulassen", bald müde würden. Als sich aber in den Wochen unmittelbar vor dem 15. April herausstellte, daß die Mobilisierung ein glaubwürdiger Aufschrei der Stimme des Volkes werden konnte, das in zunehmendem Maße die offiziellen Lügen über Vietnam einfach nicht mehr schlucken wollte, drangen andere Töne aus dem Weißen Haus. Staatssekretär Dean Rusk war der erste, der den Patriotismus der Protestierenden in Frage stellte. Das gleiche tat Präsident Johnson. Eine Woche vor dem 15. April kündigte das Committee on Un-American Activities an, es bereite eine Untersuchung über die „kommunistische Infiltration" der Friedensbewegung vor. Zwei Tage vor dem 15. April gab das Weiße Haus der Presse bekannt, daß J. Edgar Hoover, Chef des Federal Bureau of Investigation, dem Präsidenten einen Bericht über die „von Kommunisten gelenkte Friedensbewegung" vorgelegt habe. Aber selbst die Zeitungen räumten diesen Proklamationen nur wenig Platz ein. Die Unterschriften von Nobelpreisträgern, führenden Wissenschaftlern, leitenden Geistlichen, Künstlern und anderen im ganzen Land bekannten Persönlichkeiten unter dem Aufruf zur Mobilisierung des 15. April gaben diese Anschuldigung der Lächerlichkeit preis. Die Regierung merkte, daß mehr getan werden mußte, um dem Eindruck, den die neue Energie der Friedensbewegung hinterließ, entgegenzuwirken. Präsident Johnson entschloß sich, den Oberkommandierenden der US-Streitkräfte in Vietnam, General Westmoreland, zu einem zweiwöchigen Besuch in die USA zu bestellen, um dem Land die gerade in diesem Augenblick stattfindende schreckliche Eskalation des Krieges zu „verkaufen". Dieses Ereignis ist ohne Beispiel in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Nie hat man je im Krieg von einem Oberkommandierenden das verlangt, womit man General Westmoreland beauftragte. Nicht genug damit, daß der General das Wort an die Jahreshauptversammlung von Associated Press in New York richtete und seine Rede von Rundfunk und Fernsehen im ganzen Land besonders intensiv verbreitet wurde. Wenige Tage später sprach General Westmoreland auch in Washington im Rahmen einer gemeinsamen Sondersitzung des Repräsentantenhauses und des Senats zu einem Forum, von dem er von vornherein größtes Wohlwollen und eine Art „Heldenempfang" erwarten konnte. Westmoreland redete vor dem Hintergrund der verhängnisvollen Nachricht, derzufolge es US-amerikanischen Bombern zum erstenmal erlaubt worden war, Militärflugplätze in Nordvietnam zu bombardieren, auf denen von der Sowjetunion gebaute MIG's stationiert sind, die den Militärflugzeugen der USA schwere Verluste beigebracht haben. Bis zu dieser Zeit war eine derartige Genehmigung nicht erteilt worden, da der Eindruck bestand, daß eine als Folge solcher Brandbombardements mögliche Stationierung dieser MIG-Kampfflugzeuge auf chinesischem Territorium eventuell zur direkten

Konfrontation mit China führen könne; ebenso hatte man die Bombardierung des Hafens von Haiphong bis dahin vermieden wegen der Gefahr einer Konfrontation mit der Sowjetunion, deren Schiffe bei derartigen Angriffen leicht getroffen werden könnten. Senator Robert Kennedy hatte auf diese neue Eskalation ärgerlich geantwortet: „Die Sowjetunion, Rotchina und Nordvietnam werden auf das, was wir getan haben, reagieren müssen ... Wenn wir die Weltgeschichte verfolgen, sehen wir dann nicht, wie es schließlich zur Vernichtung der Menschheit kommt?"

Die Bekanntgabe der an General Westmoreland ergangenen Einladung führte zu einem ungewöhnlich scharfen Protest von seiten des republikanischen Senators Mark Hatfield, einem ehemaligen Gouverneur des Staates Oregon. Er erklärte: „Die Regierung stellt die Tatsachen im Zusammenhang mit Vietnam unrichtig dar und stiftet Verwirrung. Viele fühlen sich aufgrund der Verwirrung und mangels einer klaren Alternative gezwungen, die gegenwärtige Politik zu billigen. So wird eine Tyrannei der fehlenden Alternative zur Eskalation des Krieges geschaffen. Die Regierung treibt politische Erpressung ... Diejenigen, die es wagen, die Regierung zu tadeln, riskieren, daß man ihren Patriotismus in Zweifel zieht."

General Westmoreland wiederholte in seiner Rede vor Associated Press die Sprachregelung der Regierung, derzufolge der Krieg in Vietnam kein Bürgerkrieg ist, sondern durch die „Aggression aus dem Norden" begonnen hat, daß „der Vietkong keine legitime nationale Bewegung" darstellt, sondern „von der kommunistischen Regierung Nordvietnams organisiert, gelenkt und unterstützt wird". Er ging sogar so weit zu behaupten: „Die Unterstützung, die der Vietkong von der Bevölkerung in Südvietnam erhält, ist im großen und ganzen das Ergebnis von Terror, Einschüchterung und Mord an den Personen, die sich dagegen wenden."

Dann sagte er gegen Ende seiner Rede, als er von den US-Soldaten unter seinem Kommando sprach: „Sie wissen, daß sie mithelfen, die Ausbreitung des Kommunismus in Südostasien aufzuhalten und der Bevölkerung Südvietnams die Freiheit der Wahl zu geben. Man hat ihnen eine Aufgabe übertragen, und sie führen sie gut und mit Stolz aus ..., aber sie sind ebenso bestürzt wie ich über die neuesten unpatriotischen Handlungen zu Hause."

Zum gleichen Thema führte er weiter aus: „Ich bin der Überzeugung, daß der militärische Krieg in Südvietnam vom Standpunkt des Feindes aus nur Teil eines langwierigen und sorgfältig koordinierten Angriffs ist, der sich in der internationalen Arena auszahlen soll. Bedauerlicherweise beobachte ich in dieser Weltarena Zeichen eines Erfolgs des Feindes, den er auf dem Schlachtfeld nicht erzielen kann ... Er betrachtet Protest als Beweis für das Abbröckeln der Moral und Nachlassen der Entschlossenheit. Entmutigt durch wiederholte militärische Niederlagen, doch ermutigt durch das, was er für allgemeine Opposition gegen unsere Anstrengungen in Vietnam hält, ist er also entschlossen, seine Aggression aus dem Norden fortzusetzen. Das wird unweigerlich Menschenleben kosten — amerikanische, vietnamesische und die unserer anderen Verbündeten."

Vor dem Kongreß wiederholte er mehr oder weniger diese Rede, obgleich man eine gewisse Mäßigung im Ton seiner Angriffe gegen die Friedensbewegung verzeichnen konnte; dennoch erklärte er, daß sich ein Feldherr weitaus besser auf seine Aufgabe auf dem Schlachtfeld konzentrieren könne, „wenn er sich nicht

ständig über die Schulter blicken muß, um sich zu vergewissern, ob er Rückhalt in der Bevölkerung seines Landes hat."

Die vielleicht schärfste Erwiderung auf die Rede des Generals kam von dem demokratischen Senator McGovern: „Wir scheinen versessen darauf zu sein", sagte er, „die Vietnamesen vor Ho Chi Minh zu retten, selbst wenn wir sie umbringen und ihr Land verwüsten müssen, um das zu erreichen ... Ich habe nicht die Absicht, angesichts dieser wahnsinnigen Politik zu schweigen."

Der republikanische Senator Percy, potentieller Kandidat für die Präsidentenwahlen im Jahre 1968, äußerte: „Wir müssen die Frage beantworten, ob wir bereit sind, unsere Männer eine unbestimmte Anzahl von Jahren lang sterben zu lassen für einen vollständigen militärischen Sieg, der in Wirklichkeit nicht zu erreichen ist."

Nicht nur aus dem Kongreß waren zornige Reaktionen auf Westmorelands Rede zu hören. Pfarrer Dr. Eugene Carson Blake, Generalsekretär des Weltkirchenrates, erklärte auf einer Versammlung in Norwalk/Connecticut: „Seit einigen Jahren ist es meine persönliche Überzeugung, daß die gegenwärtigen Züge der Politik der Vereinigten Staaten und ihre Handlungsweise in Vietnam die größte Gefahr für das Überleben der Menschheit bilden — mit einer einzigen Ausnahme: der augenblicklichen Politik und dem Verhalten der Volksrepublik China ... Unser Kurs birgt alle Elemente einer großen Tragödie in sich." Und schließlich war der Generalsekretär des Weltkirchenrates gezwungen festzustellen: „Ich sage Ihnen, meine Mitbürger, daß es von Monat zu Monat schwerer fällt, die Hoffnungslosigkeit unserer Freunde in der freien Welt, die die Vereinigten Staaten Schritt für Schritt in den tragischen Untergang gehen sehen, nicht zu teilen."

Wenn General Westmorelands Besuch das Land nicht, wie seine Auftraggeber es erwarteten, in blinden Begeisterungstaumel für jede denkbare größere Eskalation des Krieges versetzte — und die Presse spricht schon von Forderungen, die Stärke der US-Truppen in Vietnam auf 600 000 Mann zu erhöhen —, so lag das nicht etwa daran, daß diejenigen, die seit eh und je davon leben, das Feuer des fanatischen Nationalismus zu schüren, sich keine Mühe gegeben hatten. Kurz nach der Demonstration vom 15. April wurden in New York von Gruppen wie der American Legue, den verschiedenen Veteranenorganisationen, aber auch von der weniger gut beleumundeten John Birch Society fieberhafte Vorbereitungen dafür getroffen, die traditionelle „Loyalty Day"-Parade, die im allgemeinen am 1. Mai stattfindet, zur eindrucksvollen Antwort auf den Friedensmarsch vom 15. April zu gestalten. Die „Loyalty-Parade" war in diesem Jahr für den 30. April angesetzt worden, und ihre Organisatoren hatten im voraus angekündigt, sie erwarteten mindestens 150 000 Teilnehmer zur Parade. Als der Tag da war, marschierten laut „New York Times" genau 3380 Leute mit.

Das heißt nicht, daß die Repressalien gegen die Friedensbewegung und vor allem gegen die wachsende Anzahl junger Männer, die sich auf die eine oder andere Weise gegen die Einziehung zum Militär zur Wehr setzen, nicht zunehmen werden. Tausende sind schon nach Kanada emigriert. Hunderte weigern sich, der Einberufung Folge zu leisten, verlangen Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen usw. Der berühmteste Kriegsdienstverweigerer ist im Augenblick vielleicht der schwarze Boxweltmeister Cassius Clay oder, wie er sich nun nach seinem Anschluß an die „Schwarzen Moslems" nennt, Mohamed

Ali. Trotz aller Drohungen und Versprechungen hat er es abgelehnt, den Fahneneid zu leisten, und seine Befreiung vom Wehrdienst aus religiösen Gründen und als Geistlicher seiner Sekte mit der Begründung verlangt, sein „Gewissen erlaube ihm nicht, gegen Farbige auf unmoralische Art zu kämpfen". Der Boxverband hat ihm sofort seinen Titel als Schwergewichtsweltmeister aberkannt und ihm die Boxgenehmigung entzogen. Die Militärbehörden haben angekündigt, man werde ihn zur Rechenschaft ziehen.

Viele junge Männer, die aus Protest gegen den Krieg ihre Gestellungsbefehle verbrannt haben, sehen langjährigen Gefängnisstrafen entgegen, und drei Soldaten, die sich weigerten zu kämpfen, sitzen schon im Militärgefängnis. Am 5. Mai veranstaltete das Armed Services Committee des Parlaments Hearings über Änderungsvorschläge zum Wehrpflichtgesetz. Als Antwort auf die Aussage eines Vertreters des Methodist Board of Christian Social Concern, der sich für die Abschaffung der Wehrpflicht und den Wehrdienst von Freiwilligen einsetzte, bemerkte der Abgeordnete L. Mendel Rivers, ein Demokrat aus Süd-Carolina: „Es gibt nur zwei Ideologien auf der Welt. Die eine beruht auf Jesus Christus, die andere auf Hammer und Sichel. Welche ziehen Sie vor?"

Den Sprecher einer Quäker-Gruppe, des Washington Friends Joint Peace Committee, fragte ein anderes Kongreßmitglied, der Abgeordnete Durwood G. Hall aus Missouri: „Sind Sie oder waren Sie je Mitglied der Kommunistischen Partei Amerikas?"

Das ganze Hearing spiegelte eine hysterische und fast panische Reaktion der „Falken" auf die wachsende Opposition gegen die Wehrpflicht wider. Der Abgeordnete Rivers fragte den Vertreter des Justizministeriums, warum Männer wie Dr. Martin Luther King und Stokeley Carmichael, die öffentlich zum Widerstand gegen das Wehrpflichtgesetz aufgerufen hatten, nicht unter Anklage gestellt worden seien. Als ihm gesagt wurde, diese Männer hätten kein Gesetz verletzt und ständen unter dem Schutz des ersten Zusatzartikels der Verfassung der USA, erklärte Edward Hébert, ein Demokrat aus Louisiana: „Laßt uns den ersten Zusatzartikel vergessen." Hébert verlangte die Verfolgung Dr. Kings und Carmichaels und eine Abwandlung des Gesetzes, mit der sich „der erste Zusatzartikel umgehen läßt", der die Redefreiheit gewährleistet.

Wie tief der Riß innerhalb der Regierung und den ihr nahestehenden Kreisen ist, ging aus einem Artikel Arthur Schlesingers, des früheren Sonderberaters Präsident Kennedys, in der „New York Times" vom 6. Mai hervor, in dem der Verfasser das Argument General Westmorelands und der Regierung, die Anti-Kriegs-Demonstrationen verlängerten den Krieg und kosteten Menschenleben in Vietnam, kritisiert. Schlesinger zitiert Verteidigungsminister McNamara, der das Recht auf eine abweichende Meinung für „unabdingbar" erklärt hatte, und fährt fort: „Mit Sicherheit verlängern gerade diejenigen den Krieg und kosten Amerikaner das Leben, die auf der Ausweitung des Konflikts über die Grenzen politischer und strategischer Notwendigkeit hinaus beharren. Wenn der Plan der Regierung offenkundig nicht überzeugt, was soll dann die offizielle Erregung darüber . . .? Wenn eine Politik scheitert, vermuten die Verantwortlichen oft, daß andere an dem Fehlschlag schuld seien, statt sich mit dem schrecklichen Gedanken vertraut zu machen, die Politik könnte falsch gewesen sein. Sie konzentrieren sich, wie Senator McGovern es formuliert hat, darauf, ‚das Scheitern ihrer Politik ihren Kritikern vorzuwerfen'."

Die Frage der Wehrpflicht wird vielleicht im Aktionsprogramm der Friedensbewegung den wichtigsten Platz einnehmen. Für den 13. Mai war eine Studentenkonferenz nach Chikago einberufen worden, die eine das ganze Land erfassende Kampagne gegen die Wehrpflicht ausarbeiten sollte. Religions- und Bürgerrechtsorganisationen haben Beratungsbüros eröffnet, in denen sich junge Männer über ihre recht begrenzten gesetzlichen Rechte auf Befreiung vom Wehrdienst informieren können. Dr. Martin Luther King jr. erklärte am 25. April vor einer Pressekonferenz in Atlanta, daß sich „Millionen diesem Krieg widersetzen werden". Er wies mit besonderer Betonung auf die Haltung der Jugend hin und führte dazu aus: „Wenn dieser Krieg nicht aufhört, dann werden sich Zehntausende von Negern und weißen Studenten gezwungen sehen, eher ins Gefängnis zu gehen als zu kämpfen ... Ich bin genau der entgegengesetzten Ansicht wie General Westmoreland. Ich meine, dieser hinterlistige, unheilvolle und bösartige Versuch, das amerikanische Volk zu verwirren, muß beendet werden. Es wird keine Einmütigkeit über diesen Krieg geben."

Dr. King hat angekündigt, er wolle in diesem Sommer 10 000 „Friedensfreiwillige" zu einer Kampagne im Maßstab der vorhergehenden Bürgerrechtskampagnen anwerben. Wenn es gelingt, die vielen neuen Kräfte, die in diesem Frühjahr zum erstenmal aktiv an der Friedensbewegung teilgenommen haben, in einer starken Bewegung auf breiter Basis zusammenzufassen, dann besteht Hoffnung, daß das, was Senator McGovern die „wahnsinnige Politik" nennt, abgebrochen werden kann, ehe es zu spät ist. Präsident Johnson hat sein ganzes Prestige auf die Karte eines militärischen Sieges in Vietnam gesetzt. Seine irrsinnigen Eskalationshandlungen werden nicht zuletzt von der Erkenntnis diktiert, daß er, wenn er diesenSieg nicht bis 1968 erringt, die Wahl verlieren wird. Männer wie der im In- und Ausland bekannte Kolumnist Walter Lippmann sagen bereits offen, daß die Entfernung Johnsons aus dem Weißen Haus in den nächsten Wahlen die einzige Hoffnung auf Frieden darstelle. Wir sehen einem „langen heißen Sommer" entgegen ...

Übertragung aus dem Amerikanischen: Karin Pée

Sidney Lens, Chicago

Ein neues Rezept für Kolonialismus

Bemerkungen zur Konferenz in Punta del Este

In charakteristischer Überschwenglichkeit nannte Dean Rusk die Entscheidung von Punta del Este, bis 1985 einen lateinamerikanischen gemeinsamen Markt zu schaffen, die wichtigste, die die 19 Republiken seit Erringung ihrer Unabhängig-

keit von Spanien und Portugal gefällt hätten. Sollte das der Fall sein, so scheint die historische Bedeutung dieser dreitägigen Konferenz im April den Staatsoberhäuptern entgangen zu sein.

Die weitaus überwiegende Mehrheit stufte den gemeinsamen Markt in ihrem Prioritätenkatalog weit unten ein. Präsident Rene Barrientos von Bolivien lehnte eine Teilnahme ab, da die Zusicherung eines Seehafens für seinen von Festland eingeschlossenen Staat nicht auf der Tagesordnung stand. Vielleicht beschäftigte ihn auch die zunehmende Aktivität der Guerillas in seinem Gebiet zu stark. Präsident Otto Arosemena von Ecuador verweigerte demonstrativ seine Unterschrift unter die Erklärung der Präsidenten der amerikanischen Staaten, da er der Meinung war, es sei am wichtigsten, für lateinamerikanische Exporte in die USA Vorzugsbedingungen zu schaffen. Präsident Duvalier von Haiti hielt es für zu gefährlich, an den Beratungen weit entfernt von Port au Prince teilzunehmen, aus Furcht, seine Abwesenheit könne eine Revolution auslösen. Präsident Fernando Belaunde von Peru erklärte einem Journalisten, er habe „nicht sehr viel von der Konferenz erwartet" und sei nicht enttäuscht.

Präsident Gustavo Diaz von Mexiko blieb es überlassen, die allgemeine Besorgnis zusammenfassend auszusprechen. Obwohl er ein loyaler Freund Lyndon B. Johnsons ist, betonte er in seinem Fernsehbericht an das mexikanische Volk immer wieder den Wunsch nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit. In der höflichen und abgewogenen Sprache, die sich für ein kleines Land im Verkehr mit dem benachbarten Goliath ziemt, betonte Diaz die Notwendigkeit für sein Gebiet, „der wirtschaftlichen Entwicklung, dem Fortschritt und Wohlstand die eigenen Bemühungen zugrundezulegen und Hilfe von außen — besonders, möchte ich sagen, von den Vereinigten Staaten — nur in angemessener und höflicher Form anzunehmen". Er warnte: „Die wirtschaftliche Integration Lateinamerikas wäre sinnlos, wenn sie nur dem Nutzen großer Gesellschaften diente, die ausländische Interessen vertreten."

Das war der Kern der in den 19 Republiken herrschenden Befürchtungen. Die gefügigen Nationen der westlichen Welt verlangen größere Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten. In den rauchigen Konferenzräumen sprachen sie über Handelsvergünstigungen und die Aufhebung der einschränkenden Bestimmungen für den Kauf von Waren im Rahmen der Allianz für den Fortschritt in anderen Ländern als den USA. Wenn sie industrialisieren müssen, wollen sie das mit ihrem eigenen Kapital, gestützt auf ihre eigenen Unternehmer. Aber das von Johnson und Rusk verordnete Rezept für die wirtschaftliche Integration bestand in nicht sehr fein dosiertem Drängen auf größere Abhängigkeit. Die Vereinigten Staaten wollten fünf Jahre lang eine jährliche Hilfe von 300 Millionen Dollar für den Bau internationaler Straßen und besserer Kommunikationsmittel garantieren. Als Gegenleistung würde der Industrie und dem Kapital Nordamerikas weit die Tür geöffnet werden, so daß bis 1985 der Würgegriff vollkommen wäre.

Theoretisch wäre ein gemeinsamer Markt ein großer Fortschritt. Er würde vielleicht zur politischen Einheit führen und den Traum Simon Bolivars von den Vereinigten Staaten von Lateinamerika verwirklichen. Aber ein Plan kann in der Theorie vorzüglich und in der Praxis doch ganz verderblich sein. Die Theorie, die einem gemeinsamen Markt zugrundeliegt, ist folgende: Wenn man Zölle und Handelsbeschränkungen zwischen einer Gruppe von Staaten aufhebt, bietet der ausgedehnte Markt Unternehmern die Möglichkeit, mit Gewinn Industrieunternehmen zu erweitern und die Produktion zu steigern. Darüber hinaus bieten

gemeinsame Außenzölle der einheimischen Industrie Schutz, bis sie den gleichen Standard wie die entwickelten Volkswirtschaften erreicht hat. Ein Automobilwerk in Bolivien oder Chile hätte einen potentiellen Markt von höchstens einigen tausend Käufern. Bestenfalls könnte es eine Montagefabrik werden, die die Einzelteile importierte und sie zusammensetzte. Wenn aber die Abschaffung der Zölle zwischen den 19 Republiken (Kuba ist natürlich ausgenommen) einen einzigen Markt für 240 Millionen Menschen schafft — selbst wenn man einräumt, daß wenigstens die Hälfte davon aufgrund ihrer Armut völlig außerhalb der Geldwirtschaft steht —, so wird es durchführbar, ein höher entwickeltes Automobilwerk mit einer Kapazität von Hunderttausenden von Kraftfahrzeugen zu bauen. Anstelle kleiner Montagefirmen in einem Dutzend von Städten wären dann ein bis zwei große, vollstufige Werke, sagen wir, in Sao Paulo, Bogota oder Buenos Aires angebracht. Mit einem Massenmarkt wären also die lateinamerikanischen Staaten bald industrialisiert und verlören die derzeitige Abhängigkeit von Rohstoffen wie Kaffee, Zucker, Bananen, Zinn, Kupfer und Vieh.

Das gilt zumindest theoretisch. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Um solche Möglichkeiten zu nutzen, braucht ein Unternehmen Know-how und Kapital. Es ist jedoch eine feststehende Tatsache, daß lateinamerikanische Firmen bis auf wenige Ausnahmen mit den gigantischen Konzernen der Vereinigten Staaten nicht konkurrieren können. Gerade heute klagen brasilianische Gesellschaften, daß sie unter den von ihrer Regierung verfügten Kreditrestriktionen erstickten, während nordamerikanische Firmen „ausländisches Kapital importieren konnten", um dem Druck auszuweichen. Außerdem sind die Konzerne der USA den Lateinamerikanern natürlich um fünf oder sechs Generationen industrieller Erfahrung voraus. In jedem Konkurrenzkampf würden sie unausweichlich die Schleusen öffnen und den lateinamerikanischen Markt rücksichtslos überschwemmen.

In kleinerem Maßstab ist das in den alten Bananenrepubliken schon geschehen, wo seit sieben Jahren ein Zentralamerikanischer Gemeinsamer Markt (Central American Common Market — CACM) besteht. Es kam zu einer Invasion von nordamerikanischen Kühlschrankproduzenten und Pharmaziefirmen, die zum Anstieg des Bruttosozialprodukts um einige Prozent beitrugen. Die Volkswirtschaften jedoch stehen nicht auf festerem Grund als vorher, und, wie Henry Lee im „New Leader" schreibt, sind bisher „wenige Errungenschaften ... zu den Armen, Kranken und Unwissenden durchgedrungen".

Um es deutlich zu sagen: Der augenblickliche Plan Johnsons zielt nicht so sehr auf die Lösung der lateinamerikanischen Probleme wie auf die Erweiterung der Möglichkeiten für industrielle Investitionen Nordamerikas. Der pragmatisch denkende amerikanische Präsident erkennt die ungesunde Situation der US-Unternehmen südlich des Rio Grande und sucht sie zu verbessern. Mehr als die Hälfte der 11 Milliarden Dollar US-Kapital in den 19 Republiken dient heute der Ausbeutung von Bodenschätzen im Bergbau und in der Ölgewinnung. Bis 1983/84 enden die einträglichen Konzessionen der Erdölgesellschaften in Venezuela, die mehr als ein Viertel der US-Gelder in diesem Raum repräsentieren. Die Onkel Sam gehörenden öffentlichen Versorgungsbetriebe befinden sich in recht unsicherer Lage; viele sind verstaatlicht worden. Abgesehen davon steht den USA einfach zuviel überflüssiges Kapital zur Verfügung. Ihr Auslandsbesitz ist seit Kriegsende um 450 Prozent gestiegen, und doch erfordern die Konzerngewinne immer neue Anlagemöglichkeiten. Gibt es eine bessere Lösung als die Umstrukturierung der lateinamerikanischen Wirtschaft zu diesem Zweck? Der gemein-

same Markt wird Onkel Sams Industriekonzernen Neuland wie nie zuvor erschließen.

Die Umrisse dieser beabsichtigten Invasion sind bereits sichtbar. „Ein heftiger Vorstoß von US-Banken nach Lateinamerika scheint im Gang zu sein", berichtet „Business Week". Die Bank of America verhandelt über den Kauf der Banco Guanabara in Brasilien. Die Chase Manhattan Bank hat sowohl die Banco Atlantica in Honduras, die größte in Mittelamerika, wie auch Niederlassungen in Peru, Brasilien und Venezuela erworben. Sie plant für die nächste Zukunft weitere Transaktionen in Kolumbien. Die First National Bank und die Morgan Guaranty Bank haben eine Investitionsbank in Brasilien gegründet. Ein besonders beunruhigender neuer Zug — für die Lateinamerikaner — ist die Tendenz der US-Gesellschaften, lieber bestehende einheimische Unternehmen unter ihre Kontrolle zu bringen, als neue Produktionsstätten zu errichten, die zur Vergrößerung des Sozialprodukts beitragen würden. Man hört diese Klage häufig in Brasilien, wo nordamerikanische Versicherungsgesellschaften beschleunigt Anteile an örtlichen Firmen kaufen.

All das ist im Rahmen der Allianz für den Fortschritt geschehen, die sich, wie man annahm, vor allem mit der Reform der lateinamerikanischen Sozialstruktur beschäftigen sollte. Nun muß das Tempo verschärft, die Maske fallen gelassen werden. Der Begriff „wirtschaftliche Integration" ist eine dürftige Verschleierung der industriellen Invasion. Deshalb wird Rusk geradezu lyrisch, wenn er von Punta del Este spricht, und deshalb sind Präsident Diaz von Mexiko und andere so besorgt.

Am Konferenzort in Uruguay versprach Präsident Johnson, die Allianz für den Fortschritt weitere zehn Jahre lang fortzusetzen. Aber das verbirgt nicht den tiefgreifenden Kurswechsel. Die Allianz hat sich nicht etwa an die proklamierten Ziele — Reform und demokratische Revolution — gehalten, im Gegenteil. Sie kann auch auf keinen wirklichen wirtschaftlichen Erfolg für die lateinamerikanischen Völker hinweisen. Viel, wenn nicht das meiste von ihren Mitteln ist auf die Stützung der schwachen Währungen Brasiliens, Chiles, Kolumbiens und anderer Länder verwandt worden. Die Bodenreform, Steuerreform und andere Reformen, die Präsident Kennedy als Gegenleistung für die US-Hilfe gefordert hatte, wurden im Handumdrehen zu toten Buchstaben — die Oligarchien hatten nicht die Absicht, ihre Schiffe zu verlassen. Das Ergebnis ist, daß die Masse der Lateinamerikaner, die Kleinbauern, Arbeiter und Slumbewohner, immer noch auf der Schattenseite steht, ja, daß es ihr wahrscheinlich schlechter als vorher geht. Sicher trifft das zu auf Brasilien, die Dominikanische Republik und Argentinien. In zehn Jahren ist das Einkommen in Lateinamerika um 40 Dollar pro Person gestiegen (im Gegensatz zu 175 Dollar in den entwickelten Ländern). Das Ziel der Erhöhung der privaten Einkommen um zweieinhalb Prozent jährlich, so bescheiden es war, ist nur zur Hälfte erreicht worden; und wenn auch für den Anstieg der Einkommen der Mittel- und Oberschicht einiges getan wird, so ist doch wenig davon bis zu den unteren Klassen gedrungen.

Aber rhetorisch sprach die Allianz immerhin von der Notwendigkeit sozialer Veränderungen. Sie benutzte Ausdrücke wie „Revolution", was Kleinbauerngruppen an einigen Orten als Ansporn diente, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Nun wird sogar diese Rhetorik über Bord geworfen. Washington scheint der Überzeugung zu sein, es bestehe keine Gefahr einer Revolution nach

kubanischem Muster mehr und deshalb auch kein Anlaß, sich um nationalistische Reformwünsche zu kümmern.

Die Erklärung der Präsidenten hob diese Veränderung hervor. In ihr ist die Rede von „multinationalen Projekten" (Straßen und Kommunikationsmitteln), von erhöhten „Außenhandelsgewinnen", größerer „landwirtschaftlicher Produktivität" und „Ausbildung zur Entwicklung". Strukturveränderungen jedoch werden als bedeutungslos eingestuft. Die soziale Lage ist Johnson und Rusk gut genug, wenn nur die Volkswirtschaften durch den gemeinsamen Markt derart modifiziert werden, daß sie Unmengen von industriellem Kapital aus den USA aufnehmen können.

Darüber hinaus weiß jeder, daß dies nur der erste Schritt ist. Auf Rusks Schreibtisch liegt ein Plan zur militärischen Integration als Ergänzung zur wirtschaftlichen. Er legte seine Vorschläge nicht in Punta del Este vor, denn der Moment war nicht eben günstig. Es gab zuviel Opposition gegen die Schaffung einer multinationalen — natürlich vom Koloß im Norden beherrschten — Armee, deren Hauptaufgabe darin bestehen würde, Revolutionen niederzuschlagen, wo immer sie ausbrechen. Die brasilianische Regierung, die zu Onkel Sams treuestem Satelliten geworden ist, liebäugelte zwar mit dem Gedanken, andere aber brachten ihm zu wenig Sympathie entgegen, als daß er hätte durchgeführt werden können. Man mußte die Idee für den Augenblick fallen lassen; zweifellos wird sie aber in naher Zukunft wieder auftauchen.

Auch dies muß man als integrierenden Bestandteil des Johnsonschen Rezepts verstehen. Das Vertrauen auf militärische Stärke und die Militärdiktatur bildet einen Eckpfeiler der US-Politik gegenüber den lateinamerikanischen Republiken. Sie nimmt nicht nur die Form direkter Intervention nordamerikanischer Marineinfanterie an wie in der Dominikanischen Republik am 28. April 1965, sondern auch die der indirekten Anregung der einheimischen Armeen, selbst die Macht zu ergreifen, wann immer die Unzufriedenheit die Grenze der Revolution erreicht.

Tatsache ist, daß heute mehr Lateinamerikaner unter Militärdiktaturen leben als zu der Zeit, zu der die Allianz für den Fortschritt gegründet wurde. Der Grund liegt auf der Hand: Die Lebensbedingungen wurden nicht besser; entweder blieben sie auf dem alten Stand, oder sie verschlechterten sich. Die lateinamerikanischen Exporte sind in den letzten zehn Jahren um ganze 3,9 Prozent gestiegen, und selbst das wurde mehr als wettgemacht durch die Begleichung von Auslandsschulden. 1956 dienten nur 6 Prozent der Exporteinnahmen zur Zahlung von Zinsen und Tilgungsraten für Auslandsanleihen; bis 1965 stieg dieser Satz auf 16 Prozent. Die Nahrungsmittelproduktion bleibt im Wachstum hinter der Bevölkerungsexplosion zurück. Die Wohnungsnot ist größer als vor einem Jahrzehnt — trotz der Allianz für den Fortschritt.

Die Unzufriedenheit ist daher heute stärker als gestern, und der Staatsstreich der Militärs ist zur Standardantwort auf das Streben der Armen nach Befreiung geworden. Als Beweis seien nur Brasilien und Argentinien mit der Hälfte der Einwohner des lateinamerikanischen Raumes genannt, die beide von Militärdiktaturen regiert werden. Kurz vor der Konferenz von Punta del Este beschlagnahmte General Ongania in Argentinien das Vermögen von sechs Gewerkschaften und erklärte ihre Satzungen für ungültig. Statt der demokratischen Revolu-

tion wird die militärische Konterrevolution betrieben, und Washington unterstützt oder duldet sie.

Die USA sind durch diese Entwicklung durchaus nicht beunruhigt, im Gegenteil: heimlich begrüßen sie sie. Die Militärregierung Brasiliens unter Castelo Branco und nun unter Costa e Silva ist augenblicklich Onkel Sams bester Freund. Sie wird vom brasilianischen Volk allgemein gehaßt, sogar von einigen Industriellen und Oligarchen. Brasiliens Kongreß ist Schwindel, er hat nicht einmal das Recht, über das Regierungsbudget zu entscheiden. Die Löhne werden streng kontrolliert, während die Inflation astronomische Ausmaße annimmt — 43 Prozent im vergangenen Jahr. Aber Washington schätzt diese Regierung besonders hoch, weil deren langfristige Pläne den eigenen ähnlich sind. Das brasilianische Regime trachtet im Gegensatz zu anderen Regierungen bewußt danach, zum wirtschaftlichen Vasallen der Vereinigten Staaten zu werden. Roberto Campos, der ehemalige brasilianische Planungsminister, sah die Lösung der Probleme der westlichen Welt in der Einladung von US-Industrieunternehmen zum Ausverkauf des Gebietes. Weil diese Firmen rentabler als die einheimischen Kapitalisten arbeiteten, würden sie die inländischen Unternehmer entweder an die Wand drücken oder zwingen, ebenso produktiv zu wirtschaften. Bei diesem ökonomischen Darwinismus würde der Starke überleben, der Schwache aus dem Wirtschaftsleben ausscheiden. Ähnliche Gedanken vertrat Campos für die Bodenreform: Sie sollte zur Erhöhung der Produktivität, zur Bildung großer kapitalistisch geleiteter Landwirtschaftsbetriebe anregen. Inzwischen würden die Arbeiter und Kleinbauern, während das Bruttosozialprodukt zunahm, darauf warten, daß etwas von dem Überfluß zu ihnen herabsickerte, mehr nicht.

Das ist wirklich Washingtons eigener Plan für die 19 Republiken. Der „gemeinsame Markt" ist der Hebel zu seiner Durchführung. Aber diese Politik ist noch kurzsichtiger als die vorher betriebene; denn sie setzt voraus, daß die nationalistische Bewegung eingeschlafen ist oder für immer unterdrückt werden kann. Die Guerillas, die in Guatemala, Peru, Kolumbien, Venezuela und Bolivien kämpfen, sind sicher noch weit von der Macht entfernt. Die Opposition in Brasilien wird im Untergrund weiterbetrieben, vor allem von Universitätsstudenten und einem Teil des Klerus. In Argentinien hat sich noch kein engerer Zusammenhalt zwischen den oppositionellen Gruppen herauskristallisiert. Nationalistische Erfolge sind selten und gering.

Aber die Entwicklung schreitet fort, die nationalistische Stimmung greift um sich. Jederzeit kann sich das labile Gleichgewicht Lateinamerikas entscheidend ändern. Die 1000 „green berets" in Guatemala oder die unzähligen amerikanischen militärischen Berater in verschiedenen Ländern können sich als ebenso unfähig erweisen, der Flut zu trotzen, wie 1963 Kennedys 22 000 „Berater" in Vietnam. Die These, die USA könnten die nationale Revolution umgehen und weiterhin den alten neoimperialistischen Weg verfolgen, ist eine gefährliche Dummheit, für die die Amerikaner — und die Welt — in naher Zukunft teuer werden bezahlen müssen.

Übertragung aus dem Amerikanischen: Karin Pée

Stephan Leibfried

Universität und Formierung (II)

I. Universität und soziale Demokratie*)

Demokratie gilt dieser Universität, wie schon in Thomas Manns „Betrachtungen eines Unpolitischen", weiterhin als „Anspruch, Anmaßung, freche Forderung"[1]) von unten, als dis- oder unqualifizierter „pseudogewerkschaftlicher" Druck von der Straße. Mit der „unpolitischen Wissenschaft" und der „unpolitischen Universität" vermeint man, sich den Konflikten dieser Gesellschaft zu entziehen. So sucht und findet die Professorenschaft ihren Sündenbock bei einer hinter allem vermuteten konspirativen Minorität, weil „bei einem Teil der Studentenschaft der Wunsch besteht, alle Vorgänge nur vom politischen Standpunkt aus zu werten" (Rektor Lüers, Rektor der Freien Universität im Sommersemester 1965). Eben durch diese Bewußtseinsdeformation macht die Universität als ein dem Schein nach unpolitischer Betrieb sich um so nützlicher und glaubt, sich rationaler Überprüfung ihrer politischen Hintergründe, ihrer politischen Funktion und der politischen Voraussetzungen und Wirkungen ihrer Forschung und Lehre entledigen zu können, was ihr dazu verhilft, in Anlehnung an die bewährte Tradition einer Kontinuierung bildungshumanistischer Innerlichkeit und staatstreuer Autoritätsbereitschaft im Windschatten von „Unpolitik" ihre antidemokratischen Vorurteile weiterkultivieren zu können.

Diese Universität muß sich deshalb, will sie nicht weiter unkritischer Zulieferer des Status quo bleiben, mit der Gesellschaft kritisch auseinandersetzen und sich in ihr kritisch engagieren. Wissenschaft muß aus ihrer „positivistisch-kontemplativen Haltung" heraustreten und „in Erinnerung an ihren ursprünglichen Auftrag Aufklärung" werden; die „Macht des Faktischen zu brechen" heißt sie überfordern — „aber sie doch als gebrechlich aufzuzeigen, ihre Veränderung zum Besseren vorzubereiten", ist Aufgabe wissenschaftlicher Analyse (Margherita v. Brentano). Das, was wissenschaftliche Analyse leisten muß, ist, „die Bedingungen aufzuzeigen, unter denen die Verwirklichung solcher Ziele (d. i.: einer besseren Gesellschaft, d. Verf.) möglich wird, und die Kräfte, von denen diese Verwirklichung abhängt" (Paul Sering, d. i. Richard Löwenthal).

Soll nicht die Universität zum Instrument der Ausrichtung werden, so muß sie im Wissenschaftsbetrieb nach vorn gewandte Dysfunktionalität fördern und fordern, um die Gesellschaft für mögliche Änderung offen zu halten. „Die Sozialisationsinstanz Bildung sähe sich dann vor die Forderung gestellt, ‚dysfunktional' in einem neuen, nach vorn gewandten Sinn zu werden: Sie hätte eine utopische Qualität der Offenheit auf Änderung hin auszuweisen, die sowohl der gesellschaftlichen Reproduktion als der Emanzipationschance des einzelnen genügt." [2]) Dagegen gefährdet der augenblickliche Zustand der Zurichtung der Universität

*) Vgl. Heft 4/67.
1) Zitiert nach Wolfgang Abendroth, Das Unpolitische als Wesensmerkmal der deutschen Universität, in: Nationalsozialismus und die deutsche Universität, Universitätstage der Freien Universität 1966, Berlin 1966, S. 189 ff. (197).
2) Wolfgang Edelstein, Schulreform und kritische Theorie, in „atomzeitalter", 8/1965, S. 230.

auf unmittelbar ökonomische Bedürfnisse, „so realistisch solche Bildung ist, zugleich die Emanzipationschance der einzelnen, auf die eine mündigere Gesellschaft ebenso angewiesen ist wie auf die Entfaltung der Ökonomie".[3])

Staat, Wirtschaft, Wissenschaft

Die Universitäten sind „in den gesellschaftlichen Apparat eingespannt, ihre Leistung ist ein Moment bei der Selbsterhaltung, bei der fortwährenden Reproduktion des Bestehenden, gleichviel was sie sich selbst für einen Reim darauf machen".[4]) Die Mechanismen zur Erreichung der Gefügigkeit den herrschenden gesellschaftlichen Interessen gegenüber sind vielfältig: Einer der wichtigsten dürfte in der weitgehend unöffentlich vollzogenen Priotitätensetzung für die Forschung durch Staat und Wirtschaft im Wege der Eigenforschung, Vertrags- und Auftragsforschung oder freiwilliger Koordination liegen. Das hat auch seine Konsequenzen für die Lehre: z. B. wird bei den Sozialwissenschaften die Grundlagenforschung im Gegensatz zu empirischen Fragestellungen durch das Interesse der Auftraggeber an praktisch verwertbaren Ergebnissen schlicht unterschlagen.[5]) Daß eine mangelnde Grundlagenforschung den Inhalt der Lehre beeinflußt, dürfte evident sein. Auch auf diesem Umweg wird eine ‚realitätsgerechte' Ausbildung an der Universität erreicht. Dieser Zustand hinterläßt bei den Wissenschaftlern ein schlechtes Gewissen. Die sporadischen Bemühungen der Politologie z.B., ihren instrumentalen Rahmen zu verlassen und sich „synoptisch" auf ihre Grundlagen zu besinnen, sind ein Indiz hierfür.

Das, was als „selbsttätige Bewegung der Wissenschaft", als autonomer, von den gesellschaftlichen Bedingungen scheinbar unabhängiger Prozeß galt, war immer schon eine Illusion. „Sie entspricht der Tätigkeit des Gelehrten, wie sie neben allen übrigen Tätigkeiten in der Gesellschaft verrichtet wird, ohne daß der Zusammenhang zwischen den einzelnen Tätigkeiten unmittelbar durchsichtig wird." [6]) Mit der zunehmenden Wichtigkeit der Wissenschaft als Produktivkraft in der hochindustriellen Gesellschaft wird diese Illusion aber zunehmend manifest. Diese Rationalisierung zerschlägt sich auch an den konkreten Organisationsformen der institutionalisierten Wissenschaft. „Heute sind die Forschungsprozesse mit der technischen Umsetzung und der ökonomischen Auswertung, ist die Wissenschaft mit Produktion und Verwaltung im industriegesellschaftlichen System der Arbeit zusammengekoppelt: Anwendung der Wissenschaft in Technik und Rückanwendung der technischen Fortschritte in der Forschung sind zur Substanz der Arbeitswelt selbst geworden." [7])

Die Anforderungen der hochindustriellen Gesellschaft an die Institution Universität sind, wie Habermas auf den Universitätstagen der Freien Universität im Februar 1967 ausgeführt hat, zweifacher Art: Sie hat ihre unmittelbare Funktion im System gesellschaftlicher Arbeit und ihre darüber hinausgehenden nichtfunktionalen Aufgaben zu erfüllen. Sie muß technisch verwertbares Wissen erzeugen (das in der industriellen Verwertung, der Rüstung oder der zivilen Wohlfahrt angewendet wird) und hat Beratungswissen bereitzustellen, das in die Strategien öffentlicher und privater Entscheidungsinstanzen eingeht. Zudem hat sie für eine erweiterte Reproduktion von Forschung und Lehre selbst zu

---

3) Ebenda, S. 234.
4) Max Horkheimer, Traditionelle und kritische Theorie, in: „Zeitschrift für Sozialforschung", Bd. VI, 1937, S. 245 ff. (252).
5) Vgl. Hans Paul Bahrdt, Forschung und Staat, in: Forschungsplanung, München 1966, S. 145 ff (147).
6) Max Horkheimer, a.a.O., S. 253.
7) Jürgen Habermas, Vom sozialen Wandel akademischer Bildung, in: Universität und Universalität (Universitätstage der Freien Universität), Berlin 1963, S. 168.

sorgen. Darüber hinaus obliegt es ihr, den Aufgaben der berufsethischen Sozialisierung — der Ausstattung des Studenten mit extra-funktionalem, für die Ausübung seiner Berufsrolle relevanten Eigenschaften —, der Aneignung, Interpretation und Weiterentwicklung der kulturellen Tradition und der Prägung des politischen Bewußtseins nachzukommen. Wie sie diesen Aufgaben gerecht wird, ist ein Indiz für die Entwicklung dieser Gesellschaft, die nach wie vor in die Alternative der autoritären oder sozialen Demokratie gestellt ist, in praxi aber zunehmend die erstere verwirklicht. An der Erfüllung ihrer extra-funktionalen Aufgaben ist dies beim Wissenschaftsrat schon gezeigt worden. Es sollen nun einige Symptome autoritärer Praxis der Universität im Rahmen ihrer unmittelbaren Funktion als Forschungsinstanz aufgezeigt und auf Grund der „staatskapitalistischen" (Max Weber) Institutsstruktur der Ort der Universität in einer sozialen Demokratie umrissen werden.

Die Wissenschaft ist im Zuge der „sozialstaatlichen Transformation des liberalen Rechtsstaates" (Habermas), im Zuge der Integration des politischen Entscheidungsapparats durch Subventionen, Regulierungen, Interventionen etc. in die gesellschaftlichen Strukturen, mit dem diesem Prozeß korrespondierenden Eindringen der konfliktbestimmten Struktur der Gesellschaft in den Bereich der politischen Entscheidung, zunehmend dem mehr „privaten" Bereich des Privatgelehrten enthoben und von Staat und Wirtschaft direkt in Pflicht genommen worden. Gab es vor dem Ersten Weltkrieg noch wissenschaftliche Gesellschaften, die in der Art von Honoratiorenvereinen den spontan organisierten Zwecken der bürgerlichen Privatleute dienten, so verbirgt sich heute hinter der Etikette des e. V. ein in Wirklichkeit von privaten Zielsetzungen abgelöster, hauptamtlich gesteuerter Betrieb einiger Verwaltungsfunktionäre, deren Verwaltungstätigkeit sich zumeist durch die öffentliche Subventionstäigkeit der staatlichen Bürokratie vollends von der Kontrolle der Mitglieder ‚emanzipiert' hat. In dieser Situation erweisen sich die Rechtsformen des privaten Rechts, so die Konstruktion der Max-Planck-Gesellschaft (MPG: Zusammenfassung nicht universitätsangehöriger Forschungsinstitute auf diversen Fachgebieten) und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG: „Clearing-house" für Forschungsfinanzierung auf Bundesebene), die nach außen eine spezifische Autonomie und Selbstverwaltung der deutschen Wissenschaft zu dokumentieren scheinen, als Verschleierung der unter der Glocke dieser Rechtsform betriebenen unkontrollierten Wissenschaftspolitik von Staat, Wirtschaft und Wissenschaftsverwaltern. Wenn in der privatrechtlich verfaßten DFG in dem wichtigen Ausschuß für „angewandte Forschung" die eben angegebenen drei „Partner" zu je einem Drittel stimmberechtigt vertreten sind und wenn der DFG-Hauptausschuß zu 51 Prozent aus Wissenschaftsvertretern und zu 49 Prozent aus staatlichen und privaten Geldgebern besteht [8]), so wird klar, was von der Etikette der „autonomen Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft" zu halten ist. Mit der Rekrutierung des materiellen Substrats der privatrechtlichen Vereine aus öffentlichen Haushalten und anderen Quellen, jedenfalls nicht mehr aus den privaten Mitteln der Vereinsmitglieder, entfällt der soziale Grund der staatsaufsichtfreien Sphäre privater Organisationen, nämlich ihre ökonomische Autonomie, und verkehrt sich die ursprüngliche Intention in ihr Gegenteil: Unter dem Mantel der durch private Rechtsformen garantierten Flexibilität wird der Wissenschaftsprozeß vom Staat (und von der Wirtschaft) gelenkt, ohne daß dem eine öffentliche Verantwortung entspräche.

8) Vgl. Wolfgang Nitsch, Prioritäten in der Forschung, Bericht über eine Akademietagung in Loccum, 16.—19. 11. 1965, in: „atomzeitalter", 1/1966, S. 14 ff.

Diese Abhängigkeit vom Staatsapparat — die bei den privatrechtlichen Organisationen zum Teil schwerer wiegen mag als ein formaler organisatorischer Einbau in die Sphäre des Staates selbst — und von der Wirtschaft gilt gleichermaßen für die sonstigen Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft (Max-Planck-Gesellschaft, Westdeutsche Rektorenkonferenz, Wissenschaftsrat). Die Abhängigkeit besteht auch hier, wenn auch in Art und Ausmaß anders strukturiert.

Auf diesem Wege ist nun die Universität im Zuge sozialstaatlicher Transformation, gekoppelt mit der Restauration nach 1945, in ihrer Forschung in zunehmendem Maße zur unmittelbaren Funktion staatlicher und wirtschaftlicher Interessen geworden. Sie bearbeitet bei einem Großteil ihrer Forschungsarbeit unbefragt die ihr von dort aus vorgegebenen Projekte. Die Prioritätensetzung in der Forschung selbst wird zur Zeit durch ein „Zu-Greif-Verfahren" [9]) bewirkt. Gemeint ist eine sich marktähnlich „einstellende" Schwerpunktbildung. Nitsch, Mitarbeiter des Instituts für Bildungsforschung in Berlin, bezeichnet diese Art der Ausrichtung des Forschungsprozesses an bestimmten Schwerpunkten als primäre Ebene gesellschaftlicher Naturwüchsigkeit, der eine sekundäre Ebene nachfolgt, die einen Zustand bezeichnet, in dem diese Prozesse in immer umfassendere politische Ordnungsstrukturen eingebaut werden. Es wird dann die Naturwüchsigkeit des Marktes in die politische Naturwüchsigkeit überführt. Dieser Differenzierung dürfte von der staatlichen Finanzierung aus gesehen die des Ausweichens staatlicher Forschungspolitik in öffentlich verantwortungslose privatrechtliche Formen oder der Koordination im politischen Raum (Förderungsgesetze, Forschungsprioritätenpläne . . .) entsprechen. Beteiligt an diesem Zu-Greif-Verfahren, das sich unöffentlich und im ganzen planlos vollzieht, sind die oben genannten drei Parteien: der Staat — hier insbesondere das Verteidigungs- und Forschungsministerium neben anderen Bundes- oder Länderressorts; die Wirtschaft — mit dem Schwergewicht bei der Großindustrie und der Grundstoffindustrie; die Wissenschaft, vertreten durch das, was Nitsch die „Honoratioren-Gerontokratie der Ordinarien" nennt. Die Reihenfolge im Zugreifen (also bei der Initiative und Einflußnahme im Schwerpunktsetzen) entspricht der angeführten Reihenfolge.

Die Finanzierung von Wissenschaft und Forschung durch Bund und Länder umfaßte in den Jahren 1948/49—1959: Bund: 1873 Millionen DM, Länder: 6592 Millionen DM, Gemeinden: 235 Millionen DM. Die Wirtschaft stellte im gleichen Zeitraum 6100 Millionen DM für wirtschaftseigene Forschung und 379 Millionen DM an zweckgebundenen bzw. freien Spenden für nicht wirtschaftseigene Forschung zur Verfügung.

Im Jahre 1962 wurden von Bund, Ländern und Gemeinden insgesamt 3,59 Milliarden Mark aufgebracht. Davon gingen:

1,920 Milliarden DM an die Hochschulen (I), 163 Millionen DM an die DFG und MPG (II), 153 Millionen an die wissenschaftlichen Institute von Bund und Ländern (die, soweit sie nicht unmittelbar verwaltungsbezogen forschen, meist Dienstleistungsfunktionen für Industrie oder Mittelstand haben) (III), 254,3 Millionen DM für Kernforschung und Atomforschung (IV), 384 Millionen DM für die Verteidigungsforschung (V).

---

[9]) Ebenda.

Neben der Kategorie I fließen insbesondere die Gelder der Kategorien II, IV und V in den Forschungsbetrieb der Universitäten zurück und können lenkend eingesetzt werden.

Die Ausgaben des Bundes von 1962 bis 1965 (insgesamt 7,3 Milliarden Mark) lassen sich nach anderen Kategorien wie folgt aufteilen:

Allgemeine Wissenschaftsförderung 22,9 Prozent, Kernforschung und kerntechnische Entwicklung 21,9 Prozent, Weltraumforschung 10,2 Prozent, Verteidigungsforschung 32,4 Prozent, Studienförderung 5,5 Prozent, verwaltungsbezogene Forschung 12,5 Prozent.

Wie wenig präzis diese Kategorien auch sein mögen, sie geben einen ungefähren Einblick in die Richtung der Lenkung des Forschungsprozesses. Das obliegt im wesentlichen dem Bund. Die Finanzierung durch die Länder hat ihren Schwerpunkt in der Finanzierung der „Ausbildungsbetriebs"-seite der Universität. Da der Bund sich nur auf sehr engen Gebieten eigener Forschungsinstitute bedienen kann, geht die Hauptmasse des Geldes in zweckgebundenen Aufträgen an die Universitäten, die Max-Planck-Gesellschaft oder der Industrie verbundene Forschungsinstitute. Eine Gesamtplanung im Sinne eines „sekundären Prozesses koordinativer gesellschaftlicher Naturwüchsigkeit" weicht auf staatlichem Gebiet deshalb fast völlig dem Zugreifverfahren, weil die föderale Struktur und insbesondere die Zersplitterung der Förderungskompetenzen auf im ganzen 19 Bundesressorts eine Koordination verbieten und unkontrollierter Forschungssteuerung Raum lassen.

Mit der Beratung öffentlicher Entscheidungsinstanzen sind zur Zeit ungefähr 1065 Wissenschaftler gelegentlich oder ständig beschäftigt. Das ist etwa — 1965 gab es 4900 zu 86,5 Prozent besetzte Lehrstühle — jeder fünfte bis sechste Professor, wenn man einen Zuwachs an Lehrstühlen in der Zwischenzeit mit in Anschlag bringt. Die Beratung vollzieht sich in den verschiedensten Formen: Gutachten für spezielle Probleme, wissenschaftliche oder gemischte Beiräte mit verschiedenen Entscheidungskompetenzen, Beratungsverträge mit speziellen Instituten oder einzelnen Wissenschaftlern ... Über die Ausmaße der Beratungstätigkeit für private Entscheidungsinstanzen gibt es im Gegensatz zu den öffentlichen Instanzen kein verläßliches Material.

Die Wirtschaft bedient sich zur Einflußnahme auf die nicht wirtschaftseigenen Forschungsrichtungen eines ganzen Arsenals von Steuerungsmöglichkeiten, die sie bei relativ geringen Ausgaben effektiv zu nutzen weiß. Zentral wird die Förderung der Wissenschaft durch den „Stifterverband für die deutsche Wissenschaft" wahrgenommen. Es handelt sich hier um einen Zusammenschluß von ca. 1400 Firmen mit dem Übergewicht der Groß- und Grundstoffindustrie. Er verfügt jährlich über ca. 20 Millionen DM an Spendenmitteln, von denen ca. die Hälfte frei verfügbar, der Rest zweckgebunden ist. Der Stifterverband vertritt die Wirtschaft gegenüber der Wissenschaft und und war noch 1961 mit Sitz und Stimme in 11 zentralen Wissenschaftsgremien und 31 Förderergesellschaften der Hochschulen beteiligt.

Auf einer zweiten Ebene agieren die Dachorganisationen der gewerblichen Wirtschaft und der Unternehmer (Bundesverband der Deutschen Industrie, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, das Deutsche Industrie-

institut und der Deutsche Industrie- und Handelstag) als mächtige Lobbyistengruppen gegenüber Hochschule und Staat.

Die Hauptakzente der wirtschaftlichen Einflußnahme auf die Wissenschaft liegen auf der Förderung der Forschung als Voraussetzung unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzens und der Erhaltung des politischen und sozialen Status quo. Die Forschungsrichtung wird dabei im wesentlichen auf folgenden Wegen beeinflußt: Einflußnahme auf den Staat bei seiner Mittelvergabe; zweckfreie und zweckgebundene Spenden einzelner Unternehmer (koordiniert über den Stifterverband); unkoordinierte Auftrags- und Vertragsforschung; Vergabe von Promotions- und Forschungsstipendien; Mitwirkung in fast allen Gremien, die eine Steuerungsfunktion im Wissenschaftsprozeß haben.

Universität als staatskapitalistisches Unternehmen

Die Universität steht nicht jenseits der Widersprüche dieser Gesellschaft. Die Trennung von Verfügenden und Objekten der Verfügung, kennzeichnend für die kapitalistische Industriegesellschaft, prägt auch die Hochschulwirklichkeit, die Wirklichkeit der Hochschule als sozialer Einheit, die sich um das sachliche Prinzip wissenschaftlicher Erkenntnis strukturiert.

„Die großen Institute ... sind ‚staatskapitalistische' Unternehmungen. Sie können nicht verwaltet werden ohne Betriebsmittel größeren Umfangs, und es tritt da der gleiche Umstand ein wie überall, wo der kapitalistische Betrieb einsetzt: die ‚Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln'. Der Arbeiter, der Assistent also, ist angewiesen auf die Arbeitsmittel, die vom Staat zur Verfügung gestellt werden: er ist infolgedessen vom Institutsdirektor ebenso abhängig wie ein Angestellter einer Fabrik — denn der Institutsdirektor stellt sich ganz gutgläubig vor, daß dies ‚sein' Institut sei und schaltet darin ..." [10] — so Max Weber 1919.

Diese Entwicklungstendenz, die Weber nur bei den naturwissenschaftlichen und medizinischen Disziplinen feststellte, hat inzwischen die ganze Universität erfaßt und traf und trifft nicht nur den akademischen Mittelbau, sondern, in anderer Schärfe, auch die Studenten. Die Zeit handwerklicher Zustände an der Universität, denen ein Eigenbesitz an den Arbeitsmitteln (Büchern ...) entsprach, ist weitgehend abgelöst durch jene staatskapitalistischen Unternehmungen, den akademischen Forschungs- und Ausbildungsbetrieb. Dem Institutsdirektor steht die große Mehrzahl derjenigen gegenüber, die von der Bereitstellung von Produktionsmitteln (Labors, Apparaturen, Bibliotheken, Karteien, Sammlungen ...) abhängig sind. Mag nun auch „der Professor der wissenschaftlichen Wahrheit näher sein als der Assistent und der Student, so ist doch das Streben nach dieser Wahrheit als individuelle Leistung derart untrennbar mit der Organisation wissenschaftlicher Arbeit in der Universität verknüpft, daß sein Anspruch auf wissenschaftliche Ausbildung bzw. wissenschaftliches Arbeiten in Forschung und Lehre zur hohlen Phrase wird, wenn er von der Verfügung über die unabdingbaren sachlichen Voraussetzungen seiner Arbeit ausgeschlossen wird." [11]

Soziale Demokratie und Universität

Wenn nun Demokratie wie Wissenschaft auf die Steigerung der Freiheit des Menschen bis hin zu seiner vernünftigen Selbstbestimmung abzielen und damit

---

[10] Max Weber, Wissenschaft als Beruf, Berlin 1959, S. 7, in: Gesammelte Schriften zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1951, S. 568.
[11] Wolfgang Nitsch und andere, Hochschule in der Demokratie, Berlin 1965, S. 185.

auf die Veränderung des Herrschaftscharakters, auf Überführung personaler Autorität in rationale, von voluntas in ratio, dann „(ist) es eine Illusion anzunehmen", daß sich die Herrschaftsverhältnisse an der Universität „anders als durch Realisierung der im Grundgesetz geforderten sozialen Demokratie aufheben" [12]) ließen. Die Universität ist ein Moment einer gesellschaftlichen Entwicklung, in der die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel in privater Hand aus gesellschaftlicher Macht über Konzentration zur unmittelbar politischen Macht wird, in der die tendenzielle Gleichheit auf dem Markt der Bürger (= Eigentümer) umschlägt in die Verfügung weniger über die ihnen Subsumierten (seien es Studenten, Arbeiter, Konsumenten . . .). Auch für die Universität gilt, daß das Verhältnis der einzelnen zu ihr nicht nur als eine Frage individueller Freiheit, als Abwehranspruch, sondern auch als eine Frage demokratischer Teilhabe an Entscheidungen über die materiellen Grundlagen der Wissenschaft verstanden werden muß. Liegt im „demokratischen und sozialen Rechtsstaat" (Art. 20 Abs. I, dort statt Rechtsstaat: „Bundesstaat", und Art. 28 Abs. I S. 1 Grundgesetz) die Aufforderung, die Bürger zum Subjekt der Entscheidungen in einer vernünftigen Gesellschaft zu emanzipieren, anstatt ihnen Gesellschaft als entfremdete, naturwüchsige Gewalt gegenüberzustellen, so liegt in einer von hier aus interpretierten Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. III GG) das Gebot auf Teilhabe aller am Wissenschaftsprozeß Beteiligten an der Willens- und Entscheidungsbildung und somit Verfügung über deren materielles Substrat. Denn wenn „wissenschaftliche Arbeit nicht mehr von ihren materiellen Voraussetzungen getrennt gedacht werden kann, ist nur derjenige frei in Wissenschaft und Forschung, der an jenem materiellen Substrat der Wissenschaft teilhat und an der Verfügung über es teilnimmt".[13])

Die Autonomie (und Freiheit) des Individuums kann nicht in einer Sphäre jenseits seiner Arbeitswelt (Freizeit, Konsum) gewonnen werden. Die Autonomie des Individuums war und ist nur als eine vermittelte möglich. So auch im liberal-konstitutionellen Staat, dessen Verfassung „von Anbeginn nicht nur den Staat als solchen und in seinem Verhältnis zur Gesellschaft, sondern den gesellschaftlichen Lebenszusammenhang im ganzen ordnen wollte".[14]) Die politische Ordnung befaßt deshalb die private in sich. Der Rückzug auf das, was privat ist, aber unmittelbar (wie im Studentenwohnheim) oder mittelbar in Regie genommen ist, kann dann nur eine Bestätigung dessen sein, was Autonomie vorenthält. Die Alternative für den Studenten ist nicht die des Rückzugs aufs Private oder des politischen Engagements für die Realisierung der sozialen Demokratie; denn kritisch besehen, variiert diese vorgebliche Alternative nur die der sozialen oder autoritären Demokratie. Denn der Rückzug aufs Private ist in seinem objektiven Wirkungszusammenhang die Option für autoritäre Herrschaft.

Erst die Konkretisierung des Sozialstaatsgedankens in der Universität gewährleistet eine Eigenverantwortlichkeit der Teilnehmer am Wissenschaftsprozeß, die notwendige Bedingung für ein kritisches Subjekt in der Wissenschaft, im Gegensatz zum manipulierten Objekt mit wissenschaftlicher „Haltung" (Wissenschaftsrat). Die sich aus dem liberalen Rechtsstaat entwickelnde Alternative des autoritären oder demokratischen Sozialstaats ist auch zur Option für die Universität gestellt. Entweder hört die Demokratie auf, „nur politische Verfassung zu sein,

---

12) Klaus Meschkat, Neue Universität — alte Interessen, in: „atomzeitalter", 5/1962, S. 126 ff. (127).
13) Wolfgang Nitsch und andere, a.a.O., S. 201.
14) Jürgen Habermas, Dogmatismus, Vernunft und Entscheidung. Zu Theorie und Praxis in der verwissenschaftlichten Zivilisation, in: Theorie und Praxis, Neuwied 1963, S. 231 ff. (242).

und wird zur Verfassung der gesamten Gesellschaft" (Abendroth), oder aber das labile Gruppengleichgewicht wird durch eine „kraftvolle Obrigkeit" (Werner Weber) aufgehoben, und es entsteht ein neuer Absolutismus wohlfahrtsstaatlicher Prägung: „Alles für das Volk, aber nichts durch das Volk" (Habermas).[15]) Entweder entfaltet sich diese Alternative für die Universität in auf Stromlinienform gebrachter Integration oder in der Behauptung ihrer Stellung in der zu verwirklichenden sozialen Demokratie durch verändernde demokratische Theorie und Praxis innerhalb und außerhalb ihrer Institution.

Durch den Wissenschaftsrat ist der Universität bisher die Option für den autoritär-technokratischen Wohlfahrtsstaat geboten worden; die Praxis der Universitäten hat dieser „Lösung" im Zuge der Restauration den Boden vorbereitet; es wird nun alles darauf ankommen, die Realisierung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates abzuwehren und die Praxis der Universitäten zu verändern. Gelingt dies nicht, so ist ein entscheidender Schritt zur autoritär-formierten Konsumgesellschaft genommen, mit dem die Universität als Ort produktiver Unruhe aus der Linie der Opposition gegen den „Ausbau des autoritären Leistungsstaates" [16]) in der Bundesrepublik administrativ entfernt wird.

II. Hochschulreform: Vorschläge zu ihrer Zielsetzung und Verwirklichung

Einer Reform der deutschen Universitäten stellt sich das Problem der Überwindung rein rezeptiver Massenausbildung der Studenten in Verbindung mit der Etablierung eines demokratischen Arbeitsprozesses an den Universitäten. Bei all diesen Bemühungen darf nicht übersehen werden, daß die Universität Teil der Gesellschaft ist, von der Struktur dieser Gesellschaft abhängig, von ihr nicht abstrahierbar. Dies durch idealistische Metaphysik in Meditation über die „Idee der Universität", über die Bildungsstätte Universität überwinden zu wollen, hat nur noch engere und unkritische Bindung an diese Struktur zur Folge. Loslösen kann sich die Universität nicht; sie kann aber auf die ihr vorgegebenen gesellschaftlichen Bedingungen durch kritische Reflexion zurückwirken und mit der Aufklärung dieser Gesellschaft, deren Progreß zu einer „richtigen Gesellschaft", auf ihre eigene Emanzipation hinwirken. Wenn man dem Akademiker schon eine besondere Verantwortung zurechnet, dann die, durch das Vorantreiben dieses Aufklärungsprozesses und von dessen Auswirkungen in der Gesellschaft die Möglichkeit einer „mündigen Gesellschaft" mitzuverwirklichen; dann die, seine kritische Aufgabe zu erkennen und ihr in der Praxis gerecht zu werden. Wenn es eine besondere Verantwortung der Universität gibt, dann die, kritisches Denken zu fördern und zu fordern und es in der Gesellschaft praktisch werden zu lassen. Jede Reform ist also nur Partialreform eines Teils dieser Gesellschaft, mit Auswirkungen zwar, die über diesen Teil hinausgreifen, aber gleichzeitig Einflüssen ausgesetzt, die jede Reform notwendig unvollständig lassen. Daher die Rede von einer demokratischen Universität in einer demokratischen Gesellschaft. Das eine ist nicht ohne das andere denkbar.

1) Vom Lehrstoffkonsumenten zum kritischen Partner

Eine konsequente Hochschulreform muß sich als Ziel eine Vervierfachung der Lehrkräfte setzen, damit ein Verhältnis von ca. 1:7—10 (Lehrenden zu Lernen-

---

15) Jürgen Habermas und andere, Reflexionen über den Begriff der politischen Beteiligung, in: Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten, Neuwied 1965, S. 11 ff. (46).

16) Eugen Kogon, Der Ausbau des autoritären Leistungsstaates in der Bundesrepublik, in: „Frankfurter Hefte", 4/1966, S. 229.

Neu im Juni 1967

426 André Gide:
Die Pastoralsymphonie.
Die Heimkehr des verlorenen Sohnes. Erzählungen

"427 Lin Yutang:
Chinesenstadt. Roman

"'428 Die Reichsgründung
Hrsg.: Helmut Böhme
dtv-dokumente

429 Roger Price:
Des Drudels Kern. Drudel für Anfänger und Fortgeschrittene

sr 58 Jerzy Andrzejewski:
Die Pforten des Paradieses
Erzählung
sonderreihe dtv

"4008 Karl Heinz Ruffmann:
Sowjetrussland. Struktur und Entfaltung einer Weltmacht
dtv-Weltgeschichte

"'3058 dtv-Lexikon: Band 8

Normalband	DM 2,80
"Grossband	DM 3,80
"'Doppelband	DM 4,80

dtv

den)[17]) erreicht werden kann; da Lehre und Forschung nicht immer parallel laufen und Forschungssemester ohne Lehrtätigkeit möglich sein müssen, liegt dieses Verhältnis niedriger als das wirkliche Zahlenverhältnis in Seminaren, Übungen etc. (durchschnittlich dann ca. 1:20). Teilweise kann eine Freisetzung von Lehrpersonal auch durch die Entlastung von für Wissenschaft und Lehre unproduktiver Arbeit erreicht werden (z. B. Assistenten als Bibliothekswachen u. ä.). Ein derart niedriges Zahlenverhältnis ist Voraussetzung für die Möglichkeit, mehr als pure Rezeption in der Universität zu verwirklichen. Wissenschaftliche Gespräche, Diskussionen, Vorträge, die auf einen kritischen Partner und nicht auf den konsumierenden Studenten abzielen, sind nur in den noch zu schaffenden kleineren Gruppen möglich. Mit ihnen steht und fällt die Möglichkeit, die Anpassungsanstalt zu überwinden.

Die Beurlaubung für Forschungssemester ist ein Muß, um zu verhindern, daß eine neue Klasse von Professoren bzw. von Angehörigen des Mittelbaues entsteht, die von Forschung de facto suspendiert ist. Nach einer Untersuchung von Schelsky [18]) gliedert sich die Arbeitsbelastung der Professoren (der Mittelbau wurde nicht erfaßt) an Philosophischen, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten im Schnitt wie folgt: Berufliche Tätigkeit ohne Forschung (Wochenstunden im Semester:) 60,9, Forschung (Wochenstunden im Semester:) 7,6, zusammen: 68,5.

Prozentuale Aufteilung: Von 68,5 Wochenstunden im Semester entfallen 54,5 Prozent auf die Lehre, 22,6 Prozent auf Verwaltungstätigkeit, 12 Prozent auf Expertentätigkeit, 11 Prozent auf Forschung. Bei Semesterferien von 5 Monaten im Jahr bleibt desgleichen wenig Zeit. Zieht man einen Monat Ferien ab, so bleiben 2mal 2 Monate, über das Jahr verstreut, übrig. Diese werden gutteils von Abschlußprüfungen, der Aufarbeitung von Doktor- und Habilitationsarbeiten, der Vorbereitung des kommenden Semesters ausgefüllt. Für Forschung bleibt kaum Zeit. Bei einer Kombination von einem der Wissenschaft durch mangelnde Forschungsmöglichkeiten ferngehaltenen Professor mit einer durch Überfüllung provozierten Konsumentenhaltung ist Kommunifikation, manipulierte, gemachte Öffentlichkeit, unreflektiert übernommenes „geoffenbartes" Wissen unvermeidlich.

2) Vom Monopolbetrieb zu konkurrierenden Veranstaltungen

Durchzusetzen wäre eine Vielfalt von konkurrierenden Veranstaltungen auf allen Gebieten, auch wenn das, vom realen Bedarf des gesellschaftlichen Status quo aus gesehen, volkswirtschaftliche Verschwendung bedeutet. Denn: Das Ziel der Universität hat nicht primär diese Rentabilität zu sein, die sich am Nutzen für den wirtschaftlichen Apparat orientiert, sondern Bewußtseinsbildung zu ermöglichen. Sie soll das Individuum zum kritischen Subjekt befähigen, soll es ihm ermöglichen, das Tatsächliche, Unmittelbare nicht als von Natur gegeben zu vergötzen (um es durch analytische Wissenschaft noch mehr gegen Veränderung zu härten), sondern es zu begreifen und dadurch kritisch zu überschreiten. Sie soll also einen Horizont offen halten, den die Rechnung vom derzeitigen volkswirtschaftlichen Nutzen abschneidet, der ja notwendig ein partikularer Nutzen ist

---

17) In Oxford und Cambridge (womit deren Struktur nicht als vorbildlich hervorgehoben sein soll) z. B. studieren 18 000 Studenten bei einem Lehrkörper von 1500 Personen (Verhältnis von 9:1).
18) Paul Mikat/Helmut Schelsky, Grundzüge einer neuen Universität. Zur Planung einer Hochschulgründung in Ostwestfalen, Gütersloh 1966, S. 29 f.

und so aus seinen Voraussetzungen heraus eine Zukunftsplanung, die Nichtstatus-quo-Planung ist, gar nicht leisten kann. Das gelingt ausreichend nur in kleineren Gruppen, in denen es ungehinderte Diskussionsmöglichkeiten gibt.

Daß es im gegenwärtigen Zustand unrentabel ist, die Voraussetzungen für diese Bewußtseinsbildung zu schaffen, müßte bedeuten, daß dieser Zustand verändert werden muß, weil dieser Zustand sich nicht am Menschen, sondern am Apparat ausrichtet. Die Unrentabilität weist so auf ein irrationales System zurück; irrational, weil sich die gesellschaftliche Entwicklung hinter dem Rücken der Individuen vollzieht, also der Intention einer demokratischen Ordnung, den Menschen zum Subjekt statt Objekt seiner Geschichte zu machen, kaum entsprochen wird. Zudem würde sich dieser Schritt zu konkurrierenden Veranstaltungen nur konsequent aus einer Entwicklung ergeben, die erkennen läßt, wie die Konkurrenz der wissenschaftlichen Lehrer, die sich durch die oft den Studienort wechselnden Studenten herstellte, abgelöst wird vom Monopol der Lehre an der jeweiligen Universität, da die Studenten kaum noch wechseln. Dieser Entwicklung muß Rechnung getragen werden innerhalb der Universität. Eine Konkurrenz muß heute innerhalb der Universität stattfinden und gefördert werden: dies ist Vorbedingung einer neuen kritischen akademischen Öffentlichkeit.

3) Eine demokratische Hochschulstruktur

Demokratisierung wäre zu verstehen als Mitbestimmung aller Teilnehmer am wissenschaftlichen Arbeitsprozeß über die materiellen Grundlagen und die Organisation ihrer Arbeit. Eine Institutionalisierung dieses Prozesses läßt sich fast noch in der Form vertreten, wie sie der Eisenacher Studentenkongreß 1848 erstrebte: „Die Universität besteht ihrem Begriffe nach aus Lehrenden und Lernenden. — Die Universität wird durch einen aus sämtlichen Lehrern und einer gleichen Anzahl von Lernenden gebildeten Ausschuß repräsentiert. Der Vorsitzer desselben geht aus freier Wahl der Mitglieder hervor. Der Ausschuß wählt aus sich eine verantwortliche Exekutiv- und Verwaltungsbehörde, an deren Spitze der vom Ausschuß freigewählte Universitätsvorstand steht." Erweitert man diese Forderungen um die paritätische Beteiligung des Mittelbaus und wendet man sie auf sämtliche Ebenen der Universität, vom Institut bis zur Fakultät, an, so dürfte man die Konzeption haben, die heute durchzusetzen wäre.

4) Einheit von Forschung und Lehre

Erstrebt werden muß ein Abbau der schon sichtbar verhärteten Trennung zwischen akademischen Paukern und wissenschaftlichen Lehrkräften, die ihre Forschung in der Lehrpraxis verwerten. Insbesondere die Erweiterung des Mittelbaus darf nicht, wie teils schon jetzt, zu einer solchen Arbeitsteilung führen. Setzt sich diese Trennung erst fest, so ist die Universität als Anpassungsbetrieb perfekt. Die Forschung trennt sich dann von der Universität (oder wird teilweise in ein Aufbaustudium der Elite verdrängt) und wird um so mehr der Integration und Konformität ausgesetzt, als die Forschungsstellen jenseits des akademischen Lehrbetriebes — dessen traditionalistische Hemmungen noch etwas Schutz hätten bieten können — dem Druck der status-quo-konformen Anpassung, der Funktionalität im Gesamtbetrieb frontal gegenüberstehen. Dieser Trend hat wesentliche Fortschritte außerhalb der Universität gemacht, dringt aber, wie ausgeführt, seit 1945 mit zunehmendem Druck in die Universität selbst ein, z. B. durch die Abhängigkeit von Budget und Aufgabenstellung vieler Lehrstühle von Vertragsforschung für die Industrie.

In der beschriebenen Arbeitsteilung liegt ein wesentlicher Ansatzpunkt der „formierten Universität". Die arbeitsteilige Struktur des nur auf sein Funktionieren bewerteten Gesamtbetriebs dringt weiter in die Universität ein und spaltet sie auf in Pauker und Forscher. So wird auch der Horizont der akademischen Lehrer — die noch als „Gebildete" in der Gesellschaft gelten — weiter verengt und eine Vereidigung auf die stetig begrenzter werdende Funktion greift um sich, die bewußtes Engagement abschneidet, zumindest durch ihr Eigengewicht stark behindert. Von der Verstümmelung, die diese Arbeitsteilung für das Individuum bedeutet, ist tendenziell niemand mehr ausgenommen: Gleichheit der Individuen in menschlicher Gesellschaft wird radikale Gleichheit vor dem gesellschaftlichen Apparat.

Für die Soziologie z. B. bedeutet diese Entwicklung: die Zunahme einer Soziologie der Anpassung (Positivismus, Funktionalismus usf.), in der „nur der stumpfsinnig emsige Empiriker gefragt wird, der die Reibungsflächen aneinander vorbei passierender Mengen glatter zu schleifen helfen soll".[19]) Das wäre ein Schlußstein einer Entwicklung in der Richtung: „Die Dimension der abweichenden Meinung droht in der verwalteten Massenwelt zu verschwinden; sie wird gewissermaßen technisch unmöglich." [20]) Das Individuum wird sozusagen zum (leider noch?) notwendigerweise mitgeschleiften Anhängsel des sich eigengesetzlich entwickelnden Apparats. Dem kritischen Bewußtsein wird der Raum abgeschnitten: dysfunktionales, utopisches und offenes Denken werden dann mit der Verschulung in der Tendenz auch institutionell exmatrikuliert, „gewissermaßen technisch unmöglich".

Mitscherlichs (für die Struktur der Städte aus diesem Sachverhalt gezogene) Schlußfolgerung ist, in entsprechender Anwendung, auch für die Universität zwingend: „Werden nicht neue Plätze ... geschaffen, in denen sich die Meinungsverschiedenheiten mit politischen Folgen kundgeben können, dann wird in der Tat die Substanz der ... Freiheit erlöschen." [21])

Gewerkschaften und Wissenschaft

Ein Interesse an einer demokratischen Universität steht auch den Gewerkschaften ihrer Lage nach an. Sie teilen in der Frage des demokratischen Sozialstaats die Position der Studenten: Arbeitnehmer und Studenten sind gleichermaßen Objekte von Verfügung. Sie sind — sei es im Industrie- oder im Ausbildungsbetrieb — ausgeschlossen von einer Autonomie in der Arbeit. Sie sind beide in ihren essentiellen Interessen bedroht: Sie sind die Objekte der Formierung, weil sie potentiell oder aktuell die Interessen der Formierenden in Frage stellen. Kritische Theorie und Praxis abzuschneiden ist intendiert, sie in gemeinsamer Arbeit von Gewerkschaften und Studentenschaft (und Hochschule) aufrechtzuerhalten und ihre Basis in Wirtschaft und Wissenschaft zu verbreitern ist die demokratische Alternative zur autoritären Formierung.

Die Gewerkschaften sollten sich auch endlich darüber klar werden, daß die alleinige Verfügung über die Produktivkraft Wissenschaft durch Staat und Wirtschaft (so z. B. im Wissenschaftsrat mit 6 Wirtschafts- und 17 Regierungs-, aber keinen Gewerkschaftsvertretern) eine Bedingung gesicherter Herrschaft ist, der auch sie unterworfen werden. Die bisher recht vereinzelte Zusammenarbeit zwi-

---

19) Alexander Mitscherlich. Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden. Frankfurt/Main 1965, S. 48.
20) Ebenda.
21) Ebenda, S. 83.

schen Gewerkschaften und Studentenschaft muß auf allen Ebenen (Verein Deutscher Studentenschaften, Allgemeine Studentenausschüsse, Studentengruppen) intensiviert werden: Um eine demokratische Universität in einer demokratischen Gesellschaft zu verwirklichen, ist die Zusammenarbeit von Studentenorganisationen (der Universität) und Gewerkschaften conditio sine qua non. In diese Zusammenarbeit muß der Teil der Professoren und des Mittelbaus einbezogen sein, der sich bislang für diese demokratische Alternative in Hochschule und Gesellschaft eingesetzt hat.

Hiermit sollte auch die Grundlage für eine dauerhaftere Zusammenarbeit von Wissenschaft und Gewerkschaften gegeben sein. Eine ständige Kommunikation kritischer Wissenschaft und Gewerkschaften ist eine Bedingung dafür, daß die Gewerkschaften und die Wissenschaft nicht einer autoritären Technokratie subsumiert werden, sondern damit beginnen, in reflektierter Praxis eine demokratische und sozialstaatliche Alternative durchzusetzen. Die Isolierung beider Bereiche ist nur ein Mittel, sie beide gefügig zu halten und eine Alternative schon im Ansatz zu unterlaufen. Eine Verbindung von Theorie und Praxis wäre im Bereich der Hochschulreform im Sinne einer „Hochschule in der Demokratie" herzustellen und muß dann automatisch mehr umfassen: nämlich eine demokratische Gesellschaft, in der die politische Form auf eine soziale Basis gestellt ist; ohne diese soziale Demokratie ist eine Hochschule in der Demokratie gar nicht realisierungsfähig. Denn, wie schon ausgeführt: „Jede Reform der Universität ist nur Partialreform eines Teils dieser Gesellschaft, mit Auswirkungen zwar, die über diesen Teil hinausgreifen, aber gleichzeitig Einflüssen ausgesetzt, die jede Reform notwendig unvollständig lassen. Daher die Rede von einer demokratischen Universität in einer demokratischen Gesellschaft. Das eine ist nicht ohne das andere denkbar."

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Fernseh-Spalte

SPÄTE EXIL-DOKUMENTATION

„Um uns die Fremde — Die Vertreibung des Geistes 1933—1945": des Deutschen Fernsehens (SFB) teure und zeitlich aufwendige (vierjährige Vorbereitung) Exil-Dokumentation sollte ursprünglich zehn Sendungen umfassen. Die Konzeption wurde auf fünf Folgen zusammengestrichen, nachdem die verantwortliche SFB-Redakteurin Dr. Dagmar Fambach sachkundige Mitarbeiter entlassen und den Kunstgeschichtsstudenten Jürgen Böttcher mit der alleinigen Abfassung der Manuskripte beauftragt hatte. Dankbar dafür, daß überhaupt einmal eine umfassende Würdigung dieser Art in den Aktionsradius eines modernen Massenmediums gelangte, war man nach der ersten und zweiten Sendung (Wissenschaft, Literatur) noch geneigt, die Mängel zu übersehen. Immerhin erhielt man einen Begriff vom Ausmaß und der unsäglichen Schande der Vertreibung deutscher Wissenschaftler, Dichter und Schriftsteller. Dennoch häuften sich die negativen Bewertungen der Sendefolge aus berufenem Munde. Und bei näherer Betrachtung kann man sich ihnen nicht verschließen. Zunächst muß gefragt werden: Warum wurde eine derart wichtige Sendereihe nicht Kennern der Materie anvertraut? An Experten mangelt es nicht. Sie allein wären in der Lage gewesen, die traditionsverhaftete Konflikt-Konstellation von Geist und Gewalt, die im Deutschland des Jahres 1933 zur Perversion ausschlug, zeitgeschichtlich exakt und aus dem persönlichen Erleben heraus zu deuten. Es ist zu bedenken, daß — auch dies eine Folge der gründlichen Verdrängung der NS-Vergangenheit — zwei Generationen, die der Kriegs- und Nachkriegszeit, kaum eine Ahnung vom Umfang jener Exilbewegung haben, die ein Volk seiner Intelligenzschicht beraubte. Und wo von den Emigranten gesprochen wird, hält sich zäh das perfide Vorurteil, es handle sich um „Vaterlandsverräter", die in der Fremde gut gelebt hätten. Es genügt nicht, in einer solchen Sendung mit einem Satz derartige Vorurteile zerstreuen zu wollen. Dazu gehört die Methodik einer wissenschaftlich-historischen Betrachtung (die nicht langweilig zu sein braucht), dazu gehören Statistiken, Schicksale, Aufrisse der sozialen, geistigen, beruflichen Schichtung des Emigrantenstroms, Gegenüberstellungen, aus denen der Verlust ersichtlich wird, der das deutsche Musik-, Kunst-, Geistesleben, die deutsche Wissenschaft und Justiz u. a. m. damals traf. Man erfuhr allzuwenig hiervon. Die Interviews besagten auch nicht allzuviel. Neben den Architekten, Physikern und Filmregisseuren, die es im Ausland — meist in den USA — zu etwas brachten, wäre vor allem die Masse derer zu berücksichtigen gewesen, die im Elend darbte. Man kann nicht alles zeigen, aber das Ausmaß der inneren Verzweiflung, das oft zum Selbstmord führte, die Summe des persönlichen Leids wären gewiß darzustellen gewesen. Weiter ist die Ignoranz gegenüber den nazihörigen Geistesakrobaten zu rügen, die damals im Lande verblieben und in ihren Bereichen die Macht übernahmen (Heidegger, Furtwängler, Gründgens u. a.), von den nazistischen Konjunkturisten ganz zu schweigen. Ganz aufschlußreich fand ich die — wenn auch pauschalen — Hinweise auf die Existenzbedingungen und Arbeitsmöglichkeiten der Emigranten in den verschiedenen Ländern. Leider blieb die Sowjetunion so gut wie unberücksichtigt. Schließlich vermißte man klare Aussagen über die Motive der Emigranten, die nach dem Kriege nicht zurückkamen. Hermann Kesten hat in dem Sammelband „Ich lebe nicht in der Bundesrepublik" (List-Taschenbücher) zahlreiche Aussagen veröffentlicht. Im Exil hellsichtig geworden, weigerten sich diese Menschen, unaufgefordert (noch keine deutsche Bundesregierung hat die Emigranten um Rückkehr gebeten) jenen Boden wieder zu betreten, aus dem so bald die Triebe der chauvinistischen, militaristischen, klerikalen, faschistoiden, geistverneinenden Restauration emporschossen. Und manche, die vielleicht zurückkehren wollten, verzichteten dann doch, weil sie vielleicht Ähnliches empfanden wie Joachim Maass, der von einem „tiefen Mißbehagen" spricht, „das mich bei jedem meiner Deutschlandbesuche nach dem Kriegsende bereits nach wenigen Tagen beschlichen und allmählich immer tiefer durchdrungen und mir schließlich den Aufenthalt vergiftet und vergällt hat."

E. H. Wahl

Die politische Satire

ENDE DER SATIRE

Kein Grund zur Fröhlichkeit.

Der Satiriker sieht sich wieder einmal, wie schon oft seit der Großen Koalition, außerstande, eine Satire zu schreiben. Soweit geht sein Zynismus nicht. Die Ereignisse der ersten Tage dieses Monats sind nicht mehr mit Witzelei zu verkraften.

Laßt mich Axel Cäsar Springer zweckentfremden: Denkt an Berlin! Das Schießen auf Zivilisten ist kein Privileg „vertierter Vopos" mehr. Gesamtdeutsche Annäherungspolitik! Ich will Springer beipflichten: Das Schießen in Berlin muß aufhören. Das Schießen an der Mauer, die die offiziellen Feiern zum 17. Juni vom Grundrecht der freien Meinungsäußerung trennt. Die Mauer muß weg. Die widerrechtliche Staatsgrenze zwischen Opportunität und Gewissen. Die unsichtbare, gleichwohl scharf bewachte, ja tödliche Grenze zwischen Rechtsstaat und Rechts-Regime. Die Grenze, die durch kein Gesetz definiert wird, es sei denn durch das Recht des Stärkeren. Nicht Volkspolizei bewacht hier ein politisches Staatsterritorium, sondern politische Polizei ein Volksmeinungsareal.

Popos statt Vopos.

Das ist die Lage: Rechtsextremisten in den Länderparlamenten, hohnlachend; Grundrechts-Extremisten auf dem Pflaster der Freiheit, niedergeknüppelt. Wartet erst, bis der Continental-Gummi-Werkschutz kommt: die haben Maschinenpistolen.

Kein Grund zur Fröhlichkeit:

Dreigeteilt niemals: wir haben unser eigenes Recht auf Unfreiheit. Ein Mahnkreuz für das Opfer darf es an der Mordstelle nicht geben. Das verhinderten die knüppelschwingenden Hüter der Freiheit mit Gewalt. Schließlich hat man die Bernauer Straße als Aushängeschild und Touristenattraktion. Vor der Staatsoper will sich dabei das rechte — ganz rechte — westliche Freiheitsgefühl wohl nicht einstellen. Staats-Oper mit verteilten Rollen: Lache Bajazzo! Schließlich gibt es Volksbühnenabonnements.

Kein Grund zur Fröhlichkeit:

Generelles Demonstrationsverbot für Studenten der „Freien" Universität. Mal sehen, ob es bis zum 17. Juni bestehen bleibt. Wo mehr als drei zusammenstehen, wird durchgegriffen. Persische Verhältnisse! Alle Ereignisse hinterlassen ihre Spuren; auch Staatsbesuche. Wartet nur ab: im Sommer kommt Konstantin. Und man weiß hier, was Gastfreundschaft heißt: die Notstandsgesetze werden bis dahin beschlossen sein. Das Land der Griechen mit dem Grundgesetz suchen! Konzertierte Aktion? Klassische Regierung: nicht nur Schiller — Goethe. „Euthanasie"-Ärzte freigesprochen — ihnen fehlte das Unrechtsbewußtsein; Demonstranten werden auf der Straße erschossen. Wegen mangelnden Rechtsbewußtseins.

Herbert Wehner hat für die DDR „jugoslawische Verhältnisse" gefordert. Ab wann haben wir griechische? Zustände wie im neuen Athen!

Schutz der Freiheit ist nötig: nicht durch — vor dem Staat. Kugelsichere Westen für Staatsbesucher, Potentaten, Diktatoren! Kugeln gegen Conti-Arbeiter, Demokraten, Studenten, Demonstranten und andere Selbstdenker. Mit Satire ist das nicht mehr zu bewältigen. Kein Grund zur Fröhlichkeit. Ein Treppenwitz allerdings ist zu vermelden: 20 000 Gasmasken liefert die Bundesrepublik an Israel. „Zum Schutz von Frauen und Kindern" gegen Gas. Eine Satire ohne Lacher. Kein makabrer Spaß aus dumpfen Kabarettkellern. Nein: eine politische Tat „offizieller Spaßmacher". Der Satiriker sieht sich außerstande, das zu überbieten, soweit geht sein Zynismus nicht.

Dietrich Kittner

Bücher

Geteilt seit eh und je . . .

Deutsche Teilung. Ein Lyrik-Lesebuch. Herausgegeben von Kurt Morawietz. Nachwort von Reimar Lenz. Limes-Verlag, Wiesbaden. Paperback, 368 S.

Walter Ulbricht erklärte im September 1966 während seines Staatsbesuches in Jugoslawien: „Es gibt nicht nur zwei deutsche Staaten, es gibt auch zwei deutsche Traditionen." Diese These ist beweisbar: seit die deutschen Parteigänger der Französischen Revolution in Mitteleuropa verfolgt, seit ihre Schriften verboten wurden, ist Deutschland, noch bevor es geeint war, eine geteilte Nation gewesen. Das andere, bessere Deutschland lebt seither — zur Zeit der Restauration, während des 2. Kaiserreichs und in den Hitlerjahren — politisch verfolgt und publizistisch unterdrückt oder hält sich in der Emigration auf, es kann sich auf dem deutschen Territorium nur unter dem Schutz einer fremden Besatzungsmacht betätigen, unter dem Protektorat Napoleons, der Sieger des ersten Weltkrieges, deren Besatzung die Liberalität der Weimarer Republik ermöglicht, und der Sowjettruppen, die den deutschen Kommunisten die erste reale Chance zur Verwirklichung ihrer Ideale im eigenen Lande gegeben haben. Pfeffel, Schütz und Bürger, die als deutsche Jakobiner in den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts die Reihe derer eröffnen, denen mit Schreibverboten das Lebensrecht aberkannt wurde, Heine, Herwegh und Freiligrath, die die Restauration aus Deutschland verjagte, dessen Bestes sie, Propheten, die im eigenen Lande nichts gelten, doch wollten, Mühsam, Toller, Tucholsky und Brecht, das bessere Deutschland, das 1933 in die Emigration oder sechs Jahre später in die Gaskammer abwanderte — sie wurden seit je als Verräter verfolgt und als vaterlandslose Gesellen diffamiert. Während ein französischer Protestant, ein französischer Marxist immer zuerst als ein Franzose galt, blieb ein deutscher Jude stets vor allem ein Jude, ein deutscher Kommunist ein Kommunist, eine Marionette der Sowjets. In Deutschland wurden die Intellektuellen mit der Abwehr der Französischen Revolution aus dem Staatsverband ausgeschlossen, während sie zur gleichen Zeit in Frankreich in die Nation integriert wurden.

Daß Deutschland gespalten ist, wie eine schizophrene Nation nur gespalten sein kann, belegt das von Kurt Morawietz herausgegebene Lyrikbuch „Deutsche Teilung". Diese Anthologie, die freilich auf weite Strecken mehr einer Blütenlese gleicht, hat kaum künstlerischen Wert, aber um so größere politische und dokumentarische Bedeutung; sie ist einer der wichtigsten Sammelbände des Jahrzehnts und enthält vielleicht mehr Wirklichkeit als alle Weiß- und Braun-Bücher der offiziellen Propaganda zusammen. Sie beweist schlüssig, daß auf dem Boden des alten Deutschen Reiches seit dem Beginn der Moderne zwei Sprachen gesprochen werden.

Auswahl und Anordnung des Lesebuches sind vorzüglich, die knappe Einleitung von Kurt Morawietz und das kurz und bündige Nachwort von Reimar Lenz treffen ins Schwarze. Die Gliederung ist nach thematischen Gesichtspunkten erfolgt und überzeugt fast immer: der einzelne Abschnitt wird meistens mit einigen Texten aus dem Schatz der deutschen Nationalpoesie eingeleitet, ihm folgen sprechende Belege stramm- und kerndeutscher Gegenwartsdichtung, die kritische Lyrik der zeitgenössischen Autoren linker Gesinnung aus Ost und West schließt sich an und füllt ungefähr die eine bessere Hälfte des Bandes. Durch den Kontrast zu ihrer textlichen Nachbarschaft gewinnen die Beiträge gleich aus welchem Lager sie kommen, eine Schärfe, die den anthologiemüden Leser von Mal zu Mal in Anspannung und Erregung versetzt.

Überraschend ist das Nachwirken der Arndt Schenkendorf, Fallersleben, Rosen und Geibel, die im 19. Jahrhundert die Muster für eine nationale deutsche Lyrik geschaffen haben. Ihre Epigonen halten starr an den alten Formen und Formeln fest; nur sind die Optative der Romantiker heute zu Imperativen geworden: „Kehrt um, verlaßt für immer den Weg in das Dunkle des Abgrunds!", „Und im Unglück nun erst recht" oder „Ihr rückgratlosen Verzichtler bedenkt: . . .". Für die Autoren der heimat-

losen Linken haben die Schlagworte der Lorbeergekrönten vor allem Gültigkeit als Gegenmuster: Ein ganzes Dutzend Texte bemüht sich, Deutschland- und Horst-Wessel-Lied, Heil-Dir-im-Siegerkranz und Fest-steht-die-Wacht-am-Rhein parodistisch zu mixen, zu persiflieren oder durch Einschübe und Wortverdrehungen inhaltlich und formal zu verfremden.

Die deutschtümelnden oder doch deutschbewußten Sänger der älteren Generation halten der überlieferten Blut- und Boden-Metaphorik die Treue. Für sie ist der deutsche Volkskörper von Räubern zerspalten, sein freier Wille von Russen vergewaltigt, sein Leib blutet aus tausend Wunden, und sein Gesicht ist von der Schandmauer entstellt. Den Dichtern, denen das geschundene Vaterland Mutter, Schwester oder Braut bedeutet, sitzen die Tränen locker. Am schlimmsten leidet, wer mit seinem Vaterland eins, ein Leib und eine Seele ist, und selbst Oda Schaefer klagt: „Mitten durch mich / Geht die Mauer / ... / Ich blute / Zerschnitten von Stacheldraht / ..." Selbstquälerisch empfiehlt Friedrich Schnack: „Berühre und küsse die Mauer, / Die uns und die Erde umschließt ...". Deutschland, die verführte Unschuld, liegt am Boden; mit Stacheldraht gefesselt, ist sie wehrlos der Notzucht der Bolschewiken ausgeliefert ...

Am ungeteilsten stellt sich Deutschland in den Augen der Naturlyriker dar. Für Eich, Piontek, Schröter, Krolow und Schnack ist die Frage nach der Einheit im wesentlichen damit beantwortet, daß auf beiden Seiten der Mauer die Mosaiken der Vogelbeeren, der Windstoß im Weinberg, das Eidechsenleben, die weitgereisten Störche und das Morgenrot mit der gleichen poetischen Unverfrorenheit am Werke sind. Ihre Welt ist nicht von gestern und nicht von vorgestern, sie ist schlechthin ewig, weder Hitler noch Adenauer konnten ihr etwas anhaben. Nur fürchte ich, daß die Vogelbeeren, Eidechsen und Windstöße verdammte Opportunisten und Konformisten sind, die mit dem jeweils Bestehenden im Bunde stehn: Am Ende sind unter Marie Luise Kaschnitzens westöstlichen „Bäumen, Böschungen, Waldrändern" Raketenstellungen verborgen! Die Vorschläge zur Überwindung der deutschen Spaltung aus dem Lager der Naturlyrik bleiben denn auch reichlich weltfremd: Wolfdietrich Schnurre empfiehlt, es den Amseln nachzutun, die auf der Mauer unbekümmert Holunderbeeren verzehren, und Arno Reinfrank schlägt Regenbogenbrücken vor.

Genauso wie die Harmlosigkeit der Naturpoesie wird auch die Strukturlyrik der Experimentatoren durch den Anspruch eines bedeutenden Themas schonungslos entlarvt. Durchweg mißlingt der Vorsatz, durch Wort- und Satzzerstückelung die deutsche Teilung photomechanisch oder seismographisch wiederzugeben: eine zertrümmerte Sprache vermag noch nicht einmal den Tatbestand der Sprachzertrümmerung auszudrücken! Auch wer sich lyrisch am nationalen Dialog beteiligt, sollte etwas zu sagen haben, Analysen und Argumente stehen ihm besser an als leere Texturen, die inhaltlich so nichtssagend sind wie die Phrasen des Kuratoriums Unteilbares Deutschland.

Auch sie stehen in dieser Dokumentation in nicht geringer Zahl: wer es noch nicht wußte, der entnehme der Anthologie, daß auch die Regierungsparteien ihre Dichter haben, daß es unter den deutschen Lyrikern Lübkes, Erharde, Jaeger, Sträuße und Seebohms in Fülle gibt, die das deutsche Vaterland samt Ehr' und Wehr und Waffen innig lieben, die ihre Brüder und Schwestern in der Zone vom Joch der Barbarei befreien möchten und in den Abgründen ihrer Seelen und in der Tiefe ihres Schoßes von der Unteilbarkeit Deutschlands überzeugt sind. Und noch die NPD kann sich wortgewaltiger Sprachschöpfer rühmen, ebenso wie die Vertriebenenverbände. Die ruhmreiche deutsche Heimatdichtung lebt unter dem Dach der pommerschen, ostpreußischen und schlesischen Landsmannschaft unbekümmert fort — ganz als gebe es „Heimat" nur im Osten; vielleicht wäre dieses Wort als neue geographische Bezeichnung für das umständliche „zur Zeit unter polnischer Verwaltung" in die Landkarte einzutragen! Heimat an der Ruhr oder in Hamburg — das ist undenkbar. Wenn man in dem Gedicht „Ostländers Sehnsucht" von Wilhelm Kaune den Refrain hört: „Teure Heimat, unverloren / Bleibt dein Bild im Herzen mir", erkundigt man sich neugierig im sorgfältigen Autorenverzeichnis, wo denn der heimatvertriebene Sänger zu Hause sei — und ist nicht wenig verblüfft zu lesen, daß er Zeit seines Lebens kaum über seinen Geburtsort Hannover herausgekommen ist. Der letzte Vers dieses Wahlschlesier-Liedes bleibt unvollstän-

dig, der Ankündigung „Wir kehren heim!" fehlen die beiden Worte „ins Reich"! Aber so war es mit der Heimatdichtung wohl immer: „Schleswig-Holstein, meerumschlungen" war gefragt, als die Dänen es herausgeben sollten, die Rheinromantik blühte, als die Deutschen Elsaß-Lothringen erobern wollten, und von Österreich wurde geschwärmt, als die Reichstruppen schon zum Einmarsch bereitstanden. Nichts weiter als naive oder sentimentale Heimatgedichte sind auch die Beiträge selbst berühmter Namen zum Thema „Berlin", und schändlich mißlungen sind alle Versuche, die deutsche Eichenlaub-Landschaft durch die Requisiten von Mauer und Stacheldraht poetisch zu politisieren.

Heute von deutscher Heimat zu faseln, ist grotesk, wenn man sich die Anschriften der Autoren vor Augen hält: kaum die Hälfte lebt in der Bundesrepublik, ein knappes Drittel in der DDR, der Rest wohnt in Österreich und in der Schweiz, in Frankreich, Schweden und Italien sowie in Israel ...

Die bundesrepublikanischen Autoren sind böse auf Staat, Volk und Regierung, die einen, weil die Führung zu lau und die Gesinnung zu lahm ist, die anderen beschweren sich, daß über Fernsehen, Stilmöbel, Mercedes, Beefsteak und Italien-Reise der Mensch und der Geist abhanden gekommen sind: siebenmal wird der Kühlschrank verflucht! Beide Anschauungen sind im Grunde gleich reaktionär; es ist nichts weiter als ein gefährlicher Romantizismus, annehmen zu wollen, daß die Welt ohne Kühlschränke, Badezimmer und Autos besser sei. Sehr im Gegenteil: die deutsche Misere liegt nicht am relativen Wohlstand breiter Schichten, sondern erklärt sich aus konkreten Versäumnissen und Verbrechen der Bürger, die nur verschleiert, wer ihnen ihr materielles Wohlbehagen vorhält. Wer die satte Wohlstandsmentalität auf die Schippe nimmt, darf die gesellschaftlichen Ursachen, die Gründe und die Folgen nicht vernachlässigen oder verunklären.

Aus der Masse der aufgenommenen Trivialpoesie, deren künstlerischer Wert gering, deren dokumentarische Beweiskraft aber um so beträchtlicher ist, hebt sich ein Viertel ausgezeichneter Texte heraus, deren Bedeutung durch den konträren Kontext nur noch bestätigt und verstärkt wird. Die bedeutenden Gedichte verteilen sich ziemlich ausgewogen auf die Emigranten des Dritten Reiches, die bundesrepublikanische Linke und die Autoren aus der DDR. Von Mehring, Kesten und Brecht gibt es lyrische Zeugnisse, die unverschlüsselt und aufschlußreich beweisen, daß die Mauern und Stacheldrähte, die Deutschland von Deutschland trennen, nicht 1949 oder 1961 errichtet wurden, sondern aus dem Jahre 1933 stammen. Die Beiträge von Fried, Zwerenz, Hamm, Lamprecht, Meckel, Weyrauch, Mader und Rühmkorf sind ebenso engagiert wie konkret, zur kritischen Analyse der bundesrepublikanischen Verhältnisse tragen sie mehr bei als mancher Leitartikel der bestellten Opposition. Die DDR besitzt in Hermlin, Kunert, Brehm, Rähmer, Braun und Rose Nyland überzeugende Autoren, die die Traditionen des anderen Deutschlands, ohne in ihr zu erstarren, fortsetzen und zusammen fast eine eigene Schule politisch engagierter Dichtung bilden, deren moralische und künstlerische Integrität über alle propagandistischen Zweifel erhaben ist.

Die Zukunft scheint der DDR zu gehören, jedenfalls was ihre Dichter betrifft. Während die westdeutschen Schriftsteller kein „Prinzip Hoffnung" kennen, sondern düster, desillusioniert und fast verzweifelt von der neuen Zeit vor allem Atomkrieg, Elend und Diktatur erwarten, bekunden die ostdeutschen Kollegen einen vorsichtigen, aber entschlossenen Optimismus. Wenn der genreübliche westdeutsche Pessimismus mehr einer Stimmung als einer Überzeugung entspricht, ist die Zuversicht der dichtenden Kommunisten nicht so sehr auf ein allgemein positivistisches Zeit- oder Staatsgefühl gegründet — das wäre eher skeptisch zu nennen —, sie basiert vielmehr auf Erkenntnis, Bewußtsein und Entschluß, sie erweist sich als an der harten Realität erprobt und ist dadurch vor billigem Fortschrittsaberglauben gefeit. Die bessere Zukunft wird nicht als Glücksfall oder Gnadengeschenk verstanden, sondern als Aufgabe und als Menschenwerk: wie die Mauer ein Menschenwerk ist, so ist auch ihre Zerstörung Menschenwerk und kann nicht den Amseln, dem Holunder und dem Zahn der Zeit überlassen bleiben!

Die am häufigten in dieser Anthologie verwandten Metaphern bezeugen, daß Deutschland seit Jahr und Tag in Brand steht. Der Zünd- und Brennstoff liegt überall bereit: bei den Lyrikern des Ostens überwiegen

Stimmen zur Zeit

PACEM IN TERRIS

Enzyklika PACEM IN TERRIS von Papst Johannes XXIII.
Rede vor der Generalversammlung der UNO von Papst Paul VI.
Geleitwort zur Enzyklika von Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Geleitwort zur UNO-Ansprache von D. Martin Niemöller
110 S., glanzkart. DM 4,20

Prof. Dr. jur. Harold Rasch

Die Bundesrepublik und Osteuropa

Grundfragen einer künftigen deutschen Ostpolitik
2. erweiterte Auflage
164 S., glanzkart. DM 7,80

Günther Anders

Die Toten

Rede über die drei Weltkriege
56 S., glanzkart. (zur Zeit vergriffen) DM 3,50

Hans Heinz Holz/Paul Neuhöffer

Griff nach der Diktatur?

Texte, Kommentare, Stellungnahmen
zur geplanten Notstandsgesetzgebung
190 S., glanzkart. DM 5,80

Prof. Dr. jur. Helmut Ridder

Notstand '66

48 S., glanzkart. DM 2,70

Soeben erschienen

Eberhard Czichon

Wer verhalf Hitler zur Macht?

Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung
der Weimarer Republik
Mit zahlreichen bisher unveröffentlichten Dokumenten
105 S., glanzkart. DM 6,90

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG · 5 KÖLN · BARBAROSSAPLATZ 2

die Bilder des offenen Feuers, sei es des Krieges, der Revolution oder der Begeisterung, die westlichen Poeten bevorzugen die Asche, das Sinnbild des Selbstmitleids, der Resignation und der Ausweglosigkeit. Kein neuer Phönix, kein deutscher Adler, nicht einmal eine Friedenstaube steigt aus der Asche!

Peter Schütt

Plädoyer für einen modernen Erziehungsvollzug

Heinz Kraschutzki, Die Untaten der Gerechtigkeit — Vom Übel der Vergeltungsstrafe, dargestellt an 111 Fällen aus der Urteils- und Vollzugspraxis unserer Tage. Mit einem Vorwort von Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer, 367 S., Ganzleinen 24,— DM, Szczesny-Verlag, München.

„Was würde man von einem Arzt denken, der nach Untersuchung des Patienten erklärte: ‚Ihr Zustand ist ziemlich ernst. Nach meinem Befund müssen Sie jetzt auf zwei Jahre und drei Monate ins Krankenhaus'? Man würde fragen: Woher weiß der Arzt das denn so genau? Und wenn der Patient schneller wieder gesund wird, will er ihn dann trotzdem noch im Krankenhaus festhalten, bis die Frist verstrichen ist? Und wenn er nach dem festgesetzten Zeitpunkt immer noch zu krank ist, um mit den Gefahren des Lebens fertig zu werden, oder wenn er gar noch eine Ansteckungsgefahr für andere bedeutet, will er ihn dann vor die Tür setzen, nur weil der Termin erreicht ist?"

Diesen Vergleich mit der Medizin zieht ein Kenner der juristischen Praxis, der ehemalige Strafvollzugsbeamte Heinz Kraschutzki, der lange Jahre Oberlehrer am Jugendgefängnis und Oberfürsorger am Zuchthaus in Berlin war. Er weiß, ein wie vager Begriff die „angemessene Strafe" ist, die dem Angeklagten von den Gerichten oft in dem unanfechtbaren Bewußtsein zudiktiert wird, dabei alle nur erdenkliche Gerechtigkeit zu üben. Tatsächlich hängt das Strafmaß auch nicht von der Laune des Richters ab. Das Strafgesetzbuch legt ja genau fest, wie lang der Freiheitsentzug mindestens oder — je nach Schwere des Falles — höchstens sein darf. Hingegen macht die komplizierte Prozeßtechnik dieses „gerechte" Urteil oft zu einem Produkt des Zufalls. Der eine Delinquent, dessen Straftaten in einer einzigen Verhandlung abgeurteilt werden, kommt billig davon, während ein anderer, der sich wegen zweier Delikte in gesonderten Verfahren verantworten muß, eine doppelt so hohe Strafe zu gewärtigen hat.

Das aber ist es nicht allein, was unsere Rechtspflege problematisch macht. Kraschutzki zitiert aus der Urteilsbegründung, mit der ein lebensuntüchtiger Künstler wegen Rückfallbetrugs auf anderthalb Jahre ins Zuchthaus geschickt wurde: „Der Angeklagte war arbeitslos. Da ihm auf dem Sozialamt gesagt wurde, daß er als Staatenloser keinen Anspruch auf Sozialunterstützung habe, geriet er in eine besondere Notlage; er hatte keine Möglichkeit mehr, auf gesetzlichem Wege zu Geld zu kommen. — Der Angeklagte ist bereits mehrfach vorbestraft. Jetzt muß ihm einmal klargemacht werden, daß es so nicht mehr weitergeht; er muß durch eine harte Strafe auf den rechten Weg zurückgebracht werden."

Mit solchen Urteilen wird allenfalls die Rachgier der Gesellschaft befriedigt, die sich dadurch jedoch eines prospektiv nützlichen Mitgliedes beraubt, ja, einen Feind auf Lebenszeit schafft. Es ist durchaus nicht grundsätzlich die Einsichtslosigkeit des Richters — der ist gesetzlich an seinen Strafrahmen gebunden —, sondern es ist eine schädliche und antiquierte Rechtsordnung, die solche Urteile gebiert. Denn natürlich kann ein Mittelloser nicht durch harte Strafen auf den „rechten Weg" gebracht werden, sondern nur dadurch, daß man ihm etwas gibt. So sollte dem sittlich Verwahrlosten, dem Labilen und dem Verzweifelten ein Halt für das Leben in Freiheit gegeben werden. Die meisten zivilisierten Staaten haben das bereits erkannt und lassen ihre Häftlinge nicht Tüten kleben, sondern sich in sinnvoller und normal bezahlter Arbeit bewähren und vervollkommnen, oder es wird ihnen durch eine ordentliche Berufsausbildung überhaupt erst die Grundlage für ein erfülltes Leben gegeben. Selbst der in vielem so rückständige spanische Staat fördert Ausbildung und Weiterbildung der Häftlinge und ge-

währt Langstrafern für die Erlernung von Fremdsprachen begehrte Strafnachlässe.

Kraschutzki möchte am liebsten das ganze Strafrecht mitsamt dem Vergeltungsprinzip begraben sehen und dem Staat ausschließlich ein „Maßnahmerecht" zubilligen, das die Grundlage für einen „Erziehungsvollzug" zur Resozialisierung der Gesetzesbrecher böte. In Skandinavien ist ein solcher Erziehungsvollzug weitgehend verwirklicht. In der Bundesrepublik hingegen blieben entsprechende Ansätze immer wieder stecken wie das Jahrhundertwerk der Strafrechtsreform, deren neuester Entwurf auch nur wieder an Symptomen herumkuriert. Fortschrittliche Beispiele wie die Offenen Anstalten für den Jugendstrafvollzug in Hessen blieben Beispiele. Immerhin gibt wenigstens unser Jugendstrafrecht dem Richter bereits die Handhabe, einem gestrauchelten Jugendlichen sinnvolle Auflagen zu machen, durch die der Übeltäter Einsicht in seine Schuld gewinnt und zur Beseitigung des verursachten Schadens beitragen kann.

Im Erwachsenenstrafrecht gibt es hingegen immer noch — von unwesentlichen Ausnahmen abgesehen — nur den Freiheitsentzug, von dem Kraschutzki sagt: „Die Entziehung der Freiheit ist die schlechteste Erziehung zur Freiheit, die man sich vorstellen kann."

Daß Kinder nicht durchaus besseren Sinnes werden, wenn man sie für ihre Vergehen in den Kohlenkeller steckt, pfeifen heutzutage die Pädagogen aus allen Illustrierten. Bei Erwachsenen erwarten sich die Rechtspfleger hingegen von derselben Maßnahme weiterhin Wunder. Diese Gedankenlosigkeit geißelt Kraschutzki wiederum durch einen Vergleich mit der Medizin: „Es ist, als ob ein Arzt, nachdem er bei zwanzig Kranken ganz verschiedene Gebrechen festgestellt hat, nunmehr allen Rizinusöl verordnen würde... Der Arzt bemüht sich, seine Kranken gegen Ansteckung durch andere Kranke zu schützen. Einen Arzt, der Lungenkranke, Syphilitiker, Diabetiker und Gemütskranke in einen Raum zusammensperrte, würde man für verrückt erklären... Der Jurist findet nichts dabei, Diebe, Mörder, Sittlichkeitsverbrecher, politische Überzeugungstäter, Geldfälscher und Homosexuelle in engste Gemeinschaft zu bringen, und zwar ohne eine differenzierte Behandlung. Mal sehen, was daraus wird!"

AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK 1918–1945

Serie B: 1925–1933

Band I. 1 (Dez. 1925 — Juli 1926):
Deutschlands Beziehungen zu Frankreich, Großbritannien, Belgien sowie deutsche Entwaffnung, Reparationen, Völkerbund und internationale Abrüstung
1966. 869 Seiten, Leinen 52,— DM

DIE DEUTSCHE FRAGE IN DER WELT

Herausgegeben von Werner Conze/Heidelberg Georg Eckert/Braunschweig · Ferdinand Friedensburg/Berlin · Paul Kluke/Frankfurt a. M. Ulrich Scheuner/Bonn · Theodor Schieder/Köln Carlo Schmid/Frankfurt a. M. · Wilhelm Wolfgang Schütz/Berlin-Bonn

4. Werner Conze / Das deutsch-russische Verhältnis im Wandel der modernen Welt
1967. 67 Seiten, engl. brosch. 4,80 DM

5. Hartmut Vogt / Bildung für die Zukunft
Entwicklungstendenzen im deutschen Bildungswesen in West und Ost
1967. 145 Seiten, engl. brosch. 9,80 DM

6. Rolf Krengel / Die Bedeutung des Ost-West-Handels für die Ost-West-Beziehungen
Mit einem Vorwort von Ferdinand Friedensburg
1967. 124 Seiten, engl. brosch. 10,80 DM

VANDENHOECK & RUPRECHT
GÖTTINGEN UND ZÜRICH

Kraschutzkis bedeutendes Werk geht über Kritik und Reformvorschläge hinaus. Es wird zum Appell an das Gewissen aller. Denn in einer Welt der Gewalt mit ihrem Ränkespiel von Wirtschaft und Diplomatie sind Verbrechen unvermeidlich. Die beste Verbrechensbekämpfung bestünde darin, Lebensverhältnisse zu schaffen, die Verbrechen überflüssig machen.

Wolfgang Baranowsky

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Johann Gottfried Herder, Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit. Nachwort von Hans-Georg Gadamer. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 180 S., kart. 8,— DM (Reihe Theorie 1).

Adalbert Rang, Der politische Pestalozzi. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 283 S., kart. 22,— DM, Ln. 28,— DM (Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd. 18).

Karl Pohl, Fichtes Bildungslehre in seinen Schriften über die Bestimmung des Gelehrten. Verlag Anton Hain, Meisenheim/Glan, VIII, 80 S., br. 11,50 DM (Beihefte zur Zeitschrift für philosophische Forschung, Heft Nr. 16) — Als Heft 15 erschien: Erwin Ernst, Zwei Grundweisen des Philosophierens (VI, 46 S., br. 5,80 DM).

Franziska Mayer-Hillebrand, Einführung in die Psychologie der bildenden Kunst. Verlag Anton Hain, Meisenheim/Glan, XII, 278 S., 44 Bildt., br. 45,— DM, Ln. 49,50 DM.

Manfred Brauneiser/Alois Schardt, Zwischenbilanz der Bildungspolitik. Schule und Universität in der Bundesrepublik. Ehrenwirth Verlag, München, 320 S., Paperback 14,80 DM (Reihe „Thema", Bd. 11). — Mit Dokumenten zur Landschulreform, zur Hochschulreform und zu den Universitätsneugründungen.

Zur Wirksamkeit politischer Bildung. Teil I: Eine soziologische Analyse des Sozialkundeunterrichts an Volks-, Mittel- und Berufsschulen. Herausgegeben vom Institut für Sozialforschung der Universität Frankfurt a. M., 190 S.; Teil II: Schulbuch-Analyse. Von Volker Nitzsche. 278 S. Verlag Carl Winter, Darmstadt, br., Großformat, Preis je Band 55,— DM (Forschungsberichte der Max-Traeger-Stiftung, Bd. 3—4).

Jürgen Henningsen, Lüge und Freiheit. Ein Plädoyer zur politischen Bildung. Jugenddienst-Verlag, Wuppertal-Barmen, 80 S., br. 8,— DM (Nachrichten, Bd. 4).

Der CDU-Staat. Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik. Herausgegeben von Gerd Schäfer und Carl Nedelmann. Szczesny Verlag, München, 364 S., Studienausgabe 22,— DM, Ln. 30,— DM.

Wolfgang Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie. Luchterhand Verlag, Neuwied, 568 S., Studienausgabe 32,— DM, Ln. 42,— DM (Soziologische Texte, Bd. 47).

Geschichte und Zeitgeschichte

R. und M. Cornevin, Geschichte Afrikas. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Aus dem Französischen von Richard Salzner. Klett Verlag, Stuttgart, 476 S., 20 Kt., Bibliographie und Sachregister, Ln. 36,— DM.

Zur Geschichte der Bayern. Herausgegeben von Karl Bosl. Wissenschaftliche Buchgesellschaft (Abteilung Verlag), Darmstadt, XII, 664 S., 1 Karte, Ln. 57,60 DM.

W. A. Purdy, Die Politik der katholischen Kirche. Sigbert Mohn Verlag, Gütersloh, 368 S., Ln. 14,80 DM.

Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie von Kurt Koszyk unter Mitarbeit von Gerhard Eisfeld. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover, 404 S., Ln. 54,— DM (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung).

Iris G. A. Hamel, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Die Politik des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes 1893—1933. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M., 292 S., Ln. 22,— DM (Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Bd. VI).

Karl-Heinz Janßen, Der Kanzler und der General. Die Führungskrise um Bethmann-Hollweg und Falkenhayn 1914—1916. Musterschmidt-Verlag, Göttingen, 332 S., Ln. 48,— DM.

Heinz Doepgen, Die Abtretung des Gebiets von Eupen-Malmedy an Belgien im Jahre 1920. Röhrscheid Verlag, Bonn, 263 S. 1 Kt., kart. 26,50 DM (Rheinisches Archiv, Bd. 60).

Jürgen Schmädeke, Militärische Kommandogewalt und parlamentarische Demokratie. Zum Problem der Verantwortlichkeit des Reichswehrministers in der Weimarer Republik. Matthiesen Verlag, Lübeck/Hamburg, 216 S., kart. 24,50 DM (Historische Studien/ Neue Folge/Heft 398). — Als Heft 399 erschien: Klaus Malettke, Die Beurteilung der Außenpolitik und Innenpolitik Bismarcks in der Pariser Presse (244 S., kart. 27,— DM).

Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Herausgegeben von Walter Schmitthenner und Hans Buchheim. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 288 S., br. 16,80 DM (Schriftenreihe Information, Bd. 17). — Vier historisch-kritische Studien: Hermann Graml, Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes; Hans Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes; Hans J. Reichhardt, Möglichkeiten und Grenzen des Widerstandes der Arbeiterbewegung; Ernst Wolf, Zum Verhältnis der politischen und moralischen Motive in der deutschen Widerstandsbewegung.

Valère Depauw, Auftrag in Guernika. Matari Verlag, Hamburg, 134 S., Ln. 12,50 DM. — Das Buch, dessen Umschlag das berühmte Guernika-Bild Picassos zeigt, erschien zum 30. Jahrestag der Zerstörung des spanischen Dorfes am 26. April 1937.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Erklärung westdeutscher Persönlichkeiten zum Militärputsch in Griechenland

Durch einen von langer Hand vorbereiteten Militärputsch haben faschistische Kräfte in der Nacht vom 20. zum 21. April die Macht in Griechenland übernommen und eine Diktatur errichtet. Die Ereignisse nach dem Putsch und die Kollaboration zwischen König Konstantin und der Militärjunta zeigen, daß trotz aller Dementis der König aufs engste mit dem Putsch verbunden ist.

Aus folgenden Tatsachen ergibt sich eindeutig der faschistische Charakter der jüngsten griechischen Militärdiktatur:

1) Tausende demokratischer Politiker und Bürger wurden verhaftet. Konzentrationslager, nächtliche Hausdurchsuchungen, Post-, Telefon-, Zeitungs-, Rundfunk- und Fernsehzensur, Errichtung von Militärtribunalen gegen Demokraten, Streikverbot, Auflösung von Jugend- und Studentenverbänden, Verbot aller demokratischen Vereinigungen, darunter der Gewerkschaften, kennzeichnen diese Diktatur.

2) Sprecher der Putschisten haben sich zu Salazar und seiner Diktatur in Portugal als ihrem Vorbild bekannt.

3) Der Putsch diente der Zerstörung der Demokratie. Der König hatte die Zentrums-Union, eine Partei der demokratischen Mitte, und ihre populären Führer, Georgios und Andreas Papandreou, trotz ihrer absoluten Mehrheit (53 Prozent) seit Jahren von der Regierung ferngehalten. Nach Meinungsumfragen hätten die für den 28. Mai ausgeschriebenen Wahlen mit großer Sicherheit der Zentrums-Union einen überwältigenden Sieg und damit nach demokratischen Regeln die Übernahme der Regierungsgewalt erbracht. Dies zu verhindern, war das Ziel von Militär und König.

Der Hinweis auf Umsturzabsichten der verbotenen kommunistischen Partei ist absurd. Handelt es sich in Griechenland doch nicht um eine Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Demokraten, sondern um den Kampf monarchistisch-faschistischer Kräfte gegen die Demokratie.

Mit der Militärdiktatur in Griechenland entsteht im westlichen Teil von Europa neben Spanien und Portugal der dritte faschistische Staat. Angesichts der autoritären Tendenzen in der Fünften Republik Frankreichs und der Bedrohung der Demokratie in der Bundesrepublik durch Neonazismus und Notstandsgesetze bedeutet dieser Umsturz eine ernste Gefährdung der demokratischen Substanz Westeuropas.

Doch nicht nur die Demokratie, sondern auch unsere Sicherheit ist bedroht. Nehmen die europäischen Staaten und die NATO den Umsturz in Griechenland widerspruchslos hin und arbeiten sie mit dem neuen Regime zusammen, so entsteht im Falle eines Aufstandes der griechischen Demokratie gegen die Militärdiktatur die Gefahr eines zweiten Vietnam.

Angesichts dieser Gefahren fordern wir den Boykott des griechischen Faschismus. Wir fordern von der Bundesregierung, den deutschen Botschafter in Griechenland zurückzurufen und jegliche Entwicklungshilfe und Zusammenarbeit, auch im Rahmen der NATO, einzustellen.

Die Bürger der Bundesrepublik rufen wir auf, durch Absage aller Urlaubsreisen nach Griechenland ihren Protest gegen die griechische Militärdiktatur zu demonstrieren.

Wir fordern die Herstellung der Demokratie in Griechenland und die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen.

Wir erklären uns solidarisch mit den griechischen Arbeitern und Studenten in der Bundesrepublik und ihrem Kampf gegen die Diktatur.

Die Probleme Europas können mit Gewalt und Diktatur nicht gelöst werden. Der Rückkehr des Faschismus in Europa muß in den Anfängen gewehrt werden!

Offenbach, den 10. Mai 1967

Präsident des Weltkirchenrates D. Martin Niemöller DD, die Professoren Max Born, Ernst Bloch, Wolfgang Abendroth, Helmut Gollwitzer, Ossip K. Flechtheim, die Schriftsteller Karlheinz Deschner, Günter Eich, Dr. Günther Anders, Hans Magnus Enzensberger, Christian Geissler, Gerhard Zwerenz, Alexander Spoerl, die Gewerkschafter Otmar Günter, Heinz Brandt, Max Jaeger, Manfred Leis, Jakob Moneta, Heinz Raspini, Leo Moser, die SPD-Landtagsabgeordneten Philipp Pleß, Karl Wöll, Stadtrat Walter Buckpesch, Bürgermeister Willi Rehbein sowie Dr. Arno Klönne, Dr. Herbert Mochalski, Helmut Schauer, Reimut Reiche (1. Bundesvorsitzender des SDS), Elmar E. Linnemann (Referent der Evangelischen Studentengemeinden in Deutschland für internationale Angelegenheiten), Dr. Hannelis Schulte (Bundesvorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft), Gerhard Weber (Generalsekretär des CVJM Hamburg), Reinhold Settele (Vorsitzender des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer), Klaus Vack (Geschäftsführer der Kampagne für Abrüstung).

Rede Prof. Dr. Helmut Ridders auf der Kundgebung des Ortskuratoriums Essen „Notstand der Demokratie" im Städtischen Saalbau zu Essen am 29. Januar 1967

Liebe Freunde und Mitbürger! Meine Damen und Herren!

Ich möchte Ihnen zuerst eine ganz kurze Geschichte erzählen, ein Märchen, ein wahres Märchen aus dem 20. Jahrhundert, aus diesem unseren Land, aus dieser unserer Zeit.

Ein Mitglied der Mars-Akademie der Wissenschaften machte eine Studienreise zur Erde. Die Bundesrepublik Deutschland besuchte er nicht zuerst. Er hatte keine deutsche Schule besucht, wo er schon in der Erdkunde gelernt hätte, daß man den Globus in zwei Halbkugeln so zerlegen kann, daß auf der einen Hälfte die größte Landmasse zu finden ist und Deutschland dann ganz genau in der Mitte dieser Landmasse liegt — das Herz der Welt sozusagen (oder von mir aus auch der Nabel). Vielmehr hatte er sich schon bei seinen vorbereitenden Studien darüber gewundert, daß die Regierungen dieses winzigen Stückchen Lands — ein ganzes Tausendstel der Landmasse — zweimal in einem einzigen Jahrhundert einen Weltkrieg gegen die größten Mächte der Erde hatten riskieren können. Unser Land, die Bundesrepublik Deutschland also, besuchte er zuletzt. Und dieses Land machte auf ihn den tiefsten und nachhaltigsten Eindruck. „In allen andern Ländern der Erde", so schrieb er in seinem Forschungsbericht für die Akademie, „denken und verhalten sich die Regierungen und die Politiker ungefähr wie bei uns. Ziele, Wünsche und Interessen sind oft verschieden oder sogar gegensätzlich. Dementsprechend gibt es Spannungen und Konflikte. Aber bei allen ist doch rot immer rot, und schwarz ist schwarz, und Krieg ist Krieg, und Frieden ist Frieden, und zwei mal zwei ist vier. Ganz anders bei den Deutschen. Sie leben in einem gespaltenen Land, das viele, die das sehen, wieder zusammenbringen möchten; aber die westdeutschen Politiker meinen, es gebe nur e i n Deutschland und wenn man sehe und sage, daß es gespalten i s t, dann spalte man es erst und könne es nie wieder zusammenbringen. Während man sonst überall auf Dinge verzichten kann, die man hat, wollen diese Politiker nicht auf Dinge verzichten, die sie nicht haben. Wenn sie ihren direkten Militärhaushalt um 860 Millionen erhöhen, schreiben ihre Bildzeitungen, sie hätten ihn um mehr als 300 Millionen gekürzt — weil man vorher auch schon darüber gesprochen hatte, daß gute 1000 Millionen eigentlich angemessen seien. Den Krieg nennen sie den Verteidigungsfall, und im Frieden und für den Frieden schaffen sie Kriegsrecht. Noch vor kurzem nannten sie einen Überfall auf Polen das Zurückschlagen. Die Ermordung von Millionen von Juden nannten sie Selbsthilfe. Militärische Niederlagen hießen Frontbegradigungen; und im Felde waren sie immer unbesiegt, was auch immer geschah. So wichtige Güter wie die Freiheit wollen sie vergrößern und vermehren, indem sie sie verringern und verkleinern. Sie schreiben, im Jahre 1955 habe die Bundesrepublik durch einen Bündnisvertrag mit ehemaligen Feind- und Besatzerstaaten ihre Souveränität erlangt; und dann legen sie ein großes Stück Souveränität unter dem Namen ‚Alliierte Vorbehaltsrechte' auf ein silbernes Tablett und jagen mit hängender Zunge hinter den peinlich berührten Alliierten her, um ihnen diese Rechte aufzunötigen. Kurz, es ist ein seltsames und einmaliges, für jeden Wissenschaftler unerhört aufregendes Land, weil die Logik dort offenbar ganz anderen Gesetzen folgt. Ich bitte, mir jetzt schon die Mittel für eine weitere Forschungsreise, und zwar zu den Schulen der Bundesrepublik Deutschland, zu bewilligen; vielleicht lernen dort schon die Kinder wirklich, daß zwei mal zwei fünf ist."

Nun, meine verehrten Zuhörer, wir sind schon längst beim Thema. Und daß es dieses Thema überhaupt geben kann, das ist in der Tat etwas, was mit dieser irren Logik zusammenhängt. Doch wenn unser kosmischer Forschungsreisender jetzt wirklich das Bildungswesen unseres Landes studierte, dann würde er feststellen, daß selbst in unseren Zwergschulen das Einmaleins richtig gelehrt wird. Die ganzen breiten Massen unseres Volkes können schon denken, oft sehr viel besser als die Bürokratie; aber es hapert oft an Mut und an Bürgersinn, ohne die es keine Demokratie geben kann. „Beamtengewalt und Nichtigkeit", d. h. Machtlosigkeit der Bürger, „sind die eigentlichen Gebrechen des

Vaterlandes", sagte vor mehr als 150 Jahren der Freiherr vom Stein. Inzwischen hat die Verfassung den Bürgern jedenfalls die Macht des freien Wortes gegeben. Mit ihrer gesellschaftlichen Macht ist es freilich nicht übermäßig gut bestellt. Und deshalb geht es so oft zu wie in jenem anderen Märchen: Der Kaiser ist nackt, und weil die Zeitungen, die Chefs, die Beförderungsbehörden und die Regierung sagen, er trage so schöne Kleider, sagen's die anderen nach.

Was soll eine Veranstaltung wie diese? Denen, die es noch nicht gemerkt haben, die Augen öffnen, und denen, die es nicht zu sagen wagen, den Mut geben, ihnen zeigen, daß sie nicht allein sind, allen aber klarmachen, daß die öffentliche Meinung in der Demokratie eine Macht sein k a n n, an der alle Anschläge auf die Demokratie zerschellen. Der Bundesinnenminister hat bestimmt recht, wenn er erzählt, diejenigen, die den Inhalt seiner Notstandsschatulle gesehen haben, seien bleich geworden. Daß er das zu sagen wagt und daß er und ein noch höherer Staatsdiener die Drohung aussprechen, man werde das alles mit Gewalt durchsetzen, wenn Bundestag und Bundesrat nicht parieren, das ist vielleicht sogar zum Rotwerden. Aber sicher ist, daß es nicht Wirklichkeit werden kann, wenn Aufklärung und Zivilcourage Hand in Hand gehen. Ich spreche zu Ihnen als derzeitiger Vorsitzender des Arbeitsausschusses des Kuratoriums „Notstand der Demokratie", eines Zusammenschlusses von Wissenschaftlern und Gewerkschaftern, Künstlern, Schriftstellern, Männer der Kirche und verschiedenen politischen Gruppen, deren Auffassungen über das politische Programm unserer Demokratie im einzelnen oft auseinandergehen — wie könnte das auch anders sein? —, die aber mit aller Härte und Entschlossenheit in der Stunde der Not der Demokratie zusammenstehen in der Abwehr aller Angriffe auf unsere freiheitliche und rechtsstaatliche Verfassungsordnung. Daß hier, zu dieser örtlichen Kundgebung, so viele sich eingefunden haben, das gibt auch uns wieder neuen Mut.

Lassen Sie mich nur mit ein paar Stichworten etwas über die Notstandsgesetze und die ihnen zugedachte Funktion sagen:

1) Diese Gesetze sind nicht das einzige, was den gegenwärtigen Notstand der Demokratie ausmacht. Sie sind nur e i n — allerdings in letzter Zeit wohl das wichtigste — Stück der Entdemokratisierung unseres Landes. Das vermehrt den Schaden, den sie anrichten. Denn man kann vielleicht von einem völlig intakten Körper ein Glied amputieren, und der Körper lebt dann noch ganz leidlich weiter. Aber wenn er schon amputiert ist? Dann schneidet das Messer bald in die lebenswichtigsten Organe. Wie soll der Patient das überstehen? So einen verstümmelten Körper von Demokratie aber haben wir schon längst. Das mußte so kommen, weil schon der erste langjährige Bundeskanzler unseres Landes, der in diesem Amt seinen zweiten Frühling erlebte, die Verfassung nicht kannte, die unter seinem Vorsitz erstanden war. Und als er schließlich etwas von ihr zur Kenntnis nahm, erklärte er laut und öffentlich, er könne nachts nicht schlafen, wenn er an das Grundgesetz denke. Die Nachlaßverwalter dieses Politikers der ersten Stunde möchten besser schlafen (dazu sind sie schon mit der ehemaligen Konkurrenz ins Bett gegangen); und so schicken sie sich an, außer den Notstandsgesetzen auch noch so einige 80 Grundgesetzänderungen durchzudrücken, möglichst alles auf einmal — aus Respekt vor der Verfassung, wie sie sagen — und dann noch ein bißchen Mehrheitswahlrecht; dabei spricht man von der NPD — und denkt und hofft, daß die unbequemen „Neurotiker" endlich aus den großen Parteien austreten und bei den nächsten Wahlen endgültig untergehen.

2) Mit einem eventuellen Krieg und der Vorsorge für einen eventuellen Krieg hat der allergrößte Teil der Notstandsgesetze überhaupt nichts zu tun. Das ist nur die falsche Flagge, unter der sie segeln. Alle Vollmachten, die sie der Regierung übertragen, z. B. praktisch für den Gesamtbereich der Wirtschaft (ganz ähnlich wie das Ermächtigungsgesetz vom März 1933), sind auch im Frieden anwendbar; ebenso sind alle Grundrechtseingriffe schon im Frieden erlaubt, wenn die Bundesregierung es nur für dringend erforderlich oder Verteidigungszwecken dienlich hält. Friedens- und Kriegsrecht werden

heillos vermischt, eine Nebenverfassung der Diktatur wird aufgebaut, und nach Belieben kann man dann zwischen ihr und der Normalverfassung hin und her schalten — freiheitliche Demokratie in fetten Jahren und für bequeme Bürger, Diktatur für Wirtschafts- und x-beliebige andere Krisen und für unbequeme Bürger! Demokraten aber sind bekanntlich unbequeme Bürger.

3) Das Wenige aus den Notstandsgesetzen, das wirklich einer Vorsorge für den Kriegsfall dienen könnte, ist wirtschaftlich ruinös und schon deshalb abzulehnen, weil es schon vor einem möglichen Kriege zur Katastrophe führen würde. Wir verlangen, daß zu den Zahlen über die Kosten von Selbstschutz und Schutzbauten, die von der neutralen Firma Prognos AG in Basel neu errechnet worden sind und die unerträgliche Härten für Arbeiter, Angestellte, Beamte und Mittelstand mit sich bringen, von der Bundesregierung fundiert Stellung genommen wird.

Wir haben ein Recht darauf, zunächst einmal genau zu erfahren, was etwa eine Stadt wie Essen aufzubringen hätte. Wir verlangen ferner den bisher nicht erbrachten wissenschaftlich haltbaren Nachweis dafür, daß die ganze Bunkerbauerei usw., die in anderen Ländern abgestoppt worden ist, überhaupt etwas an sogenanntem Schutzzuwachs bringen kann. Und schließlich — das ist mit Abstand das Wichtigste — verlangen wir, daß, bevor dergleichen überhaupt geplant wird, die Herren, die jetzt selbst von Entspannung reden, nachdem man uns früher „Entspannungsgefasel" vorgeworfen hat, sich gefälligst ohne Hintergedanken zur Entspannungskasse begeben. Da werden sie sich freilich noch schwertun, denn Dr. Gerstenmaier z. B. hat zum Neuen Jahr gefordert, daß wir der auf uns zukommenden Weltpolitik (deren Zeichen ja auf Entspannung stehen) „standhalten"(!) müssen.

Das hat mit einer Entspannungspolitik nach innen einherzugehen; d. h. es ist alles zu unterlassen, was zur psychologischen Mobilmachung der Bevölkerung, zu ihrer Paramilitarisierung beiträgt. Es ist in diesem Zusammenhang zu prüfen, was ernstzunehmende Militärs zu einer militärischen Planung zu sagen haben, die nicht von jenem schizophrenem Geschrei nach dem Atomdrücker bestimmt ist, sondern in Wahrheit den Namen „Verteidigungskonzeption" verdient. Und was ansonsten die Wahrhaftigkeit der Vorsorgepropaganda und die unausbleiblichen Folgen ihrer Unwahrhaftigkeit angeht, brauche ich nur an das zu erinnern, was C. F. von Weizsäcker nun wirklich oft genug wiederholt hat: „Sicher ist es eine Erhöhung der Kriegsgefahr, wenn man über die eigene Sicherheit Illusionen nährt. Illusionen führen zu Leichtfertigkeit, und Leichtfertigkeit führt zu vermeidbaren internationalen Spannungen. Das unausrottbare Mißtrauen in unserem Volke gegen Bevölkerungsschutzmaßnahmen ist ein Mißtrauen gegen die Erzeugung solcher Illusionen; es kann nur durch strengste Selbstkritik und völlige Wahrhaftigkeit aller abgegebenen Erklärungen langsam überwunden werden." Dem ist nichts hinzuzufügen.

4) Man nehme endlich den alten Hut der sogenannten alliierten Vorbehaltsrechte von der Theke, auf der die Notstandsgesetze verkauft werden. Ich kann hier nur wenige der überzeugenden Argumente dafür bringen, daß dieser alte Hut nur noch im Mülleimer Platz finden kann. Mit der vollen Souveränität für die Bundesrepublik sind wir für den Eintrit in die NATO und alles, was damit zusammenhängt, bezahlt worden. Genau das haben uns damals die Regierungssprecher im Bundestag bestätigt. Nach Vervollständigung der Wiederbewaffnung und Ausbau des normalen Machtapparates entfielen die Vorbehalte, sagten damals die Herren Furler und Grewe im Parlament. Selbst wenn sie damit den Bundestag eingeseift haben sollten, dann sollte man wissen, daß die Seife damit verbraucht ist. Kann man sich vorstellen, daß die westlichen Alliierten, die den Krieg gegen Hitler geführt hatten, um seine Diktatur, die die Welt in Brand gesetzt hatte, zu vernichten, beim Abschluß eines Militärbündnisses gegen andere Länder, die sie — zu Recht oder zu Unrecht, das interessiert hier nicht — für Diktaturen halten, mit dem Deutschlandvertrag für Deutschland ausgerechnet eine Diktaturregierung in Friedenszeiten vorschreiben wollten? Das ist doch heller Wahn! Ferner: Wenn es Vorbehaltsrechte der Alliierten doch geben sollte, dann wären sie nach Konsultation mit der Bundesregierung und mit deren Einverständnis über die Notwendigkeit der Ausübung auszu-

üben, und selbstverständlich wäre die Bundesregierung bei all dem an die Schranken des Grundgesetzes gebunden, wie Professor Klein, der Verfasser des ersten großen Kommentars zum Grundgesetz, überzeugend nachgewiesen hat. Außerdem: Das alles könnte überhaupt nur mit der Sicherheit der bei uns stationierten fremden Truppen zu tun haben. Und schließlich: Anschläge auf die Sicherheit seiner Truppen abwehren darf sowieso — mit oder ohne Vorbehaltsrechte — nach Völkerrecht jeder Truppenkommandeur, wie jeder einzelne Mensch das Recht auf Notwehr hat. N i c h t s also stimmt — weg also mit diesem Ladenhüter, der nicht ungeschickt wieder aufgewärmt worden ist, als die nationalistische antiamerikanische Welle zu schäumen begann und die Leute nicht mehr glauben wollten, daß für alles, was schlimm in dieser Welt ist, die Kommunisten verantwortlich sind, und die Deutschen sich also nach den Juden und den Kommunisten nun auch noch vorsorglich einen amerikanischen Prügelknaben zulegen mußten.

Daß es sich — um das noch einmal zu sagen — beim Notstandsrecht um Recht für die für Machthaber bequeme und gewinnbringende undemokratische Bewältigung von Krisen aller Art handelt, geben die Notstandsverfechter selbst oft genug zu. Es ist eben schrecklich schwer, ein ganzes Gebäude, bei dem schon das Fundament nicht stimmt, von Widersprüchen freizuhalten und damit vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Vielleicht befindet sich hier im Saal ein Angehöriger der Baugewerkschaft, der mir das bestätigen würde. Anwendung der Notstandsgesetze sei das Mittel, um Krisen, Krisen aller Art, zu überstehen, heißt es. Krisen sind gefährlich für die Demokratie. Deswegen die Demokratie möglichst schon vorher abschaffen. Das ist deswegen so gut, weil das, was abgeschafft ist, auch nicht mehr gefährdet werden kann.

5) Wir weisen mit Entschiedenheit die Behauptung zurück, andere uns vergleichbare demokratische Länder hätten ein gleiches oder sogar ein noch schärferes Notstandsexekutivrecht. Das ist ein Spiel mit falschen Karten. Diese anderen Länder, die sich übrigens aufgrund ihrer Vergangenheit mehr juristischen Demokratieverlust leisten könnten als wir, haben dergleichen nicht oder fast nicht für Friedenszeiten vorgesehen. Als vor kurzem in England für wenige Tage ein Ausnahmezustand herrschte, hat man darüber bei uns zwar genüßlich berichtet, aber kein Wort darüber verloren, daß in England niemals das Parlament außer Funktion tritt und das vom Parlament nicht gebilligte Notstandsrecht spätestens nach 5 Tagen außer Kraft tritt. So mangelhaft wie das Publikum ist auch der Bundestag im Jahre 1965 unterrichtet worden. —

Liebe Freunde, ich hoffe, daß ich Ihnen für Ihre eigene tägliche staatsbürgerliche Arbeit in der Verteidigung von Grundgesetz und Demokratie ein paar brauchbare Hinweise geben konnte. Lassen Sie nicht ab von Ihrer Arbeit! Informieren Sie sich und verbreiten Sie die Information und auch die Zivilcourage, die in unserem Lande immer so bitter und folgenreich zu kurz gekommen ist. Wissen und Mut gehören notwendig zusammen. Sie müssen w i s s e n , wofür und wogegen Sie stehen. Nur dann können Sie auch ein gutes Gewissen haben. Und aus dem guten Gewissen können Sie die Kraft holen für den Tag um Tag erforderlichen glaubwürdigen Einsatz innerhalb und auch außerhalb der örtlichen Ausschüsse für die Sache, die wir ein zweites Mal in diesem Jahrhundert nicht verlieren dürfen, die freiheitliche Demokratie; und insofern sind wir doch so etwas wie ein Mittelpunkt der Welt, als der Frieden der Welt ganz entscheidend vom Bestehen oder dem Untergang der deutschen Demokratie abhängt.

Bemerkungen

Nicolaus A. Athanassiades, geb. 1941 in L. Aedipsu (Griechenland), studiert seit 1963 Jura an der Universität Frankfurt/M. und war dort im Sommersemester 1965 Präsident des Studentenparlaments; er arbeitet zur Zeit an einer Dissertation zum Thema „Die Beteiligung der Exekutive an der Rechtssetzung in Griechenland und in der Bundesrepublik Deutschland."

Martin Hall, geb. 1901 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend in Deutschland als Journalist tätig; 1935 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller in den USA; er hielt Vorlesungen an mehr als 50 amerikanischen Universitäten und Colleges; von 1963 bis 1966 war er Mitarbeiter von Peace Research. Zahlreiche Rundfunk- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Dieter Thelen, geb. 1940 in Frankfurt/M., studiert seit 1961 Politische Wissenschaften, Mathematik und Publizistik in Frankfurt/M. und Berlin. Zeitschriftenveröffentlichungen; Buchveröffentlichung mit anderen: Die Wähler der NPD, in: Rechtsradikalismus, herausgegeben von Iring Fetscher, Frankfurt/M. 1967.

15 – Dr. Hans Rücker, Hagen-Vorhalle 1

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Altaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne

Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Carl Bloice
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin, Oberst a. D. i. G.
William Borm, MdB
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.

Prof. Dr. Vittorio de Caprariis
Kanonikus John Collins
Prof. Dr. Hans Conzelmann
Eberhard Czichon

Dr. Wilfried Daim, Wien
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Dr. Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann

Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel

Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Dr. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, PH. D., D. D. †
Ragnar Forbech
Dr. Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs

Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Wilfried Gottschalch
Dr. Walter Grab, Tel-Aviv
Dr. Jacques Otto Grézer
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Max von der Grün
Prof. Dr. Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten
Staatssekretär Dr. Hildegard Hamm-Brücher

Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Hanns-Jochen Hauß
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto v. Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Egbert Hoehl
Dr. Emil Hoffmann
Prof. Dr. Werner Hofmann
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka

Prof. D. Hans Joachim Iwand †

Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones

Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Dr. Robert M. W. Kempner
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Fritz Köhler
Dr. Oswald A. Kohut
Prof. Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch

Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs
Prof. Dr. Heinz Langerhans
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Sidney Lens
Dr. jur. Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Albert J. Luthuli

Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Dr. Lily E. Marx
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h. Dr. phil. e. h. Ernst May
Dr. Peter Meier, Zürich
Prof. Seymour Melman
Prof. Dr. Daniil Melnikow
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Jules Moch, Paris
Herbert Mochalski
Senator Wayne Morse
Kalixte Mukendi

Prof. Dr. Oswald v. Nell-Breuning S. J.
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Reinhard Opitz

Prof. D. Dr. Laszlo Mârton Pákozdy
Sven G. Papcke
Dr. Wolfgang Plat
Prof. Dr. Linus Pauling

Unterrichtsminister Helveg Petersen (Dänemark)
Ulrich K. Preuß
Prof. Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila

Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Marcel Reding
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Dr. Anton Reithinger
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin
Rudolf Rolfs
Earl Bertrand Russell

Paul Schallück
Prof. Dr. Franz B. Schick, Salt Lake City
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rudolf Schottlaender
Prof. Dr. Levin Schücking †
Hermann Schwann
Prof. Dr. Dr. Hans-Adalbert Schweigart
Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silvermann, M. P.
Karl Stankiewitz
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg †
Prof. Dr. Max Steenbeck
Kurt Steinhaus
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Stephen Swingler, M. P.
Horst Symanowski
Dr. Jerzy Sztucki, Warschau

Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailović, Belgrad
Prof. Dr. Gregori Tunkin

Prof. Dr. John E. Ullmann

Prof. Dr. Imre Vajda
Prof. Dr. Todor Vladigerov
Prof. D. Heinrich Vogel

H. Günter Wallraff
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Dr. Wilhelm Wengler
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke
Hans Wirtz
Claudia Wolff

Konni Zilliacus, M. P.
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Bemerkungen

Nicolaus A. Athanassiades, geb. 1941 in L. Aedipsu (Griechenland), studiert seit 1963 Jura an der Universität Frankfurt/M. und war dort im Sommersemester 1965 Präsident des Studentenparlaments; er arbeitet zur Zeit an einer Dissertation zum Thema „Die Beteiligung der Exekutive an der Rechtssetzung in Griechenland und in der Bundesrepublik Deutschland."

Martin Hall, geb. 1901 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend in Deutschland als Journalist tätig; 1935 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller in den USA; er hielt Vorlesungen an mehr als 50 amerikanischen Universitäten und Colleges; von 1963 bis 1966 war er Mitarbeiter von Peace Research. Zahlreiche Rundfunk- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Dieter Thelen, geb. 1940 in Frankfurt/M., studiert seit 1961 Politische Wissenschaften, Mathematik und Publizistik in Frankfurt/M. und Berlin. Zeitschriftenveröffentlichungen; Buchveröffentlichung mit anderen: Die Wähler der NPD, in: Rechtsradikalismus, herausgegeben von Iring Fetscher, Frankfurt/M. 1967.